

Die Neue Gesell- schaft 1

1975
22. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,
Telefon (0 22 21) 88 31
Postscheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108-112

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.
Im Bezugspreis sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 7

*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt*
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schlrmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Hans Schumacher (verantwortlich)
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
53 Bonn, Bundeskanzlerplatz
Bonn-Center A III 502
Telefon 22 50 73, 22 50 83

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Joachim Steffen
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

Das neue Jahr wird es schwer haben, mit den Schwierigkeiten fertigzuwerden, die ihm das alte hinterlassen hat. Das gilt für die westlichen Industriestaaten vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. In seiner Neujahrsansprache meinte der Bundeskanzler, in zwölf Monaten werde die Lage besser sein als im Augenblick. Voraussetzungen für die Erfüllung seiner optimistischen Prognose nennt Helmut Schmidt in seinem Leitartikel. Vor allem verlange die Weltrezession „ein gemeinsames Handeln der Staaten“. Eine nicht gerade einfach zu lösende Aufgabe, wenn man allein die Mühen bedankt, die es kostet, schon in der im Weltmaßstab relativ homogenen Europäischen Gemeinschaft eine gewisse Einheitlichkeit der Politiken zu erreichen. Aber die Größe der Schwierigkeiten darf sicher nicht davon abhalten, zumindest alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, um sie zu überwinden. Und: der Druck der weltweiten wirtschaftlichen Misere mag vieles möglich machen, was der scheinbar stetige Überfluß in einigen Teilen der Welt bisher als nicht vordringlich verschleierte.

Werner Meißner, Norbert Wiczorek und Karl Georg Zinn beschäftigen sich vor allem mit den Problemen, die die Abwanderung von Kapital aus den Industrieländern in die Ölproduzierenden Staaten mit sich bringen. Sie melden Zweifel daran an, ob durch Recycling (die Rückführung der Gelder in den Wirtschaftskreislauf der Industrieländer) die entstandenen Probleme gelöst und nicht viel mehr vergrößert werden. Ihrer Meinung nach muß vor allem bei uns die Binnennachfrage (entsprechende Tarifabschlüsse) gestärkt und strukturell umgebaut werden.

Mit dem „Verhältnis von ‚Plan‘ und ‚Markt‘ im Orientierungsrahmen“ beschäftigt sich Ulrich Steger. Ein Thema, das mit der Diskussion des neuen Entwurfs für einen Orientierungsrahmen innerhalb der SPD, die im Frühjahr zu erwarten ist, noch an Aktualität gewinnen dürfte.

Die gewiß verschiedenartigen Schwierigkeiten der europäischen Mittelmeerländer haben eines gemeinsam: Lösungsmöglichkeiten sind nicht in Sicht. Sicherlich fallen bei den sechs Artikeln in diesem Heft und zu diesem Thema dem Leser sofort die Lücken ins Auge: nichts über Portugal, nichts über Jugoslawien. Über Portugal zu berichten hat sich die Redaktion für die Zeit nach den portugiesischen Wahlen vorgenommen, und Jugoslawien fällt in mehrfacher Hinsicht aus dem zugegebenermaßen willkürlich gesetzten Rahmen — was aber nicht heißen soll, daß sich „Die Neue Gesellschaft“ nicht bei entsprechender Gelegenheit mit Jugoslawien beschäftigen wird.

Das Thema MRCA — Multi-Role-Combat-Aircraft — wird wahrscheinlich im Jahre 1975 auch für die SPD noch einmal Diskussionsstoff liefern. Über die Artikel von Karl-Helz Hansen und Alfons Pawel-

czyk hinaus sind zwei weitere Artikel über den teuren Vogel von Bruno Friedrich und Dietrich Sperling geplant. Ebenso ein Sonderdruck mit diesen vier Artikeln in größerer Auflage.

Eine Hypothek, die das Jahr 1974 der Redaktion für das neue Jahr hinterlassen hat, ist das unter „Dokumentation“ in Heft 12/74 abgedruckte Papier des Juso-Bundesvorstandes zu „Reform und Staat“: In der Druckerei kamen die fertig umbrochenen Seiten durcheinander, so daß der Seite 1043 im Text die Seite 1046 und dann erst die Seiten 1044 usw. folgen. Wir bitten den geneigten Leser, dies Versehen zu entschuldigen und so zu verfahren.

Seite	Autor	Titel
4	Helmut Schmidt	Die Rezession der Weltwirtschaft verlangt nach einem gemeinsamen Handeln der Staaten
7	Werner Meißner/ Norbert Wleczorek/ Karl Georg Zinn	Staatliche Gewinngarantie – oder was zu tun ist
13	Ulrich Steger	Zum Verhältnis von „Plan“ und „Markt“ im Orientierungsrahmen
17	Carlos Pardo	Das spanische Volk ist politisch auf dem Marsch
23	Thomas Richarde	Das französische Volk geteilt durch zwei
25	Petra Roosenbaum	Die italienische Krise und ihre Ursachen
30	Gleisner Sorge	Moros Zweierkoalition – Centro Sinistra am Ende?
33	Kurt Mattek	Krise und kein Ende – Zur Lage auf Zypern
36	Homer Anagnostidis	Griechenland nach der Diktatur
39	Alfons Pawelczyk	MRCAs – Gründe dafür zu sein
44	Karl-Heinz Hansen	MRCAs – Gründe dagegen zu sein
48	Fritz Eberhard	Das Grundgesetz – Schutzschild für den Kapitalismus?
52	Hugo Brandt	Pflichter für die Gleichheit
56	Gerd Walter/ Rudolf Scharping	Handlungsziele der Sozialdemokratie Thesen
59	Hermann Schmitt- Vockenhausen	Kommunalpolitische Bestandsaufnahme
65	Rainer Kabel	Am eigenen Zopf aus dem Sumpf? Der Rundfunk braucht politische Hilfe
69	Jörg Aufermann/ Ernst Ellitz	Bildungs- und medienpolitische Perspektiven der Journalistenausbildung
73	Kurt Brockelmann	Entschädigung für Opfer von Gewalttaten
77		Chronik des Jahres 1974, 2. Halbjahr
86		Kritik
88		Mitarbeiter dieses Heftes

Helmut Schmidt: Die Rezession der Weltwirtschaft verlangt nach einem gemeinsamen Handeln der Staaten

I.

Schon lange vor Beginn der jetzigen Ölpreiskrise war das Zusammenspiel der Weltwirtschaft nicht mehr in Ordnung. Es hat aber ganz offensichtlich des Schocks der Ölpreiserhöhung bedurft, um die bereits bestehenden Probleme so zu verschärfen, daß sie Unternehmensleitungen, Gewerkschaftsführungen und Regierungen in Ihrer ganzen Gefährlichkeit und Dringlichkeit klar zum Bewußtsein kamen. So gesehen hat die Ölpreisexlosion einen heilsamen Schock ausgelöst: Es liegt nun an den weltwirtschaftlichen Partnern, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Fachleuten war es schon vor Beginn der siebziger Jahre klar geworden, daß wegen der US-amerikanischen Zahlungsbilanz-Defizite das Weltwährungssystem von Bretton Woods kein stabilisierender Faktor des Welthandels mehr bleiben könnte. Es ist zwischen August 1971 und März 1973 stückweise zusammengebrochen. Dieses System hatte es den Leitwährungs-Ländern erlaubt, über Jahre hinweg eigene Zahlungsbilanzungleichgewichte zu finanzieren. Die Welt wurde mit internationaler Liquidität — mit vielen Milliarden Dollars — überschwemmt. Ganz allgemein begünstigten die starren Wechselkurse in fast allen Ländern eine Wirtschaftspolitik, die einseitig auf die Bedürfnisse des eigenen Landes zugeschnitten war. Das alte Wort „die Zahlungsbilanz befiehlt“ hatte seine Gültigkeit verloren. Stattdessen lebten nahezu alle Staaten auf dieser Welt über ihre Verhältnisse. Es wurden Ansprüche an die Sozialprodukte gestellt, die weder der Produktivität der jeweiligen Volkswirtschaft entsprachen, noch durch früheren Konsumverzicht in Form von Währungsreserven abgedeckt werden konnten.

Als die USA im August 1971 die Einlösbarkeit von Notenbankdollars in Gold aufkündigten, spornete dieses Signal zwar zu ernsthaften Bemühungen um eine Neuregelung der Weltwährungsordnung an, hielt aber kaum ein Parlament davon ab, seine Volkswirtschaft weiterhin auf Vorschub leben zu lassen. Schließlich, als die vagabundierende überschüssige Weltliquidität sich nach den Gesetzen des Marktes überallhin ergoß, wo ein Spekulationsgewinn zu erwarten war — von 1970 bis 1973 besonders

in die Bundesrepublik Deutschland —, blieb nur die Lösung, die starren Regeln von Bretton Woods faktisch außer Kraft zu setzen. Seitdem hat die unter deutscher Führung herbeigeführte marktwirtschaftliche Regelung flexibler Wechselkurse, ob im Verbund der „Schlange“ oder einzeln, den Zahlungsbilanzen ihre alte Funktion zurückgegeben: Kriterium zu sein für die Entscheidungen des Wirtschaftspolitikers.

Aber in vielen Staaten hat erst die drastische Erhöhung der Ölpreise den politisch Verantwortlichen die neue Lage in voller Schärfe zum Bewußtsein gebracht. Jetzt sind deroutierte Zahlungsbilanzen keine läßliche Sünde mehr, weil die internationale Zahlungs- und Verschuldungsfähigkeit wieder ein entscheidendes Datum geworden ist. Jetzt sind inländische Preissteigerungs- oder Inflationsraten zwischen 10 Prozent und 20 Prozent keine Bagatelle mehr, weil sie verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit nur zu schnell in einen kumulativen Prozeß nach unten führen. Die Zeit der überhöhten Anforderungen an die Sozialprodukte sollte vorbei sein. In manchen Industriestaaten sind sinkende Realeinkommen ein deutliches Indiz für die vorangegangene Geld-Entwicklung.

Noch härter aber als die Industrieländer trifft die neue Lage die Entwicklungsländer. Devisen sind für sie ein noch knapperes Gut. Zugleich beschneiden erhöhte Aufwendungen für Öl ihren Import von Kapitalgütern, die zum industriellen Aufbau notwendig sind. Und als ob diese dramatische Entwicklung noch nicht ausreichte, verschärft sich die Ernährungssituation. Die Weltgetreideernte wird 1974 um 25 Millionen Tonnen hinter dem Ergebnis von 1973 zurückbleiben. Das bedeutet Ausfall von Nahrungsmitteln für 100 Millionen Menschen in Ländern, in denen die Nahrungsmittelversorgung vielfach das physische Existenzminimum bereits heute unterschritten hat.

Alles in allem: Es wäre unredlich und politisch unklug, die alarmierenden Signale — Inflation, Ölvertuerung, defizitäre Zahlungsbilanzen, Arbeitslosigkeit und Hunger in der Welt — zu verharmlosen. Wir müssen sie als Krisensymptome charakterisieren, weil wir nur dann Klarheit über die möglichen Folgen und

für unser eigenes politisches Handeln gewinnen.

II.

Der Politik zur Lösung des Ölproblems kommt eine Schlüsselrolle zu. Die Ölländer verfügen über einen knappen Rohstoff, der von limitierender Bedeutung für die industrielle Produktion ist und auf absehbare Zeit auch bleiben wird. Dies haben die Ölländer in seltener Einmütigkeit erkannt. Und so konnten sie mit ihrer massiven Preiserhöhung auf das Vierfache einen Einkommensumschichtungsprozeß gewaltigen Ausmaßes in Gang setzen, über dessen weltwirtschaftliche Folgen sie sich selbst nicht im klaren gewesen sind.

Die Ölländer erzielten 1973 Bruttoeinnahmen in Höhe von 25 Milliarden Dollar. Bereits im Jahre 1974 werden es über 80 Milliarden Dollar und unter der Voraussetzung gleichbleibender Ölpreise in künftigen Jahren über 100 Milliarden Dollar sein. Selbst wenn die Ölproduzenten ihre Importe kräftig steigern, werden sie jährlich frei verfügbare Überschüsse von etwa 50 Milliarden Dollar erzielen. Das sind unvorstellbar große Währungsreserven, durch die das ohnehin labile Währungsgleichgewicht gefährlich gestört werden kann.

Die spiegelbildlichen Folgen dieser Einkommensübertragung sind die Einkommensstagnation (und zum Teil: Einkommensrezession) sowie die Zahlungsbilanzdefizite in den ölverbrauchenden Industrie- und Entwicklungsländern. Dadurch werden jetzt Länder, die bisher ohne Berücksichtigung ihrer Außenwirtschaftslage importiert und konsumiert haben, gezwungen, sich auf die neue Lage einzustellen. Sie müssen Verzicht leisten und dabei unter Umständen sogar die für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen Importe beschränken, wenn sie ihre Defizite nicht finanzieren können.

Die Anpassungsprozesse sind notwendigerweise mit Friktionen verbunden. Einmal konnte der bereits vorhandene Inflationstrend in den Industrieländern keinesfalls einem Kostensprung des Öls von 300 Prozent standhalten. Dieser Druck war in keinem Fall durch Produktivitätssteigerung oder Sparen kurzfristig aufzufangen. Das beweist die erhebliche

Beschleunigung der Preissteigerungsraten in fast allen Industrieländern nach dem Oktober 1973.

Zum anderen bewirkte der Ölchock eine deutliche Veränderung der Konsumgewohnheiten. Die weltweit schlechte Absatzlage der Automobilindustrie und anderer Branchen deutet darauf hin, daß die Nachfrage zugunsten einer erhöhten Sparleistung erheblich zurückgegangen ist bzw. sich verlagert. Sinkende oder sich umschichtende Nachfrage aber bewirkt mindestens vorübergehend oder partiell wirtschaftliche Stagnation und Arbeitslosigkeit. Daraus ergeben sich Strukturprobleme, die nicht zwingend durch eine globale Konjunkturankurbelung mit Hilfe bloßer Geldschöpfung zu bewältigen sind.

Die notwendige Strukturanpassung wird auch der deutschen Volkswirtschaft noch manche bittere Stunde bescheren. Zwar läßt uns das hohe Maß an sozialer Stabilität, das wir erreicht haben, die Schwierigkeiten besser überstehen, doch kann auch unsere Volkswirtschaft dem Kostendruck ebensowenig ausweichen wie andere. Wir haben allerdings Konsumverzicht bereits in den zurückliegenden Jahren durch hohe Ausfuhrüberschüsse erbracht. Unsere damit erzielten hohen Währungsreserven sind nichts weiter als gespartes Volkseinkommen, das wir jetzt im Außenwirtschaftsverkehr zur Abdeckung der Öleinfuhren einsetzen können.

In den Ländern, welche schon vor der Ölpreisexposition defizitäre Zahlungsbilanzen aufwiesen und die Grenze ihrer Verschuldungsfähigkeit häufig bereits überschritten hatten, liegt die Gefahr nahe, das Heil in handelsbeschränkenden Maßnahmen zu suchen; erste Ansätze hat es bereits gegeben, als Italien sein Import-Bardepot einführte. Derartige Restriktionen würden notwendigerweise die stark exportorientierten Volkswirtschaften Westeuropas am schärfsten treffen, denn negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Arbeitsplätze müssen sich ja ergeben, wenn 20 Prozent, 30 Prozent, 40 Prozent oder mehr des Brutto-sozialprodukts exportiert werden, wie das bei uns, in Dänemark, den Niederlanden oder der Schweiz der Fall ist.

Nichts kann jedoch gefährlicher für die

Weltwirtschaft sein, als jetzt in Bilateralismus und Handelskriege à la Brathähnchen kontra Volkswagen zurückzufallen. Wir würden das erreichte Wohlstandsniveau aufs Spiel setzen. Wir würden das Beschäftigungsproblem verschärfen. Die Gefahr von Massenelend stünde dann drohend vor unserer Tür. Diese Entwicklung muß deshalb verhindert werden.

Langfristig werden die Volkswirtschaften der Industrieländer ihre Produktivität erhöhen müssen, um den Kostendruck der gestiegenen Öl- und Rohstoffpreise aufzufangen und gleichwohl noch selbst reale Einkommensfortschritte zu erzielen. Die meisten von ihnen müssen auch ihre Exportanstrengungen erhöhen, um langfristig die Transferfähigkeit im Außenwirtschaftsverkehr sicherzustellen.

Kurz- und mittelfristig steht jedoch für die meisten das gravierende Problem der Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite im Vordergrund, wenn Zusammenbrüche ganzer Volkswirtschaften vermieden werden sollen. Allein die neun EG-Staaten werden nach den Schätzungen der EG-Kommission bereits 1974 ein saldiertes Defizit von ca. 20 Milliarden Dollar erreichen. Die Bundesrepublik wird dagegen wiederum einen erheblichen Überschuß erwirtschaften; sie kann jedoch bei aller schon gezeigten und erklärten Hilfsbereitschaft Defizite der anderen in solch astronomischer Höhe nicht ausgleichen.

Für den Zeitraum der Anpassung kann deshalb keine andere Lösung in Frage kommen, als die überschüssigen Ölmilliarden selber zur Finanzierung der Zahlungsbilanzlücken heranzuziehen. Dies muß auch im Interesse der Ölländer liegen, denn erstens finden sie keine anderen Anlagemöglichkeiten, zweitens können ihnen nur die Industrieländer auf Dauer einen profitablen Absatz ihres Öls garantieren — wenn sie gesund bleiben.

III.

Bereits vor der Ölkrise wurde auf allen internationalen Marktplätzen gern und oft über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns zur Lösung weltweiter Wirtschaftsprobleme geredet. Die Resultate waren jedoch alles andere als ermutigend.

Die Vereinten Nationen können diese Pro-

bleme nur im Ausnahmefall bewältigen. Das Problem der Nahrungsmittelkrise ist ungelöst. Die Reform des Weltwährungssystems liegt unter dem Schock der Ölpreiskrise in den Gremien des Weltwährungsfonds auf Eis. Die Verhandlungen um handelspolitische Vereinfachungen im GATT schleppen sich dahin.

Nicht einmal da, wo neun Staaten sich vertraglich zu enger wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit verpflichtet haben, nämlich in der Europäischen Gemeinschaft, sind wir bisher — trotz mancher Fortschritte — in der Lage gewesen, einen umfassenden Konsensus zu finden, der für alle akzeptabel und durchführbar ist. Die Ansätze zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, die uns einer europäischen Wirtschaftspolitik näherbringen sollte, um die Lebensbedingungen in der Gemeinschaft gleicher zu machen, sind steckengeblieben. Und nicht einmal auf dem Höhepunkt der Ölkrise, als einige Gemeinschaftsländer echte Versorgungsschwierigkeiten hatten, ist eine Einigung auf eine gemeinschaftliche Ölversorgungspolitik gelungen.

Man kann deshalb wohl mit Recht sagen, daß, wenn schon von Krisen die Rede sein soll, wir zunächst auch eine Krise der Institutionen feststellen müssen. Es ist bis jetzt nicht gelungen, im Rahmen der Institutionen dem Problemdruck adäquate Lösungen entgegenzustellen und einen internationalen Interessenausgleich herbeizuführen.

Jetzt aber, wo die objektiven Probleme schier erdrückend sind, muß endlich jeder Mann, müssen alle Völker erkennen, daß eine wirksame ökonomisch-politische Koordination unausweichlich ist. Dabei müssen diejenigen, deren wirtschaftliche und soziale Lage — wie z. B. in der Bundesrepublik Deutschland — stabiler ist, sich darüber im klaren sein, daß sie ihre helfende Hand nicht versagen dürfen. Die defizitären Länder werden dagegen ihre internen stabilitätspolitischen Anstrengungen verstärken müssen.

Die Ölländer schließlich müssen erkennen, daß sie mit in den Strudel einer Krise gerissen werden, wenn sie ihre gegenwärtige Abschöpfungspolitik fortsetzen. Ihre Ansprüche auf einen gerechten Anteil am Weltprodukt müssen befriedigt werden; aber sie sind nur zu erfül-

Werner Melßner, Norbert Wleczorek, Karl Georg Zinn: Staatliche Gewinnngarantie — oder was zu tun ist

len, wenn sie nicht überzogen werden. Außerdem müssen die Ölproduzenten sehen, daß sie mit ihrem neu erworbenen Reichtum Finanzierungspflichten übernommen haben.

Kommen wir aber zur wirksamen internationalen Koordination der ökonomischen Politiken der Weltwirtschaftspartner, so müssen die heutigen Krisenerscheinungen der Weltwirtschaft durchaus nicht in eine Depression führen.

Die Älteren haben bedrückende Erinnerungen an die große Krise vor 45 Jahren. Die erschreckenden Bilder von Massenarbeitslosigkeit, von persönlichem Elend und familiären Katastrophen sind nicht vergessen. Heute verfügen wir über wirtschaftstheoretische Kenntnisse und wirtschaftspolitische Instrumente, mit deren Hilfe ein solches Massenelend verhindert werden kann — wenn wir den nötigen Willen zur Zusammenarbeit aufbringen!

Die Bundesregierung hat deshalb gegenüber den USA und gegenüber Japan, vor allem aber innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine ungewöhnliche, zumeist auf der Ebene der Regierungschefs stattfindende ökonomische Aktivität entwickelt. Wir tun alles, um die Politiken der USA und Europas sowie vor allem zwischen den neun EG-Mitgliedstaaten zu koordinieren. Bundesregierung und Bundestag haben die notwendigen Beschlüsse gefaßt. Wir wollen einen neuen Aufschwung in Stabilität auslösen; einen Aufschwung bei Stabilität der Beschäftigung, der Preise und der sozialen Sicherheit. Wenn wir dabei die bisherigen Netto-Reallöhne — und d. h.: den bisherigen Lebensstandard! — halten können, so hätten wir insgesamt viel gewonnen.

Bereits seit Jahren sind in der Weltwirtschaft erhebliche Störungen speziell im Währungsgebiet zu beobachten. Für die Bundesrepublik läßt sich gleichzeitig eine Verstärkung der Konjunkturschwankungen feststellen. In dieser Situation haben die Ölpreiserhöhungen besonderes Gewicht gewonnen. Die durch die Ölpreiserhöhung ausgelösten monetären und realwirtschaftlichen Probleme sind unter den Aspekten der Übergangslösung und der Dauerlösung zu betrachten. Es liegt auf der Hand, daß nicht jede praktikabel erscheinende Übergangslösung mit jeder denkbaren Dauerlösung vereinbar ist. Damit läßt sich die Diskussion über kurz- oder auch mittelfristige Regelungen nicht von der langfristigen Perspektive isolieren.

Die Öleinnahmen stellen Besitz Einkommen in der speziellen Form von Monopolgewinnen dar. Der mit den Ölpreiserhöhungen eingeleitete Umverteilungsprozeß wird auf Dauer den ölimportierenden Staaten einen Teil ihres realen Einkommens entziehen. Damit entsteht die Frage, wie dieser Realeinkommensentzug innerhalb der betroffenen Länder auf Arbeits- und Besitz Einkommen verteilt wird. Je stärker die Masseneinkommen durch diese internationale Umverteilung negativ betroffen werden, desto höher ist der tatsächliche oder mögliche (unter Berücksichtigung von Wachstumsraten) Ausfall an konsumtiver Massennachfrage. Entsprechend höher ist das für Investitionen verfügbare Kapitalvolumen der Weltwirtschaft; denn die investierbaren Mittel der Industrieländer werden vermehrt um die investierbaren Beträge aus den Einnahmen der Ölländer. Andererseits führt eine Belastung vor allem der Besitz Einkommensempfänger der Industrieländer durch den internationalen Umverteilungsprozeß zu einer relativen Abnahme der Investitionsquote der Industrieländer. Wie weit eine solche Rücknahme der eigenen Investitionen der Industrieländer durch Kapitalzufluß aus den Ölländern ausgeglichen wird bzw. ausgeglichen werden soll, wird zu diskutieren sein.

Aus der Sicht der ölexportierenden Länder muß jede Dauerlösung für die Anlage ihres Kapitals sicherstellen, daß dieses Kapital real erhalten wird und reale Rendite erzielt. Die Erhaltung des realen Wertes der Kapitalien

der Ölländer sowie deren reale Verzinsung ist nur möglich, wenn dieses Kapital produktiv eingesetzt wird. Auf Dauer sind produktive Investitionen nur möglich, wenn der durch die Investitionen bewirkte Kapazitätsausbau von steigender Endnachfrage begleitet ist. Dieser Anstieg der Endnachfrage kann nicht ausschließlich durch eine Nachfrageexpansion der ölfördernden Länder selbst und allein durch die Steigerung des Konsums in den Industriestaaten erfolgen. Die ölproduzierenden Länder sind bereits heute nicht in der Lage, ein ihren Einnahmesteigerungen entsprechendes Gütervolumen aufzunehmen, selbst wenn sie ihre unproduktiven Ausgaben (Rüstung) noch steigern. Die westlichen Industrieländer leiden im Bereich der gewinnwirtschaftlich getätigten Investitionen bereits heute an Überkapazitäten bzw. es fehlen attraktive Investitionsmöglichkeiten, so daß sich die Konkurrenz um gewinngünstige Investitionsgelegenheiten beim Zustrom investierbarer Mittel aus den Ölstaaten verschärfen wird. Die mögliche Folge ist ein beschleunigter Konzentrationsprozeß, da Großinvestoren den kleineren und mittleren Unternehmen Marktanteile abnehmen werden, um der wachsenden, nach Anlage suchenden Kapitalmasse Verwertungsmöglichkeiten zu schaffen. Dieser Prozeß wird begünstigt durch die Tendenz der ölfördernden Länder, Beteiligungen nicht bei den kleineren und mittleren Unternehmen, sondern bei den (multinationalen) Großunternehmen zu suchen. Multinationale Unternehmen bieten zudem die Möglichkeit, Ölgelder auch dann in Form von Beteiligungen der Ölstaaten aufzunehmen, wenn einzelne Industrieländer versuchen sollten, sich durch gesetzliche Maßnahmen gegen die Überfremdung zu schützen.

Ein dauerhafter Kapitalzustrom in die westlichen Länder im Sinne des „Recyclings“ führt bei dem möglichen Volumen dieser Kapitalimporte nicht nur zu einer weiteren Abhängigkeit der westlichen Volkswirtschaften von den ölproduzierenden Staaten, sondern erhöht auch die Risiken zyklischer Überproduktionen und Überkapazitäten. Soweit aus den Industriebeteiligungen der Ölländer Gewinne in die kapitalgebenden Ölstaaten transferiert werden sollen, dürfte sich dies bei gegebenen Zah-

lungsbilanzdefiziten als kaum möglich erweisen.

Es würde sich das Problem des Recycling der Gewinntransfers stellen; also letztlich laufende Reinvestition der Gewinne, die die Ölländer aus ihren Beteiligungen in den Industriestaaten ziehen. Da gleichzeitig Kapitalzuflüsse aus den Öleinnahmen erfolgen (müssen), um die Zahlungsbilanzdefizite der ölimportierenden Volkswirtschaften abzudecken, ist eine immense Überinvestition unvermeidlich. Die Möglichkeit einer weitgehenden Ersetzung des Öls oder der Erschöpfung der Ölvorräte einzelner Ölproduzenten kann hier als unbedeutend für die Gegenwartsprobleme außer acht gelassen werden. Die auf den ersten Blick einleuchtende These, daß Recycling beiden Seiten hilft, erweist sich als eine gefährliche Illusion, auch wenn mittelfristig erreicht werden kann, die Ölgelder dauerhaft anzulegen und damit die z. Z. vorwiegend kurzfristigen Kredite zu konsolidieren. Die Kritik am Recycling schließt nicht aus, daß die Industrieländer einen Teil der Ölgelder auf Dauer absorbieren können und ein größeres Volumen als mittelfristigen Kredit im Sinn einer Zahlungsbilanzhilfe während der Zeit struktureller Umstellungsprozesse in Anspruch nehmen. Aber eine Dauerlösung ist via Recycling nicht möglich, denn der durch den Ölpreis bedingte weltwirtschaftliche Umverteilungsprozeß muß von den betroffenen Ländern auch real getragen werden. Als Alternative bieten sich für die Anlage der Ölgelder die Länder der Dritten Welt und die Comecon-Staaten als mögliche Kapitalnehmer. Eine solche Anlage der Ölgelder gibt den ölimportierenden westlichen Volkswirtschaften die Möglichkeit, via Export ihren Devisenbedarf zu verdienen. Die – bereits beginnende – Verschlechterung der Terms of trade der Industriestaaten (s. a. Volker Vinnai in NG 7/74) indiziert, welche Realeinkommenseinbußen in den Industrieländern zu verkraften sein werden. Die interne Verteilung dieser Wohlstandsminderungen in den westlichen Marktwirtschaften ist bisher noch offen; ohne die Frage weiter zu vertiefen, sei darauf hingewiesen, daß die traditionelle Beschäftigungspolitik via Stimulierung privater Investitionen durch „angemessene“ Gewinne nicht beibehalten wer-

den kann, wenn die Last der weltweiten Umverteilung nicht ausschließlich durch die Lohn- und Gehaltsempfänger der Industriestaaten getragen werden soll. Investition von Ölgeldern in Comecon-Staaten — in der Regel wohl als langfristige Kredite — und in den Entwicklungsländern erweist sich auf Dauer nur dann als ertragbringend, wenn die entstehenden Kapazitäten auf eine entsprechende Nachfrage treffen. Für die Comecon-Länder, die Produktionskapazitäten und Nachfrage planmäßig entwickeln können, stellen sich hierbei keine prinzipiellen Probleme. In den Entwicklungsländern ist die Situation hingegen problematisch. Nur wenn es gelingt, im Sinne eines Big Push, d. h. den abgestimmten Aufbau verschiedener über Lieferbeziehungen verflochtener Industrien, den wachsenden Kapazitäten auch entsprechende Märkte zu verschaffen, läßt sich das Kapital der Ölländer produktiv verwerten. Für die Qualifizierung der Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern und den Ausbau der Infrastruktur als Bedingungen produktiven Kapitaleinsatzes müssen Finanzmittel bereit gestellt werden. Die Anlage der Ölgelder in der Dritten Welt muß von Anfang an auf die unmittelbar produktiven Industrieinvestitionen und die mittelbar produktiven Infrastrukturinvestitionen verteilt werden.

Der Wunsch der Ölländer, ihr Kapital möglichst sicher anzulegen, wird Tendenzen begünstigen, dem Ölkartell weitere Rohstoffkartelle zuzugesellen: Es liegt nahe, die Ölmilliarden in der Rohstoffproduktion inclusive der Rohstofferschließung zu konzentrieren. Für die Ölländer wird eine solche Politik — abgesehen von möglichen politischen Gegenmaßnahmen der Industrieländer — auf Dauer das Problem der rentablen Kapitalanlage nicht lösen: Wer soll die (möglicherweise monopolistisch verteuerten) Rohstoffe kaufen, genauer: wo sollen die Industrieländer die benötigten Devisen verdienen? Auch den mit der Mehrwerttheorie weniger vertrauten Ökonomen dürfte klar sein, daß eine rentierliche Kapitalverwertung nur möglich ist, wenn durch Arbeit Kapital genutzt wird und via Steigerung der Masseneinkommen, also der Löhne und Gehälter, für einen kontinuierlichen Absatz gesorgt ist. Arbeit in einem für die Verwertung

der Ölmilliarden hinreichenden Umfang gibt es nur in der Dritten Welt.

Akzeptiert man die These, daß auf Dauer ein Rückfluß der Ölgelder aus der Sicht der westlichen Industrieländer aus folgenden Gründen nicht akzeptabel erscheint,

- weil es keine produktive Anlagemöglichkeiten für das zu erwartende Kapitalvolumen gibt,
- weil Überfremdung in einem nicht vertretbaren Umfang eintritt,
- weil sich die Konzentration beschleunigt,
- weil die Opportunitätskosten nicht verantwortbar sind (die Anlage der Ölgelder in den Entwicklungsländern im Hinblick auf deren ökonomische Lage und deren Arbeitspotential ist auch aus humanitären Gründen sinnvoller),

so dürfen die Industriestaaten Ölgelder nur in dem Umfang und nur in solchen Formen aufnehmen, daß der Charakter des Recyclings als Übergangshilfe erhalten bleibt.

Im Rahmen einer solchen Politik sind folgende langfristigen Ziele anzustreben:

- Verminderung der Ölimporte durch Sparmaßnahmen, Ausbau anderer Energiequellen und Erschließung eigener Ölvorkommen in einem solchen Umfang, daß die ölimportbedingten Zahlungsbilanzdefizite der Industrieländer auf eine Größenordnung reduziert werden, die der als vertretbar akzeptierten Kapitalanlage der Ölländer in den Industriestaaten entspricht;
- Ablösung einer weitgehend nur vom individuellen Massenkonsum getragenen Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik durch Verlagerung der Produktionen auf Kollektivbedarf, soziale Dienste und „Immaterielle“ Leistungen; diese Änderung verlangt zugleich eine prinzipielle Korrektur der Verteilungsstrukturen, um die durch den weltweiten Umverteilungsprozeß auftretenden Wohlstandsvermindierungen in den Industrieländern auf die leistungsfähigeren höheren Einkommensschichten zu verteilen;
- Verringerung der unproduktiven Ressourcenverwendung (Werbung, konjunkturbedingte Kapitalvernichtung, nicht bedarfsgerechte Produktionen, wie sie beispiels-

weise im Wohnbau erfolgt sind);

- Erweiterung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums, um konjunkturelle Schwankungen künftig zu vermeiden, so daß die Strukturpolitik ohne den Ballast konjunktureller Rücksichten vollzogen werden kann;

Unter kurzfristigem Aspekt sind die vorstehenden Maßnahmen in Verbindung mit der konjunkturellen Situation der Bundesrepublik und ihrer Handelspartner zu beleuchten.

Grundsätzlich erscheint die Inflationsproblematik überbewertet gegenüber den bereits bestehenden Beschäftigungseinbußen, die noch zunehmende Tendenz aufweisen. Die Antiinflationspolitik hat bereits zu relativ starken Importrückgängen geführt, was praktisch zusätzliche Zahlungsbilanzprobleme bei den Handelspartnern hervorrufen mußte. Eine selektive, aber quantitativ massive Ankerbelegungspolitik ist nicht nur im Hinblick auf die steigenden Arbeitslosenziffern unumgänglich, sondern stellt auch eine bessere „Zahlungsbilanzhilfe“ für die Handelspartner dar als Überbrückungskredite (Beispiel Italien). Überbrückungskredite müssen entweder fortlaufend prolongiert werden, oder es müssen durch Importexpansion der Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen (zu denen die BRD gehört) den Defizitländern die zur Rückzahlung der Kredite benötigten Devisen zufließen.

Die These, daß die fortschreitende Inflation für Arbeitslosigkeit ursächlich sei oder gar höhere Arbeitslosenzahlen als die in der Bundesrepublik betriebene Inflationsbekämpfung bewirke, entbehrt einer stichhaltigen Begründung. Anhebung des Preisniveaus in der Bundesrepublik beeinträchtigt den Export nicht, wenn die ausländischen Inflationsraten über den inländischen liegen. Soweit Expansionsmaßnahmen wieder zu besserer Kapazitätsauslastung führen und damit Stückkostensenkungen bewirken, kann Vollbeschäftigungspolitik sogar als antiinflationär wirksam angesehen werden. Zudem ist Vollbeschäftigungspolitik als vorbeugende Inflationsbekämpfung im dem Sinne zu verstehen, daß die alarmierende Kapitalvernichtung (undifferenzierter Kapazitätsabbau, Konkurse „gesunder“ Unternehmen) gestoppt wird. Die Befürchtung, daß eine

Umsteuerung in der Konjunkturpolitik mittelfristig wieder höhere Preissteigerungsraten nach sich ziehen wird, darf nicht zu der Fortsetzung der überzogenen Kontraktionspolitik führen. Die praktische Unvereinbarkeit dauerhafter Vollbeschäftigung mit dauerhafter Preisniveau-Stabilität ist nicht von einzelnen Regierungen zu verantworten, sondern – dies sollte eine hundertjährige Erfahrung gelehrt haben – muß als Mangel der Wirtschaftsordnung eingestuft werden.

Die derzeitige Rezession in der Bundesrepublik kam keineswegs so überraschend, wie in jüngeren Verlautbarungen gern dargestellt wird. Bereits im Herbst 1973 zeigte der Investitionstest des Münchner Ifo-Instituts, daß mit einer durch nachlassende Investitionen bedingten Abschwungphase zu rechnen sein würde. Auch die Automobilindustrie sah sich seit dem Sommer 1973 – also fast ein halbes Jahr vor den Ölpreiserhöhungen – bereits einer nachlassenden Nachfrage gegenüber. Es kann nur als naiv bezeichnet werden, wenn bekannte Politiker die fehlende Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft auf Größen wie „Diffamierung der Unternehmer“ oder ein Klima der Verunsicherung etc. zurückführen wollen: eine schlimme Verzerrung der Realität, die von den tatsächlichen Ursachen der zyklischen Schwankungen ablenkt. Nicht nur der unfreiwillige Realtransfer an das Ausland durch die veränderten Terms of trade (Öl- und Rohstoffpreise) hat die binnenwirtschaftliche Lage beeinflußt. Hinzu kommt der mehr oder weniger freiwillige Transfer durch permanente Exportüberschüsse. Beides zusammen führt zu einer tendenziellen Aufblähung des Preisniveaus, welches hingegen durch eine restriktive Geldpolitik der Bundesbank unter strenger Kontrolle gestellt wurde. Hatte einerseits die Exportseite unter außenwirtschaftlichen Beziehungen direkte konjunkturstützende Funktion, weil die Gesamtnachfrage belebt wurde, so haben die hier und auf der Importseite verursachten Preiseffekte eine strenge und nachhaltige Politik der Bundesbank auf den Plan gerufen, welche das Preisniveau im Auge hatte und die Finanzierungsspielräume einengte, dadurch wiederum das Zinsniveau für Fremdkapital nach oben drückte.

Die Folgen der außenwirtschaftlichen Verflechtung führten somit auf doppeltem Weg zu einer Dämpfung der Binnennachfrage, besonders ihrer stets am stärksten schwankenden Komponente, der privaten Investitionen: Einerseits durch die Erhöhung des Kostenniveaus infolge höherer Rohstoffpreise, andererseits durch die von der Exportsituation mitbestimmte Restriktionspolitik der Bundesbank. Diesen Zusammenhang nennt auch der Sachverständigenrat: „Die vermehrten Ausführüberschüsse (gingen) zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Investitionen.“ Das Schwergewicht Ihrer Argumentation legen die Weisen bei Ihrem Rezept gegen die Rezession allerdings darauf, „das Kostenniveau unter Kontrolle zu bringen“. Obwohl sie also die von uns skizzierten außenwirtschaftlichen Zusammenhänge in Ihre Analyse einfließen lassen, ist für sie die wichtigste Ursache für die gegenwärtige Rezession der Verteilungskampf, dessen Ergebnisse diesmal nicht im Nachhinein – wie gewohnt – durch die Unternehmer auf das von ihnen als genehm empfundene Maß zurückgebracht werden konnten, weil die Geldpolitik der Bundesbank ihnen die dazu notwendigen Preiserhöhungs- und Überwälzungsspielräume beengte. Der SVR singt das alte Lied, fünfstimmig und diesmal unisono: Lohndisziplin, Gewinnsteigerung, Belebung der privaten Investitionen.

Eine realistischere Wechselkurspolitik könnte allerdings gleichfalls zu einer Dämpfung des Kostenniveaus auf der Importseite beitragen; die sich gleichzeitig wahrscheinlich ergebende Verlagerung der Nachfrage vom Auslands- auf den Binnenmarkt könnte dann nicht auf die notwendigen binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen verzichten: Angemessene Lohnabschlüsse zur Stärkung der Massenkaufkraft gehören unausweichlich dazu.

Gerade wenn das derzeit ablaufende Lehrstück ganz deutlich klar macht, daß das Wohl und Wehe der marktwirtschaftlichen Ordnung mit den Investitionsentscheidungen – mit Ihrer Investitions„neigung“ – steht und fällt, so muß man auch klarstellen, daß selbst unter diesen Spielregeln der Nachfragecharakter der Löhne gesamtwirtschaftlich eben für diese „Neigung“ von Bedeutung ist. Die eher

untergeordnete Rolle, die der SVR den außenwirtschaftlichen Faktoren in seinem Rezessionskonzept zumißt, führt ihn dann konsequent zu einer einseitigen Betonung des Kostencharakters der Löhne.

Wiegt das außenwirtschaftliche Argument auch schwer, so ist es doch auch hohe Zeit, mit Zielrichtung auf den Binnenmarkt wirtschaftspolitisch zu handeln. Man mag darüber streiten, mit welcher zeitlichen Verzögerung Ankurbelungsmaßnahmen wirksam werden, fest steht, daß sie desto später wirken, je länger man jetzt zuwartet.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Belebung der privaten Investitionen wird auch das Konzept einer breiten und allgemeinen Förderung der Investitionstätigkeit über Investitionszuschüsse und Abschreibungshilfen erörtert. Die Vorstellung des SVR – abzulesen an der Forderung zur Senkung des Kostenniveaus für die privaten Investoren – fände ihre Entsprechung in der Maßnahme, alle Investitionen unterschiedslos mit einer Prämie von 7,5 Prozent anzuregen. Abgesehen davon, daß dies bei nur halbjährlicher Gültigkeit die öffentliche Hand mit 6–7 Milliarden DM belasten würde, spricht wenig für die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens.

Vielmehr muß die Binnennachfrage gestärkt und strukturell umgebaut werden. Eine Gießkannen-Förderung über allgemeine Investitionsprämien wird nur die Branchen anregen, in denen die Nachfrage bisher ausreichend ist. Vielleicht gar die Kapazitäten dort über den Punkt der Vollauslastung hinaus treiben. Das Gebot der Stunde lautet hingegen: Die gegenwärtigen Überkapazitäten müssen entweder gezielt ausgelastet oder aber umstrukturiert werden. Das bedeutet für die Wirtschaftspolitik zweierlei: Erstens eine verstärkte Staatsnachfrage nach Bauleistungen. Hier liegt nicht nur die Chance, sondern vielmehr die Notwendigkeit, einen bedeutsamen Schritt zum Ausbau der Infrastruktur zu tun (Nahverkehr, Gesundheitswesen etc.). Daß die Chancen zur Realisierung derartiger Programme in der Hochkonjunktur sehr gering sind, dürfte sich allmählich herumgesprochen haben. Da eine erhöhte Staatsnachfrage schwerpunktmäßig den Bauinvestitionen zugute kommt, müßten

zweitens die privaten Ausrüstungsinvestitionen angeregt werden. Dies allerdings nicht breit und allgemein, sondern gezielt. Es wäre volkswirtschaftlich unverteufbar, zukunftssträchtige Sektoren und solche, die seit einiger Zeit schrumpfen und schrumpfen müssen, gleichermaßen zu begünstigen. Dies würde einmal mehr bedeuten, daß erwünschter Strukturwandel konterkariert wird durch eine Konjunkturpolitik, welche sich der Profitsicherung in einem solchen Maße verbunden fühlt, daß sie die nach Maßgabe des volkswirtschaftlichen Bedarfs und auch des privaten Profitkalküls übersetzten Sektoren konserviert.

Das bedeutet: Wenn mit Investitionsprämien überhaupt gearbeitet werden soll, dann kann es nur um gezielte Hilfen gehen, welche die Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs ins Auge fassen. Der Energiebereich stellt einen dieser Sektoren dar. Es liegt auf der Hand, daß gezielte Anregungen für private Kapitalbildung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik (Umschulung, Mobilitätsförderung) — begleitet werden muß.

Schließlich gehört zur Anregung der Binnennachfrage aber auch eine angemessene Stärkung der Massenkaufkraft. Diese Feststellung erscheint trivial, ist aber deswegen nicht überflüssig, weil das SVR-Gutachten diesen Aspekt hinter seiner Lohnkosten-Argumentation untergehen läßt.

Die gegenwärtige Rezession macht wieder einmal deutlich, daß der Wirtschaftsablauf und damit das Schicksal der abhängig Beschäftigten abhängig ist von den Entscheidungen der privaten Unternehmen. In dem Maße, in dem eine straffe Geldpolitik ihre Preisautonomie eingegrenzt hat, ist die strategische Variable der unternehmerischen Investitionsautonomie ins Feld geführt worden. Die Wirtschaftspolitik kann darauf nach den geltenden Spielregeln nur reagieren. Es sollte aber ein Kennzeichen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sein, selbst bei dieser Reaktion nicht in die Defensive zu gehen.

Ansatzpunkte für eine Lösung der gegenwärtigen Situation sind u. a.:

Sektorale und/oder regionale Konjunkturförderungs- und Entwicklungsansätze: Die zumindest in einigen Ländern, Regionen, Kreisen

und Gemeinden vorhandenen Infrastruktur- und Arbeitsplatzplanungen sind hier einzu-bezählen. Damit aber Förderungsmittel, soweit sie direkt privaten Unternehmen zugute kommen, nicht nach der ersten Vergabe ihre Lenkungswirkung verlieren, sind entsprechend langfristige Mitspracherechte für die öffentliche Hand zu sichern. Es ist nicht einzusehen, daß öffentliche Gelder privater Verfügung überstellt werden, ohne daß hieran die gleichen Rechte für die weitere Verwendung dieser Kapitalmittel im Sinne und für Ziele der Kapitalgeber gesichert werden, wie bei privater Finanzierung.

Ausdehnung des öffentlichen Sektors: zur vollen Beschäftigung der für diesen Bereich verfügbaren realen Ressourcen; hierzu müssen sich die öffentlichen Hände die notwendigen Finanzmittel beschaffen, und zwar nicht nur über Kredite, sondern auch durch Steuern. Als Steuerquellen wäre an die geforderte Strukturänderung des Einkommensteuertarifs, zeitlich begrenzte Aussetzung der Mehrwertsteuerentlastung des Exports und eventuell differenzierte Exportsteuern zu denken. Hiermit müßte eine entsprechende sektorale/regionale Politik verbunden werden, damit die Ressourcenumlenkung vom Export zur Inlandsverwendung nicht über unkontrollierte und dann sozial untragbare Anpassungsprozesse läuft.

Einflußnahme auf das Aktivgeschäft der Banken: Die bereits länger diskutierten Pläne einer aktiven Kreditkontrolle wären im Hinblick auf ihre Lenkungswirksamkeit für eine konjunktur- und strukturpolitisch orientierte Kreditpolitik hin zu prüfen und unter Einbeziehung der Bundesbank zu realisieren. Die Autonomie der Bundesbank darf nicht dazu führen, daß sie die eigentliche konjunktursteuernde Institution wird, obwohl sie nicht, wie etwa die Regierung, demokratischen Legitimationszwängen im Parlament unmittelbar unterliegt. Das Konzept der Konjunktursteuerung über die Geldmenge verstärkt diese Gefahr.

Übernahme von Investorfunktionen im produktiven Bereich durch die öffentliche Hand: Die Investitionstätigkeit ist unbestritten entscheidend für Quantität und Qualität der zu-

Ulrich Steger: Zum Verhältnis von „Plan“ und „Markt“ im Orientierungsrahmen

künftigen Wirtschaftsentwicklung. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum die öffentliche Hand ihre eigene Investitionstätigkeit auf komplementäre Investitionen im Infrastrukturbereich beschränkt. Dies gilt umso mehr, wenn private Investitionstätigkeit im Produktionsbereich unzureichend ist. Der Staat – in welcher Form auch immer – kann und muß bei dem gegebenen Stand selbst Investorfunktion übernehmen. Er kann sich dabei vorhandener Organisationen z. B. öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen bedienen. Das Niveau der volkswirtschaftlichen Aktivitäten wird damit unabhängiger von privaten Investitionsentscheidungen.

Aktive Lohnpolitik zur Stärkung der Massenkaufkraft und zur Verhinderung einer einseitig auf die Arbeitnehmerelkommen gerichteten Verteilung der Lasten aus den Ölpreiserhöhungen: Eine kräftige Stärkung der Binnennachfrage ist zudem eine Voraussetzung für strukturelle Umstellungen vom Export auf Binnenverbrauch. Wie erwähnt, ergibt sich damit auch ein zahlungsbilanzpolitisch erwünschter Importanstieg (Abbau unserer Exportüberschüsse und Verbesserung der Exportsituation unserer Handelspartner).

Einführung der paritätischen Mitbestimmung: Durch Einführung der paritätischen Mitbestimmung lassen sich die arbeitsorientierten Interessen unmittelbar in die Unternehmensentscheidungen einbringen, d. h. die Entscheidungen über die in den mitbestimmten Unternehmen vorhandenen Ressourcen lassen sich an den Beschäftigungsinteressen orientieren, z. B. bei der Entscheidung über Auslandsinvestitionen oder bei nicht produktiver Verwendung von Kapitalmitteln z. B. bei Spekulationsgeschäften.

Diese Ansatzpunkte werden in ihrer Wirkung in Bezug auf die unmittelbare Konjunktur- und Strukturwirkung und im Hinblick auf eine Demokratisierung des gesamten Wirtschaftsbereichs davon abhängen, ob sie in einem demokratischen gesamtwirtschaftlichen Planungssystem verankert werden. Das Kurieren nur von und an Einzelsymptomen und Problemen bringt langfristig verschärft neue konjunkturelle und strukturelle Konflikte.

Das Verhältnis von Sozialdemokraten zum Marktmechanismus ist manchmal recht merkwürdig: Ähnlich wie die „verspätete Nation“ einem besonders exzessiven Nationalismus huldigte, scheinen manche Sozialdemokraten die frühere Ablehnung der Marktwirtschaft durch die SPD dadurch ausgleichen zu wollen, daß sie heute Positionen vertreten, die selbst von nachdenklicheren Liberalen (wie etwa Helmut Arndt) längst nicht mehr aufrechterhalten werden – von den „berufenen Verfechtern“ der Marktwirtschaft, den Unternehmern, ganz zu schweigen. Nur am Rande sei dabei vermerkt, daß diese Haltung mit dem geradezu „Keynes’schen“ Ansatz des Godesberger Programms nur schlecht zu vereinbaren ist. Geht nämlich das letztere davon aus, daß der Markt – ebenso wie Planung – kein „Wert-an-sich“ sei, sondern an seinem Beitrag zur Lösung ökonomischer (d. h. auch immer: gesellschaftspolitischer) Probleme zu messen sei, so gehen die Marktwirtschaftler den anderen, orthodox-liberalen Weg: daß der Markt als Lenkungsmechanismus allen anderen überlegen sei, ist für sie Voraussetzung, nicht Problem. Von daher auch ihre Weigerung, den Markt an seiner Leistungsfähigkeit („performance“) zu messen (was natürlich nur im Hinblick auf Zielsysteme geschehen kann). Dieser Ansatz kann auch nicht durch die immer noch zitierten Leerformeln von der „Versöhnung der Keynes’schen Botschaft (der Globalsteuerung) mit dem Freiburger Imperativ“ (der Wettbewerbspolitik) verwischt werden. Derartige signalisiert lediglich Unkenntnis ideologischer Voraussetzungen – hat doch Hajo Riese (im Kyklos 1972) überzeugend nachgewiesen, daß der pragmatisch-interventionistische Ansatz von Keynes unvereinbar mit ordoliberaler Ordnungspolitik ist.

Die Kommissionen für den Orientierungsrahmen – auf welcher Ebene immer – können sich jedenfalls nicht um die Frage herumogeln, in welchem Verhältnis Plan und Markt – zusammen mit anderen wirtschaftspolitischen Lenkungsinstrumenten – eingesetzt werden sollen, um die wirtschaftspolitischen Ziele (Demokratisierung, Humanisierung der Arbeitswelt, Ausbau des öffentlichen Sektors bei gerechterer Verteilung u. a. m.) zu erreichen.

Die „Anatomie des Marktversagens“

(F. M. Bator) ergibt sich dabei aus vier Punkten:

1. Der Markt und die auf ihm ermittelten Preise berücksichtigen keine „sozialen Kosten“ und sind damit als gesamtwirtschaftliches Rechnungssystem zunehmend nur begrenzt wirksam;
2. kann der Markt nur im Bereich der kaufkräftigen Nachfrage nach individuell nutzbaren Gütern in Abhängigkeit von der Einkommensverteilung funktionieren, nicht aber im — zunehmend wichtigeren — Bereich der „öffentlichen“ Güter;
3. sind die Preissignale des Marktes nur kurzfristig orientiert, weil sie nur über heutige, nicht aber zukünftige Angebots- und Nachfragerelationen informieren, weshalb er für die (langfristige) Steuerung der Wirtschaftsstruktur ungeeignet ist;
4. führt der Markt im Wachstumsprozeß zu einer zyklischen Entwicklung — verbunden mit entsprechender Unterbeschäftigung —, weshalb im Bereich der Niveausteuerung (Konjunktur und Wachstum) seine Ergebnisse ebenfalls untragbar sind.

Neben diesen prinzipiellen Begrenzungen des Marktmechanismus werden die aktuellen vor allem unter den Stichworten „Konzentration“ und „Vermachtung der Märkte“ diskutiert. Immerhin werden nach vorsichtigen Schätzungen etwa 50 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes (einschl. der staatlichen Wertschöpfung mit ca. 9 Prozent sogar ca. 60 Prozent) schon heute außerhalb des Bereiches produziert, in dem man noch von Wettbewerb sprechen könnte. Und dies reicht aus, jegliche globale staatliche Konjunkturpolitik (und nicht nur diese) zur Unwirksamkeit zu verurteilen (wie z. Z. ja sehr deutlich sichtbar). Nichts spricht dafür, daß diese Probleme durch die Kartellgesetznovelle gelöst worden sind:

1. ist dieses Gesetz erst in Kraft getreten, als die nationale und brancheninterne Konzentration — bei zugleich zunehmender Kartellierung des internationalen Handels — zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, die (hohen) Schwellenwerte der Fusionskontrolle werden jetzt bestenfalls so eine Art Norm für die Unternehmensgröße;

2. ist das Kriterium der „wesentlichen“ Wettbewerbsbeschränkung eine Fiktion, da jede Wettbewerbsbeschränkung im Vergleich zur nächsthöheren Stufe erreichbarer Marktmacht „unwesentlich“ ist;
3. ist der — durch die Rechtsprechung ohnehin schon aufgeweilte — § 1 GWG (generelles Kartellverbot) materiell völlig durch weitere Ausnahmen ausgehöhlt worden;
4. ist das Schlupfloch für die „verschärfte“ Mißbrauchsaufsicht schon jetzt vorprogrammiert, indem die Unternehmen (bzw. -verbände) die Kriterien für das, was denn Mißbrauch von Marktmacht sei, über den § 28 (Legalisierung vertraglicher Wettbewerbsbeschränkungen) selbst bestimmen werden (ganz abgesehen davon, daß — wie der Neoliberale Franz Böhm feststellte — die Mißbrauchsaufsicht des Kartellamtes über Konzerne dem Versuch gleiche, „ein Schwein am eingeseiften Schwanz festzuhalten“);
5. sind wichtige Formen der Unternehmenskonzentration überhaupt nicht erfaßt worden (wie z. B. „Gemeinschaftsunternehmen“, von denen es zwischen den größten 100 Aktiengesellschaften ca. 250 gibt).

Rückkehr zum Wettbewerb?

Unabhängig von dem Scheitern der Wettbewerbspolitik ist die Frage zu beantworten, ob gesamtwirtschaftlich eine Rückkehr zum Wettbewerb möglich bzw. erwünscht sei. Hier stehen wir vor zwei Tatsachen: Auf der Konsumseite wächst mit der Zunahme der Einkommen der Anteil der „vagabundierenden Kaufkraft“ für nicht-lebensnotwendige Güter mit hoher Einkommens- und Preiselastizität (das jüngste Beispiel der Automobilindustrie, wo das Aufschieben von PKW-Ersatzanschaffungen beträchtliche konjunkturelle und strukturelle Probleme auslöst, zeigt die Bedeutung dieser „Investitionen“ der privaten Haushalte). Produktionsseitig muß in wichtigen Bereichen das Kapital aber zunehmend in großer Höhe spezialisiert und langfristig investiert werden. Dadurch wird die planvolle Organisation der Märkte unter allen Eigentumsverhältnissen zu einer zwingenden ökonomischen Notwendigkeit. Denn die enormen ökonomischen und

sozialen Reibungsverluste, die unter diesen Bedingungen aus dem „spontanen“ Wirken der wettbewerblich organisierten Marktkräfte entstanden, könnten von keiner Gesellschaft ertragen werden. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Wettbewerbsdiskussion, wie sie z. T. auch in der SPD geführt wurde, bestenfalls ökonomische Nostalgie – wahrscheinlicher hat sie aber mitgeholfen, das „Fadenscheinigerwerden des SchleiERS über den gesellschaftlichen Machtverhältnissen“ (R. Knieper) zu vertuschen (dies allerdings nur für kurze Zeit, denn die Ölkrise hat hier außerordentliche Lerneffekte hervorgerufen).

Versucht man hieraus ein vorläufiges Fazit zu ziehen, so ist der Markt als Lenkungsinstrument für die „Einzelsteuerung“ (Beziehungen zwischen Produzenten bzw. Konsumenten) im Bereich der „privaten“ Güterproduktion geeignet, weil einzig die dezentrale Kompetenzzuweisung an die Unternehmen für die Detailprobleme der Produktgestaltung, Anpassungen an kurzfristige Störungen usw. die ungeheure Vielzahl von Entscheidungen in diesem Bereich bewältigen kann (Beschluss von Hannover über Vorteile des Marktes: „Flexibilität und Vielfalt, Initiative und Dynamik“ – also keine gesamtwirtschaftlichen [Allokations-] Aufgaben mehr!). Darüber hinaus ist der Markt auch ein relativ effektives Verteilungs-, Informations- und Kontrollinstrument für die private Konsumgüterproduktion, was natürlich entsprechende Eingriffe (z. B. bezüglich Verbraucherschutz, Umwelt- und Arbeitsplatznormen) nicht ausschließt. Für die Ebenen der Struktursteuerung (z. B. Sektorenentwicklung, regionale Verteilung der Investitionen) ist er aber ebenso ungeeignet wie für die Niveausteuerung (Konjunktur und Wachstum).

Plan?

Mancher, der die Argumentationen bis hierher zustimmend verfolgt hat, wird aber spätestens nun die Frage nach der Effizienz der Planalternative aufwerfen und auf negative Erfahrungen im Bereich osteuropäischer Planwirtschaften wie auch auf Planungsmißerfolge in der Bundesrepublik verweisen. Bevor hier jedoch vorschnelle Schlußfolgerungen gezogen

werden, ist die Frage nach den Ursachen zu stellen. Zumindest für die unterentwickelten osteuropäischen Länder erwies sich die zentrale Planung als Industrialisierungsstrategie als sehr effektiv, gescheitert ist die Planung erst an dem Problem, die Vielzahl der Detailentscheidungen (einschl. der Preise) in komplex gewordenen Wirtschaften administrativ und zentral zu regeln. Diese Entscheidungen planwirtschaftlich zentral zu lösen, steht ohnehin nach dem oben gesagten nicht zur Debatte.

Auch die Beurteilung der Planungserfolge in der BRD ist zu differenzieren: Die Konzernplanungen – durchaus mit 10–15 jährigen Absatz-, Finanz- und Investitionsplänen – waren doch im Durchschnitt erfolgreich, nicht zuletzt deshalb, weil die Folgen von Planungsfehlern und -korrekturen der Unternehmen ziemlich ungeniert beim Staat „abgeladen“ wurden. Hier liegt das politische Kernproblem bisheriger staatlicher Planung – sie war „Anpassungs- statt Gestaltungsplanung“ (F. Naschold) und war damit bereits im Ansatz in der eigenständigen Wirksamkeit begrenzt. Die Abhängigkeit staatlicher Infrastrukturausgaben von der durch Unternehmensentscheidungen weitgehend vorausbestimmten Konjunktursituation ist hier nur eins von vielen möglichen Beispielen.

Zum anderen können die Planungsergebnisse nie besser sein als die zugrundeliegenden Planungs- und Informationsverarbeitungssysteme. Und hier herrscht im öffentlichen Bereich nicht nur „Armut“, sondern geradezu „nackte Not“ (und gäbe es nicht einige Wirtschaftsforschungsinstitute, so ständen wir wohl vorm absoluten Nichts). Während große Konzerne mühelos Investitionsvolumen bewältigen, die die eines Länderhaushaltes übersteigen, wird im öffentlichen Bereich geplant, als hätte es in den letzten zwanzig Jahren keinen planungstechnischen Fortschritt gegeben. Nicht nur, daß die in anderen (auch osteuropäischen Ländern) entwickelten Planungsansätze – wie z. B. Mehr-Ebenenplanung und dynamische Input-Output-Rechnungen mit gleitender Koeffizientenkorrektur, die immerhin schon sektorale Optimierungrechnungen gestatten – weitgehend unbekannt sind und die verfügbare Datenbasis schon nicht mehr

rudimentär, sondern eher punktuell zu nennen ist. Noch problematischer ist die juristische Orientierung unserer Exekutive, die mehr an Vorgängen und Rechtsförmlichkeit denn an Ziel-Mittel-Systemen (und daraus resultierenden Effizienzberechnungen) interessiert ist. Und diese Ineffektivität „juristischer“ Planung – deren gesamtwirtschaftliche Kosten kaum abgeschätzt werden können – wird gerade von den konservativen (bzw. liberal getarnten) Kräften aufrechterhalten, die die niedrige Effizienz der staatlichen Planung vor allem als Alibi brauchen. Denn sie vermuten – nicht zu Unrecht –, daß eine bessere Qualität dieser Planung nicht nur ihre Ausweitung beschleunigt, sondern auch die Konzernplanungen berühren wird, indem der Staat seine bisherige reaktive Anpassungsplanung zu einer aktiven Gestaltungsplanung ausbauen kann (was ja ein Ziel der SPD ist).

Zwei Konsequenzen sind durch die bisherige Diskussion vielleicht deutlich geworden:

– Planung ist vor allem eine Herausforderung an die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Da bisher der „planungstechnische“ Fortschritt immer größer war als der „politische“, liegt der Engpaß für die Einführung von Planung vor allem im letzteren Bereich. Planung ist in erster Linie eine Frage nach der „gesellschaftlichen“ Rationalität des politischen Prozesses: Ob wirtschaftliche und soziale Probleme unkontrolliert entstehen und per „Gießkanna“ (mit recht einseitig verteilten Löchern) mehr verschleppt als gelöst werden sollen oder ob wir unsere Wirtschafts- wie Gesellschaftsstruktur nach klaren Zielen und daran orientierten Mitteln „selbst-bewußt“ lenken wollen (vgl. auch NG 1/74);

– während der Markt als Lenkungsmechanismus an prinzipielle, nicht übersteigbare Begrenzungen stößt, gibt es für die Planung als „fortgeschrittenste politische Problemlösungsstrategie“ (F. Naschold) keine – bisher erkennbaren – Beschränkungen.

Damit soll nun keineswegs behauptet werden, alle Probleme politischer Planung seien gelöst – im Gegenteil. Es wird lediglich die Auffassung vertreten, daß die bisher nicht gelösten Probleme sowohl eine Frage des

Forschungsinputs als auch der politischen Praxis sind. Bei Planung hängt eben alles davon ab, wie sie organisiert, durchgesetzt und praktiziert wird.

Probleme bei der Planung

Drei Problembereiche erscheinen dabei von besonderer Wichtigkeit:

1. die Frage nach dem „optimalen“ Dezentralisationsgrad der Planung. Eine völlig zentrale Planung ist eine politische Utopie (und noch nicht mal eine demokratisch akzeptable). Die steigende Komplexität der Wirtschaft (mathematisch: die Zahl der zu lösenden Gleichungen) wird auf absehbare Zeit größer sein als die Rechenkapazität der Computer, von den unüberwindbaren Schwierigkeiten der Informationserfassung und -verarbeitung sowie dem Problem der „qualitativen“ Zustände ganz zu schweigen. Andererseits ergibt die Dezentralisation der Planung zahlreiche Koordinationsprobleme und erhöht zudem das Konfliktniveau der Planung, weil die partiiellen Interessen unterer Planungsebenen sich nicht mit gesamtgesellschaftlichen Interessen decken müssen (und die Fiktion, daß es eine Interessenharmonie gäbe, wenn erst einmal das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt ist, wurde in den osteuropäischen Staaten zu drastisch zerstört, als daß sie noch erhofft werden könnte). Plankoordination ist also vor allem ein Konfliktverarbeitungsprozeß (zu dem unsere Institutionen kaum in der Lage sind);
2. ist die Frage nach der Verbindung von Zielsystem (Aufgabenplanung) und Durchführungplanung offen. Selbst bei demokratischer Ermittlung eines Zielsystems (und seinen Veränderungen im Zeitablauf) sind damit keineswegs die Maßnahmen festgelegt. Hier verschiedene Varianten auszuarbeiten, sie mit dem Zielsystem zu verknüpfen und über sie zu entscheiden, dürfte planerisch wie politisch kaum jemals „rein“ zu verwirklichen sein. Aber gegenüber dem bisherigen Zustand verdeckter, unklarer (und damit unkontrollierbarer) Zielsetzungen und unkoordinierter, z. T. entgegengesetzter Maßnahmen dürften sich doch wohl **strukturelle Verbesserungen** erzielen lassen – wenn die angesprochenen gesellschaftlichen Veränderungen erreicht werden;

Carlos Pardo: Das spanische Volk ist politisch auf dem Marsch

3. bleibt — auch bei der besten Informationsbasis — die Zukunft prinzipiell unsicher, während Planung nur erkannte Probleme regeln kann. Damit ist die Frage nach der Flexibilität von Planung gestellt, die — im weiteren Sinne — nicht nur für das Auftreten von unvorhergesehenen „Störungen“, sondern auch und gerade für die Veränderung von Zielen gilt (die zwar u. U. durch unvorhergesehene Änderungen, aber auch durch Lernprozesse und Zielerreichung gemäß der Hypothese der Anpassungsanpassung hervorgerufen werden). Zwar können — wie die kybernetische Systemtheorie lehrt — durch dezentrale Kompetenzen „Störungen“ flexibel „geregelt“ werden, ohne das Gesamtsystem zu beeinflussen, aber dies gilt nicht unbegrenzt, vor allem nicht für Zieländerungen. Ein weiterer Lösungsansatz ist die „gleitende“, mittelfristig ausgerichtete Planung (die aber auch in einem langfristigen Informationshorizont erfolgen muß). Vornehmlich kommt es wohl auch hier — von Katastrophen u. a. einmal abgesehen — auf die Problemsensibilität der Planungsorganisation an (schließlich ist ja auch die „Ölkrise“ nicht plötzlich vom Himmel gefallen).

Die ungelösten Probleme politischer Planung sind also beträchtlich — ebenso wie die wirtschaftlichen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Probleme, die aber nur mit Hilfe eben dieser politischen Planung gelöst werden können. Denn die zunehmende Komplexität von Wirtschaft und Gesellschaft, der damit verbundene steigende Bedarf an Koordinierung und Lenkung — wie immer er gedeckt wurde — hat die Frage nach dem Verhältnis von Plan und Markt faktisch bereits beantwortet: der Markt ist nur noch Instrument zur Planrealisierung. Die Zunahme von Planung auf Unternehmensebene (verstärkt durch die Konzentrationsprozesse) wie auf allen staatlichen Ebenen zeigt: wir stehen nicht mehr vor der Alternative, ob wir gesamtwirtschaftliche Planung brauchen, sondern nur noch, ob wir „gute“ oder „schlechte“ (wie die bisherige) Planung haben wollen und wer nach welchen Zielen mit welchen Mitteln plant. „Qualität des Lebens“ bedingt als Voraussetzung zunächst einmal eine entsprechende Qualität demokratischer Planung.

Der 20. Dezember 1973

Um die spanische Innenpolitik zu analysieren, muß man sich an die Geschehnisse vor dem 20. Dezember 1973 erinnern, als der damalige Regierungschef Admiral Carrero Blanco gewaltsam ums Leben kam.

Sechs Monate vor dem Attentat hatte Staatschef Franco zum ersten Mal in der Geschichte seiner Diktatur einen Teil seiner Macht übertragen, und zwar an eben Carrero Blanco, der, geschützt durch eine diskrete Anonymität, Regierungschef wurde.

Obwohl der neue Regierungschef keiner der Gruppen angehörte, die seit 1939 Macht und Einfluß in Spanien ausübten, hatte sich der „Opus Dei“ für die „Technokraten“ entschieden, was auch bei der Kabinettsbildung zum Ausdruck kam.

Die sechs Monate Regierungszeit Carreros waren durch folgende Ziele des Opus Dei bestimmt:

a) Wirtschaftliche Entwicklung durch ausländische Investitionen und Geldüberweisungen der spanischen Arbeitnehmer im Ausland, um durch einen Wirtschaftsaufschwung das System zu konsolidieren.

b) Die Kontinuität des politischen Systems durch die Monarchie von Juan Carlos zu sichern. Vor dem 20. Dezember 1973 trat deshalb der designierte König häufig in der Öffentlichkeit auf, um ihm ein gutes Image im Volk zu verschaffen.

c) Eine politische Legalität vorzutauschen mit dem Ziel, Spanien als Rechtsstaat darzustellen. Dabei wurde allerdings auch die willkürlichste und brutalste Unterdrückung als legale Anwendung geltender und „demokratischer“ Gesetze gerechtfertigt.

Aber mit der Explosion einer Dynamitladung beim Vorbeifahren des Autos von Carrero Blanco flogen auch jene Pläne in die Luft, die auf eine Regentschaft Juan Carlos' unter Anleitung des Vertrauensmannes abzielten.

Die polizeilichen Untersuchungen über den Tod von Carrero Blanco sind noch immer nicht abgeschlossen. Dabei blieb bis jetzt offen, wer den Tod des Regierungschefs geplant und durchgeführt hat. Die baskische ETA oder eine rechtsgerichtete Gruppe aus den Reihen der



Machthaber könnten in Betracht kommen. Um diese Frage beantworten zu können, muß man zuerst fragen: Wem nützten des Admirals Tod und seine Folgen?

Der 12. Februar 1974

Bei der Ernennung Carlos Arias' zum Regierungschef sind drei Punkte besonders interessant:

- Der neue Regierungschef war im Kabinett Carrero Blanco Innenminister, also auch für die Sicherheitsmaßnahmen, die beim Tod des Regierungschefs versagt hatten, verantwortlich.
- Carlos Arias Navarro, erster ziviler Regierungschef des Franco-Regimes, gehört keiner politischen Gruppe an.
- Der neue Ministerpräsident hat bei der Auswahl seiner Minister keine Rücksicht auf die „politischen Familien“ des offiziellen Spanien genommen. Die mehrere Jahre dominierende „Familie“ der „Opus-Dei-Technokraten“ ist aus dem Kabinett völlig verschwunden.

Am 12. Februar 1974 gab Arias seine berühmte Regierungserklärung ab, die die Spanier zum ersten Mal am Bildschirm verfolgen konnten. Die Spanier glaubten ihren Ohren nicht zu trauen, als Arias Navarro verkündete: künftig werde es mehr Wahlen als Ernennungen, mehr politische Diskussionen, mehr Pressefreiheit geben. Nach solchen Erklärungen wurde bald von der „Regierung der Hoffnung“ gesprochen, obwohl er in seiner Rede die Legitimität und Festigkeit des Franco-Regimes betont hatte.

Die erste Regierungserklärung wurde jedoch vom Prozeß gegen den anarchistischen Studenten Salvador Puig Antich belastet. Er wurde am 3. März durch das Würgeisen hingerichtet.

Der 25. April 1974

Der Zusammenbruch der Diktatur in Portugal weckte in Spanien neue Hoffnungen, aber auch Ängste. Wie immer in ihrer Geschichte strahlte die Politik des einen Staates auf den anderen aus. So hatte beispielsweise der Diktator Salazar General Franco beim Putsch gegen die republikanische spani-

sche Regierung unterstützt. Die Untersuchung des Archivs der gefürchteten portugiesischen Geheimpolizei PIDE bewies, wie eng diese mit der nicht weniger berühmten spanischen Polizei, der „Sozialbrigade“, zusammengearbeitet hatte.

Der Putsch in Portugal fand in Spanien ein großes Echo. Die Zeitungen widmeten ihm Schlagzeilen und Artikel. Der spanische Leser konnte die tragische Geschichte der Diktatur seines eigenen Landes in den Zeitungen nachlesen. Man mußte nur das Wort „Portugal“ durch „Spanien“ ersetzen. Die Leute auf der Straße sprachen recht frei über die Entwicklung und über die Tatsache, daß offensichtlich von heute auf morgen eine Diktatur ohne Blutvergießen gestürzt werden kann.

Alle Teile der öffentlichen Meinung haben neue Kräfte bekommen. So sagte ein Politiker: „Was das Land will, ist die politische Demokratie.“ Und in einer Versammlung warnten die Madrider Studenten in Sprechchören die anwesenden Geheimpolizisten der Brigada Social y Política: „Social, denk an Portugal.“ In den Schaufenstern der Buchhandlungen liegt das Buch des General Spínola aus, das den Anstoß zum Umsturz in Portugal gegeben hatte. In Anspielung auf den monokeltragenden Spínola bekam Spaniens Chef des Generalstabes, General Díez Alegria, anonym ein Monokel zugeschickt.

Aber man kann die gesellschaftliche Situation beider Länder kaum vergleichen. Das Beispiel Portugals kann nur die politische Auseinandersetzung in Spanien, die schon in Gang gekommen ist, forcieren.

Entlassung, Krankheit, Phosphat

Die Worte Entlassung, Krankheit, Phosphat waren die Sterne am politischen Himmel Spaniens im Sommer 1974. Die rechten Ultras kämpften verzweifelt gegen alle liberalen Versprechungen in der Regierungserklärung Arias Navarros. Unter ihrem Druck mußte Regierungschef Arias den Generalstabschef Manuel Díez Alegria entlassen. Für viele Spanier war Díez Alegria eine Hoffnung für die Zukunft, bis er das Opfer eines erbitterten Machtkampfes wurde. Für die Zukunft Spaniens bedeutet die Entfernung Díez Alegrias, daß die Armee wei-

terhin ihre Rolle als feste Verbindung zur Vergangenheit spielen wird.

Die Erkrankung Francos war der zweite Prüfstein im Kampf zwischen den Ultras und der politischen Linie des Regierungschefs. Walter Haubrich, Korrespondent der FAZ in Madrid, meinte: „Während Francos Klinikaufenthalt haben sich ziemlich eindeutig zwei politische Gruppen gebildet, die offen Frontstellung gegeneinander beziehen. Ein Teil der Familie Franco, der Schwiegersohn an der Spitze, dazu Giron, dann der gerade in den Ruhestand versetzte rechtsradikale General Iniesta und einige Falangisten waren offensichtlich unzufrieden mit Arias und dem Gesicht seiner Minister. Der Regierungschef, so meinen sie, habe es durchgesetzt, daß Franco zu früh dem Prinzen Juan Carlos die Funktion eines Staatschefs übergeben habe, wenn auch nur vorläufig.“

Nach 45 Tagen übernahm Franco offiziell wieder die Macht, die er nie verloren hatte. Juan Carlos wurde wieder in den Hintergrund gedrängt. Aber diese 45 Tage haben in Spanien viel geändert. Das Land erlebte den Anfang politischer Bewegungen. Diese Entwicklung belastete das Verhältnis zwischen Carlos Arias Navarro und den Ultras sehr stark.

Jahrelang wurden die Probleme von Spanisch-Sahara und somit auch die Förderung der immensen Phosphatlagerstätten von Bucroa von der spanischen Regierung als Staatsgeheimnis behandelt. Die an den Grenzen von Spanisch-Sahara liegenden Staaten Marokko, Algerien und Mauretanien haben ihre territorialen Ansprüche auf die spanische Sahara angemeldet. Marokko, das die größten Rechte zu haben glaubt, hat sogar mit einer Kriegserklärung gedroht. Seine Armee wurde an der Sahara-Grenze in Alarmbereitschaft versetzt. Die spanische Öffentlichkeit erfuhr von der möglichen bewaffneten Konfrontation nur bruchstückhaft. Das war die Ursache einer Angstpsychose im spanischen Volk.

Die spanische Regierung kündigte ein Referendum in Spanisch-Sahara für Anfang 1975 an, das unter Kontrolle der UNO durchgeführt werden soll. Damit sind die militärischen Überlegungen Marokkos vorläufig hinfällig. Die wichtigste Änderung war jedoch, daß das „Staatsgeheimnis Spanisch-Sahara“ keines

mehr ist und Massenmedien und Presse über das Problem berichten durften. Mit diesem Schritt baute Arias Navarro eine der Mauern zwischen Volk und Regierung ab.

Die aktuelle Lage

Die innenpolitische Lage im heutigen Spanien muß man unter vier Aspekten sehen: Machtkampf, Arbeiterbewegung, Wirtschaft, Opposition.

Machtkampf

Nach Francos erneuter Machtübernahme ist der Kampf zwischen den Ultras und dem Kabinett Arias Navarro härter geworden. Das gilt besonders für den Bereich der Presse. Der Freund von Francos Schwiegersohn und Ex-Arbeitsminister Giron schrieb im Falange-Organ „Arriba“: „Wir sind schon so weit gekommen, daß sich an Spaniens Kiosken ausländische Zeitungen finden, in denen die höchste und respektable Figur, Francisco Franco, lächerlich gemacht oder das Regime beleidigt wird und in denen Vergleiche angestellt werden mit politischen Systemen, die uns ganz entschieden fremd sind.“

Aber was den Ultras noch mehr Ärger macht, ist die deutliche Information über Korruptionsfälle, die bis jetzt von der Zensur verboten war und in die viele von ihnen verwickelt sind, beispielsweise einige von Francos Familienangehörigen. Da gibt es den Fall „Reace“, wo vier Millionen Liter Öl praktisch „verschwunden“ sind und in den der Bruder des Staatsschefs, Nicolas Franco, verwickelt ist. Dieser kann sich angeblich wegen einer Krankheit an nichts erinnern.

Die Angst vor der Pressefreiheit ist vor allem die Angst vor politischen Informationen und vor Veröffentlichungen finanzieller Skandale, in die Ultras verwickelt sind. So forderten sie folgerichtig und mit Erfolg die Entlassung von Informationsminister Pio Cabanillas.

Die Ultras haben sich zum offenen Angriff gegen Arias Navarro gesammelt. Sie erklärten in ihrem Organ „Fuerza Nueva“: „Weder wollen wir ihm gehorchen noch ihm folgen.“ Ein anderer Gesichtspunkt des Machtkampfes sind die Wünsche der Franco-Familie, einen eigenen König zu haben. So meinte die Zeitung

„Esprit“: „Geheimer Wunsch der ehrgeizigen Carmen Franco: Statt Juan Carlos soll der mit ihrer Enkelin Maria del Carmen verheiratete Bourbonen-Prinz Alfonso König werden.“

Das Matriarchat hinter den Kulissen des Prado-Palastes reflektiert einen erbitterten Kampf um die Franco-Nachfolge. Dabei ist Macht und Geld unentwerrbar miteinander verfilzt. Nach der Entlassung von Pio Cabanillas hat zum ersten Mal in der Geschichte der Franco-Diktatur eine Welle von freiwilligen Demissionen begonnen, wobei sich die Zurücktretenden mit Cabanillas solidarisch erklärten.

Auch über die Möglichkeit eines Rücktritts des Regierungschefs wird geredet, der dann von Admiral Pita de Veiga abgelöst würde. Das könnte sogar auf die Franco-Nachfolge Einfluß haben, denn Juan Carlos' Hoffnungen können immer noch vom Staatsschef zunichte gemacht werden.

Die Arbeiterbewegung in Spanien

„Die Streikbewegung in Spanien wird immer stärker“, so berichtete Friedrich Kassebeer, Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, aus Madrid. In der Tat, die Protestbewegung der Arbeiter, die seit Jahren nie aufgehört hat, wird in den letzten Wochen mächtiger und intensiver. Sogar ein von der Kommunistischen Partei ausgerufenen Generalstreik im Oktober blieb deshalb aus, weil die Arbeiter praktisch nie aufhören zu streiken, um ihre Forderungen durchzusetzen. Und zwar Forderungen nicht nur finanzieller, sondern auch politischer Natur. Spaniens Arbeiter streiken zum Beispiel aus Solidarität mit entlassenen Kollegen.

Das Verhalten der Arbeiter ist den offiziellen Gewerkschaften über den Kopf gewachsen. So müssen die Unternehmer immer wieder direkt mit den Streikenden verhandeln. Diese wählen ihre Vertreter selbst. Damit haben die Arbeiter Tatsachen geschaffen, die nach den geltenden Gesetzen illegal sind. Was das Gesetz nicht erlaubt, wird aber von den Arbeitern in der Wirklichkeit legalisiert.

Die Wirtschaft

Die Unruhe unter den Unternehmern ist nach der überraschenden Demission von Wirt-

Es lesen mehr Leute PARDON, als Sie denken.



Jeden Monat sind es immerhin 1,33 Millionen.

Dabei haben wir uns längst daran gewöhnt, daß man uns immer noch als Fachzeitschrift für Satire-Experten mißversteht. Manchmal fragen wir uns natürlich, welche Mißverständnisse zu dieser Fehleinschätzung führen.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß die hohe Politik eine viel zu ernste Sache ist, um mit Satire irgend etwas zu tun zu haben.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß jeder Spaß überflüssig ist, weil nur die Arbeit im Schweiß des Angesichts die wahre Lebenserfüllung bietet.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß viele PARDON-Leser unter 30 sind und man ihnen deshalb auf keinen Fall trauen darf.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß man seinen Cholesterin-Gehalt lieber hoch hält, indem man PARDON ganz bewußt nicht liest.

Vielleicht ist es das Mißverständnis, daß unser Geld viel zu wertvoll ist, um sich dafür PARDON zu kaufen.

Vielleicht liegt es aber auch daran, daß viele Leute noch nicht mitbekommen haben, was unsere Leser schon lange wissen: daß PARDON im letzten Jahr eine ganz neue Form bekommen hat.

**Riskieren Sie den Abschied von liebgewonnenen Vorstellungen:
Lassen Sie sich ein Probeheft des neuen PARDON zuschicken.**

Wollen Sie ein **kostenloses Probeheft?**

Ja, schicken Sie mir ein Probeheft. Ich will es mir mal ansehen.

Nein, behalten Sie Ihr Blatt. Ich lasse mir von Ihnen doch nicht meine Vorurteile vermiesen. Zutreffendes bitte ankreuzen.

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Einschicken an
PARDON, 6 Frankfurt 1, Oederweg 157



NEU
pardon
**Der Spaß,
den jeder
braucht.**

schaftsminister Barrera de Irmo besonders groß geworden. Die Deviseneinnahmen aus den Überweisungen spanischer Arbeiter im Ausland sind erheblich zurückgegangen. Die Investitionen ausländischen Kapitals und die Einnahmen aus dem Tourismus haben sich verringert. Die Währungsreserven sind durch erhöhte Einfuhren und verminderte Ausfuhren mager geworden. Die Ölpreiserrhöhung und der Rückgang der Autokäufe hat die Pläne der Regierung für ein wirtschaftliches Gleichgewicht verërtelt. Die spanische Industrie will in den europäischen Gemeinsamen Markt aufgenommen werden, weil das die einzige Lösung zur Rettung ihrer aktiveren Wirtschaftszweige zu sein scheint.

Die staatliche Propaganda über die guten Handelsbeziehungen mit dem Osten und mit Lateinamerika kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Spanien in Europa liegt und eben dort Lösungen für seine wirtschaftlichen Probleme gesucht werden müssen. Die politischen Hindernisse, die einer Annäherung an die EG im Wege stehen, sind öffentlich bekannt und werden in der Presse diskutiert. Man weiß, daß Spanien, solange es die elementaren politischen Freiheiten nicht besitzt, nicht an einen Anschluß an Europa denken kann. Gerade wirtschaftliche Probleme können der Auslöser für die Kräfte sein, die notwendig für die Lösung der politischen Probleme sind – wie es für Griechenland Zypern war und für Portugal die Kolonien.

Die Opposition

Gerade die letzten Auseinandersetzungen in den vorangegangenen Monaten haben einige politische Strömungen der illegalen Opposition in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Neue politische Parteien wurden gegründet. Es gab Zusammenschlüsse wie zum Beispiel die „Demokratische Junta Spaniens“, in der die Kommunistische Partei Spaniens, der Opus Dei, die Karlistische Partei, Vertreter des spanischen Kapitals usw. zusammenarbeiten. Dieser sonderbare Zusammenschluß beweist nur, wie groß die Furcht vor der Zukunft ist und wie stark der Wunsch bei den bislang Mächtigen, den demokratischen Zug nicht zu verpassen.

Und den demokratischen Zug wollen

natürlich auch die nicht verpassen, die bis jetzt nicht an der Macht beteiligt waren. Auf dieser Suche nach einer aktiven Rolle in der zukünftigen Politik Spaniens ist der 13. Parteitag der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei von Bedeutung. Dieser Parteitag hat neulich in einem Pariser Vorort stattgefunden. An ihm nahmen 150 Delegierte aus Spanien selbst teil. Der „Vorwärts“ schrieb am 24. 10. 1974: „Die PSOE hatte sich in Suresnes zu entscheiden, ob sie mit dieser ‚Junta‘ oder eher mit den Christdemokraten Spaniens zusammenarbeiten will. Der Kongreß konnte sich zu keiner definitiven Entscheidung durchringen, sprach sich vielmehr nach längerem Kopfzerbrechen für die Notwendigkeit von Vereinbarungen mit allen politischen Parteien aus, vor allem aber mit Kräften der Linken. In dieser Richtung erhielt der neugewählte Parteivorstand weitgehende Vollmachten.“

Was wird in den nächsten Wochen geschehen? Was es auch sei, eines ist klar: Das spanische Volk ist politisch auf dem Marsch, es wird nicht mehr zu bremsen sein. Dieser Marsch geht in die Richtung eines demokratischen Staates, der den anderen demokratischen Staaten Europas zugezählt werden kann.

Thomas Richards: Das französische Volk geteilt durch zwei

Die Mehrzahl der französischen Bürger aller Kategorien von rechts über die Mitte bis links hat Angst. Angst vor der Arbeitslosigkeit, Angst vor politischen Änderungen mit Tiefenwirkungen, die altvertraute, aber abgestandene Gewohnheiten des Laisser-faire und des Laisser-aller abschaffen könnten. Angst vor der Krise, die niemand im täglichen Leben wahrhaben will, Angst und Unwillen vor Sparmaßnahmen, die der Verschwendung von Energie ein Ende machen würden. Angst vor der fortschreitenden Inflation und der Senkung des Lebensstandards, Angst vor den Kommunisten, die als bestorganisierte Marschierer immer noch fest verankert in der Arbeiterschaft sind und den Gedanken eines Krisenmanagements, falls es eines Tages Giscard d'Estaing und Mitterrand zusammenführen würde (zu einer Art großer Koalition nach deutschem Muster) im Keim schon auf das schärfste bekämpfen.

Der Staatspräsident Giscard d'Estaing, nobel, freundlich, mit dem Willen, Bürgerpräsident zu sein, liberale Reformen durchzuführen, das französische Gesellschaftsgefüge, seine Gesetze und seine Verwaltung zu entmotten und zu entstauben, ist der wohlmeinende Einzelkämpfer, dessen Armee im Parlament größtenteils aus einer ihn tolerierenden UDR-Mehrheit besteht, die als Überbleibsel der gaullistischen Herrschaftszeit in sich zerstritten ist.

Seine eigene Kerntruppe, die *Républicains Indépendants*, ist mit 64 Abgeordneten im Parlament vertreten. Ihnen darf er noch hinzurechnen 53 *Réformateurs* und die Fraktion der 20 Unabhängigen, die meistens mit der Mehrheit stimmt, und die 174 UDR-Abgeordneten. In der Opposition sind die Sozialisten zusammen mit den linken Radikalen mit 105 Abgeordneten und die Kommunisten mit 74 Abgeordneten vertreten.

Er hat Generäle, Chirac, um die UDR-Fraktion zusammenzuhalten, Poniatowski, Freund und Innenminister, um ihm die innere Ordnung zu garantieren. Letzterer, wohl als rechtsliberaler Demokrat einzustufen, versteht sich als Erhalter und nicht als Veränderer der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Seine Angriffe gegen die Kommunistische Partei, die er jüngst als totalitär und faschistoid bezeichnete, haben

zum Ziel, Sozialisten und Kommunisten voneinander zu trennen.

Ansonsten sind technokratisch orientierte Minister, wie Finanzminister Fourcade und gutmeinende bürgerliche Politiker, als Minister ohne besondere Erfahrung in diesem Geschäft am Werke, um dem Staatspräsidenten, der in seiner Machtfülle große und kleine Dossiers an sich zieht, das Regierungsgeschäft als rechte Hände, auch als Hilferwerker zu erleichtern.

Die erklärten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programme Staatspräsident Giscard d'Estaings und seiner Mannschaft sind honorig. Die Probleme werden gesehen, wie sie gestellt sind vor dem Hintergrund der Energiekrise, des Währungsverfalls, der durch Produktionsschrumpfung erzeugten Arbeitslosigkeit und der Inflation. Weitaus vager ist das Programm, das eine wirkliche Änderung bewirken könnte. Es ist bis heute nicht deutlich geworden, durch welche praktischen Maßnahmen es Giscard d'Estaing erreichen will, die Verkrustungen einer noch aus dem 19. Jahrhundert übriggebliebenen Klassen- und Kastenstruktur aufzulösen.

Thema Nummer 1 war bisher die Inflation, die durch eine gezielte Restriktionspolitik eingedämmt werden soll von jetzt 15–17 Prozent jährlich auf 12, 10, 8 Prozent, als Traumziel auf die 7 Prozent des BRD-Beispiels. Die Vollbeschäftigung soll erhalten bleiben. Devisen für Rohstoffe und für Öl sind knapp, Reformen, die Geld kosten, sind somit Zukunftsmusik.

Im Spätherbst 1974, nach einem halben Jahr 6. Republik mit dem Gütezeichen VGE (Valérie Giscard d'Estaing), ist es unruhig in diesem Volk geworden. Man leidet am Poststreik, der in seine X. Woche ging, am überständigen Müll, der zwar jetzt abgeräumt wird, aber noch lange in vielen Tonnen die Pariser Straßen verpestet.

Und seit den letzten Novembertagen erscheint die Massenarbeitslosigkeit, in diesem Lande als geschichtliche Erfahrung fast unbekannt, schon nicht mehr als mögliche Gefahr, sondern als Tatsache. Die Autoproduktion, in der ganzen Welt rückläufig, setzt Arbeitnehmer frei, bei Citroën zunächst 3000, Renault führt Feierschichten ein, Klein- und Mittelunternehmen, bedrängt durch rigorose Kreditbe-

schränkungen, sind ohne Kommunikationsmöglichkeiten mit ihren Kunden im Binnen- und Außenhandel (Auswirkungen des Poststreiks). Sie entlassen ihre Leute, stehen vor der Pleite. Wieviel wird man erst wissen, wenn Hiobsbotschaften, die in Gebirgen von unsortierten Postsäcken schlummern, ihre Empfänger erreichen? Dabei klettert die Inflation weiter. Die verordneten klassischen bitteren Medikamente haben entweder nicht gewirkt oder noch nicht das Inflationsfieber gesenkt.

Dies alles in einer politischen Konstellation eines geteilten Volkes, die VGE und seine bürgerliche Mehrheit, die Mitterrand, der als Präsidentschaftskandidat nur mit 342 000 Stimmen bei 26,1 Millionen Wählern im Mai 1974 unterlag. Radikale Gewerkschaften, die darauf pochen, daß das arbeitende Volk Giscard d'Estaing nicht gewählt habe. Sie sind gezwungen, mangels Kampfbereitschaft der Massen spontane Streiks Unorganisierter zu ihrer Sache zu machen. Bei Anfang und Ende des Poststreiks, der zwar abbröckelte, aber im Nervenzentrum der Sortierstellen noch zu 90 Prozent in Paris befolgt wurde, sind die Gewerkschaften ausmanövriert.

Das Marschieren gegen die Regierung, die Krise, die Arbeitslosigkeit, die Inflation (300 000 demonstrierten am 19. November in Paris) und einige Stunden Streiks in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes helfen nicht. Die Regierung sieht sich nicht gezwungen, ihre Lohnbeschränkungspolitik zu ändern, aber das Volk murrte. Meinungsbefragte bezweifeln mit Rekordzahlen, ob dieser Präsident mit seinen Mit Helfern fähig ist, mit fester Hand als Krisentöter zu reüssieren oder etwa eine Wiederholung der Mai-Ereignisse von 1968 zu bändigen.

Mitterrand, heute unbestrittener Führer der nichtkommunistischen Linken, mit seiner Sozialistischen Partei in den letzten Wahlen ständig seine Position verbessernd, sieht sich der politischen Eifersucht der Kommunisten ausgesetzt. Diese gemeinsame Volksfront mit dem „programme commun“ (das für normale Zeiten gedacht und kein Krisenprogramm ist), die es zuwege brachte, daß Giscard d'Estaing nur äußerst knapp siegte, steht zur Zeit nicht als Alternative zur Verfügung. Sie ist noch

nicht gespalten, aber zutiefst zerstritten. Es scheint, als ob die Kommunisten lieber auf eine linke Regierung oder Mitregierung verzichten wollten, als im Orchester Zweitstimmen zu spielen. Die Sozialistische Partei mit ihrer linken Ideologie ist jetzt auch für kommunistische Wähler, wie die letzten Nachwahlen zeigten, attraktiv geworden. Um ihren Einfluß in der industriellen Arbeiterschaft zu halten, mimit die KPF zur Zeit mal wieder die große Gebärde, die einzige revolutionäre Arbeiterpartei zu sein. In den letzten zwei Jahren wollte sie den Eindruck einer demokratischen Volkspartei vermitteln, die – zwar verklausuliert – sich bereiterklärte, wieder von der Macht abzutreten, falls der Wähler dies wolle.

Dabei gibt es keine Brücke zwischen der Sozialistischen Partei und der Regierungsmehrheit, deren Vertreter die sozialen Leiden lindern und den Ärmsten der Armen helfen wollen. Sie predigen Philantropie im Sozialgeschehen, aber sie wollen nichts ändern. Alles ist im Grunde gut, nur die Sitten müssen sich bessern. Mit dieser Einschränkung versteht wohl auch Giscard d'Estaing sein „Changement“. Es gibt auch Lichtblicke, z. B. fortschrittliche Gesetze, die der Herabsetzung des Wahlalters und der Liberalisierung der Abtreibung gelten. So werden die schlimmsten Rückstände aufgeholt. Aber kein Wort und keine Tat vonseiten der bürgerlichen Regierungsmehrheit zugunsten der schlechtbezahlten Fließbandarbeiter und Postsortierer, die öde Tätigkeiten verrichten müssen. Wenn sie aufmucken, werden sie als Demolierer verdächtigt. Kein Veto zugunsten der Menschenwürde der arbeitenden Menschen, die nicht mehr Objekt sein, sondern als Wirtschaftsbürger über ihr soziales Schicksal mitbestimmen wollen, die den unveränderten Herr-im-Haus-Standpunkt französischer Unternehmer unerträglich finden und die gewiß nicht zu ihrem Vergnügen streiken. Kein Gesetzesvorhaben, das der Herabsetzung des Rentenalters, der Arbeitszeitverkürzung und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, den aktuellen Leitthemen in Frankreich, dient.

Der Staatspräsident ist im Mai 1974 für sieben Jahre gewählt worden. Er kann damit drohen, das Parlament aufzulösen. Ob dann

Petra Rosenbaum: Die italienische Krise und ihre Ursachen

allerdings seine eigene Hausmacht, die als Partei nur wenig strukturiert ist, großen Gewinn erzielen würde, ist höchst zweifelhaft. Wahlen wären auch im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Bärendienst für die führungslose UDR. Aber auch die Linke könnte nicht sicher sein zu siegen, da Angstwahlen wie im Juni 1968 einen Rechtsruck bewirken könnten.

An einem der letzten Novembertage angesichts der allgemeinen Unsicherheit, der Hiobsmeldungen über Massenentlassungen ergreift der Präsident nach langem Schwelgen das Wort im Fernsehen und Rundfunk, in einem Augenblick, da gekündigte Journalisten mit ihren Kollegen, wie schon so oft in letzter Zeit, die Medien bestreiken und Konservenmusik sowie Kurznachrichten das Programm bestreiten.

Er gibt sich entrückt vom Tagesgeschehen, ist betont sachlich und bemüht sich, beruhigend zu wirken. Er appelliert an die Vernunft und wiederholt seine Versprechen, Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen, er verspricht eine gerechte und verjüngte Gesellschaft und manches andere. Er sagt, für ihn seien alle Franzosen gleich, der Müllarbeiter und der Ingenieur, aber er vermeidet die Aussage, daß es Franzosen gibt, die gleicher sind als andere, er bleibt an der Oberfläche.

Die Krisensituation in Italien ist im Dezember wieder deutlich sichtbar geworden. Nach einer 51 Tage andauernden Regierungskrise amtiert nun die Regierung Aldo Moro mit den Republikanern und den parlamentarischen Stützwoten der Sozialisten und Sozialdemokraten. Diese Mehrheitsformel ist im Prinzip die der vorausgegangenen Mitte-Links-Regierungen, aber Moro wird mit seinem rigorosen Sparprogramm der Drosselung des privaten und öffentlichen Verbrauchs, der Geldmittelverknappung, der Steuerkontrollen und der Streichung jeglicher kostenträchtiger Reformen einen Mehrfrontenkrieg führen müssen. Die Mehrheit Moros besteht real aus den 38,9 Prozent der Christdemokraten und den 2,9 Prozent des republikanischen Koalitionspartners, das Unterstützungspotential der nicht-kommunistischen Linken aus 9,6 Prozent der Sozialisten und 5,1 Prozent der Sozialdemokraten. Zwar haben die Kommunisten (KPI) mit ihren 27,5 Prozent sich zur „konstruktiven Opposition“ bekannt, gleichzeitig aber besteht ihr Angebot an die Christdemokraten weiter, daß die italienischen Probleme sich nur in einem „historischen Kompromiß“ lösen lassen – in einem Bündnis aus „katholischen und kommunistischen Massen“, d. h. im Regierungsbündnis zwischen Christdemokraten und Kommunisten.

Die 97. Regierung nach Mussolini ist in der Tat eine Notstandsadministration: Die Jahresrate der Inflation in Italien nähert sich der 25-Prozent-Marge, das Defizit in der Staatskasse beträgt 36 Milliarden, das Handelsdefizit 22 Milliarden DM; statistisch sind 5,2 Prozent der 19 Millionen Arbeitskräfte arbeitslos, jedoch nicht eingerechnet die Dunkelziffer der nicht-erfaßten Tagelöhner, Teilzeit- und Saisonarbeiter. Die Währungsreserven betragen nur 15 Milliarden DM (Bundesrepublik 87 Milliarden), für den Stützungskredit von 5 Milliarden wurde im September der Großteil der Goldreserven an die deutsche Bundesbank verpfändet. Die Kreditspritze, aufgestockt durch drei Milliarden aus Washingtons Währungsfonds, hat die finanzielle Spekulation im Lande angeheizt und die Schuldentilgungszinsen forciert.

Im Ausland verbreiteten sich Klischees

vom unproduktiven Italien, Unverständnis über die Haltung der Gewerkschaften, Lohnforderungen und Streiks. Die Tendenz, das Land der unlösbaren Krisen resigniert von Europa abzukoppeln, ist vor allem in der Bundesrepublik feststellbar.

Democrazia Cristiana

Italien ist in Europa ein Land der Superlative mit einem Rekord an Regierungskrisen (37 Regierungen in 31 Jahren der Republik), der größten KP der westlichen Welt mit 9 Millionen Wählern, d. h. einem Drittel der Wählerschaft, mit einer beachtlichen, im Parlament als viertstärkste Fraktion vertretenen faschistischen Partei, mit dem Mezzogiorno als einem inländischen Entwicklungsland im Süden, mit steigender Kriminalität, Bombenattentaten und Entführungen.

Der eigentlich größte Superlativ ist aber die Democrazia Cristiana (DC), die das Land seit Kriegsende wie einen Erbhof verwaltet, bisher alle Ministerpräsidenten stellte, alle Schlüsselpositionen in Verwaltung und Industrie besetzte, das Staatsfernsehen und den Rundfunk fest kontrolliert, einem Eisberg vergleichbar, dessen Spitze sichtbar, aber nicht das Wesentliche ist.

Die politische Elite der Partei ist verbraucht, die DC-Minister betrieben allenfalls Ressortrotation oder wurden je nach Rückhalt in der eigenen Partei von Heckenschützen zu Fall gebracht und durch Kandidaten anderer Flügel ersetzt. So war Schatzminister Emilio Colombo 20mal Minister, Außenminister Mariano Rumor nach 6 Kabinetten als Ministerpräsident 12mal Ressortleiter und heute wieder Außenminister; Giulio Andreotti, wegen mangelhafter Aufklärung neofaschistischer Putschversuche zuletzt vom Verteidigungsministerium zum Haushaltsressort versetzt, saß ebenfalls über 20mal auf Ministersesseln.

Giovanni Agnelli, Chef des größten italienischen Privatunternehmens Fiat und gleichzeitig Präsident des Industriellenvereins (Confindustria), erklärte, die DC habe 40 Prozent der Stimmen und 80 Prozent der Macht. Mit dieser Monopolstellung einer permanenten Staatspartei erklärt sich die heutige Krise des

Landes, die mehr ist als eine Wirtschafts- oder Parteienkrise.

Die Anfänge der italienischen Republik 1946 waren vielversprechend gewesen. Eine von Kommunisten und Christdemokraten gemeinsam entworfene Verfassung — der erste „historische Kompromiß“ — sollte Italien nach 20 Jahren Faschismus umgestalten. Stattdessen erfolgte im Ost-West-Konflikt auch die innenpolitische Parteienpolarisierung zwischen Schwarz und Rot, zwischen Katholizismus und Kommunismus, die alle aus dem gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus bestehenden Übereinstimmungen auswischte. Zwar kam die DC nach 1948 nie wieder auf 48,5 Prozent und war nach dem Tode der Integrationsfigur Alcide de Gasperi (1954) auf Rechtskoalitionen angewiesen, aber sie hatte festen Rückhalt auf dem Land, im unterentwickelten Süden und in straffen katholischen Organisationen. In den fünfziger Jahren wandelte sich Italien nach Marshall-Plan-Muster vom Agrar- zum Industriestaat; gleichzeitig verlor die DC-Formel bei stetem Industrialisierungs- und Konzentrationsprozeß an Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft — vor allem durch den Preis, den die Partei für das angebliche italienische Wirtschaftswunder zahlen ließ: die niedrigsten Löhne in Europa, die schnellsten Bandgeschwindigkeiten, den offenen Lohndruck in Staats- und Privatunternehmen durch das unerschöpfliche Arbeitskräftepotential der Migranten aus dem Süden.

Mezzogiorno

Der Mezzogiorno aber blieb die inländische Kolonie mit den feudalistischen Strukturen. Staatliche Bodenordnungen und die Errichtung einer Investitionskasse schafften Industriezentren in Agrargebieten, ohne daß für die aus den Bergregionen in die industriellen Ballungsgebiete einströmenden Arbeitssuchenden Kapazitäten durch Zuliefererbetriebe und weiterverarbeitende Industrie geschaffen wurden. Die verfassungsmäßig vorgesehene regionale Dezentralisierung erfolgte nicht rechtzeitig, weil die DC und die verbündeten Liberalen zu Recht in den Regionen Linksverlagerungen befürchteten. 1962 mußte sich die DC selbst nach links öffnen, gegen den Widerstand der organi-

alerten Industrie und der Kirche, die in Hirtenbriefen gegen die Einbeziehung von Sozialisten in die Regierungsverantwortung mit den hergebrachten antikommunistischen Argumenten warnte.

Das anschließende Jahrzehnt von Centro-Sinistra-Regierungen hat aber trotz verschiedener Reformansätze die bereits zwanzigjährige Entwicklung zum staatskapitalistischen DC-Staat nicht mehr korrigieren können; im Land der reichsten Reichen, in dem eine halbe Million, 5 Prozent der Bevölkerung, 20 Prozent des Einkommens halten und heute der Netto-lohn 160 000–200 000 Lire (615–770 DM) beträgt, war bereits eine ineffiziente zentralistische Bürokratie durch Klientelwirtschaft bis zur Karikatur aufgebläht, die italienische Infrastruktur vernachlässigt, die Industrie verhängnisvoll exportorientiert, waren die für das Land bedeutenden 80 000 Klein- und Mittelbetriebe im Rahmen des frühen EG-Booms benachteiligt, obwohl sie strukturelle Pluspunkte der dualistischen Volkswirtschaft sind; die Landflucht erreichte pathologisches Ausmaß, Schwarz- und Kinderarbeit grassierten, die Unternehmensgewinne flossen nicht in den Süden, sondern auf sichere Auslandsdepots in der Höhe von 70 Milliarden DM in den letzten 10 Jahren, davon 30 in den letzten drei.

Nicht die Gewerkschaften sind schuld

Das Argument vom Gewerkschaftsterror, der Italien in den Grundfesten erschütterte, ist so leicht zu widerlegen. Italienische Wissenschaftler haben errechnet, daß nicht die 68 Millionen Streikstunden 1973 die Produktivkraft Italiens lähmten, sondern ein unproduktiver Sektor, den sie als „neue parasitäre Klasse“ bezeichnen und die bis 40 Prozent des nationalen Einkommens vergeudet: die von der DC kontrollierte spekulative Hochfinanz und das Wählerreservoir der DC in der zahlenmäßig explodierten Staatsbürokratie, einem Wust aus unnützen parastaatlichen „Enti“, deren alleinige Zielsetzung die Versorgung der Klientel ist.

Die von Agnelli gekennzeichneten 80 Prozent der Macht sind für die Partei zum Überleben notwendig, weil die Wählerbasis ständig abnimmt. Der Skandal des Jahres – unter

vielen – waren die Finanzabenteuer des Bankiers Michele Sindona, der mit einem spekulativen Schneeballsystem in Bankrott ging und noch 1973 für den „Club of Rome“ der Mann des Jahres gewesen war. Der italienische Staatskapitalismus (etwa die Hälfte aller Investitionen in Italien) finanziert die DC und konzentriert die Presse im Lande durch Aufkäufe von Aktienanteilen; als letzte überregionale Zeitung fiel der „Corriere della Sera“ an die Staatsholding Montedison und ist damit in Meinungsbildung und Auflage fest in christdemokratischer Staatshand.

Alternativen

Theoretisch existieren natürlich Alternativen zum augenblicklichen Zustand. Die eines neofaschistischen Putsches ist außer Betracht gerückt, obschon mehrere Versuche von reaktionären Teilen der Armee, Polizei, des Geheimdienstes und der Finanz offenbar wurden; nach den Veränderungen in Portugal und Griechenland ist den Neofaschisten die Außenbasis abhanden gekommen; im Innern des Landes hätte wahrscheinlich die Präsenz der antifaschistischen Kräfte in allen Parteien und Gewerkschaften einen Putsch wirksam konterkariert; das chilenische Beispiel verbietet sich zudem durch die exponierte Schlüsselposition Italiens im Mittelmeer.

Dem System nach wäre die Regierungsübernahme durch die kommunistische Opposition nur möglich, wenn sich die zerstrittene Gesamtlinke (44,8 Prozent mit den Republikanern) zur Koalition bereitfände und die christdemokratische Linke (etwa 1/3 der Partei) diese Formation parlamentarisch stützte. Das aber ist reine Systemarithmetik, denn das Verhältnis der Parteien zueinander ist mehrfach durch Faktoren kompliziert: DC und KPI sind große ideologische Blöcke, beide Massenparteien und Systempole, zwischen denen ein zersplittertes Mittelfeld besteht; die Liberalen (Anteil von 1948–72 zwischen 2 und 6 Prozent) sind eine Rechtspartei, die sich mit der DC im Konzept, nicht aber im Katholizismus treffen; die Republikaner verfügen nur über 2,9 Prozent der Stimmen; Faschisten und Monarchisten – zusammengeschlossen im MSI – sind trotz 8,7 Prozent nicht koalitionsfähig, aber in Krisensit-

tuationen zu jeder Obstruktion bereit; zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten herrscht der seit der ersten Spaltung 1947 aufgelebte Streit um das Verhältnis zu den Kommunisten, der nur von 1966–1969 durch einen Zusammenschluß in gemeinsamer Formation nach Betreiben Pietro Nennis durchbrochen wurde. Sozialisten und Kommunisten besitzen die gleiche Vergangenheit der Volksfront im Widerstand und – bis Anfang der fünfziger Jahre – die gleiche Wählerbasis und den von ihnen kontrollierten Einflußbereich der Gewerkschaften CGIL und UIL. In dieser Basisformation bilden sie das Gegengewicht zur Regierung, in der die Sozialisten aber Exekutivbeteiligung haben. Der permanente Konflikt zwischen dieser Verantwortung und der Arbeitnehmerbasis wird durch den Schwenk der Kommunisten zum politischen Pragmatismus, zu Europa und EG, mit Vorbehalt zur NATO noch verschärft, während die Sozialdemokraten nach der durch sie verursachten Sprengung der letzten Mitte-Links-Regierung Rumor direkt in die politischen Gefilde der rechten DC-Flügel steuern.

So waren es immer außenpolitische Argumente gewesen, die in der Inneritalienischen Diskussion um Öffnungen nach links oder rechts von Bedeutung waren. Nach der Ölkrise, die Italiens von Rohstoffzufuhren abhängige Produktion vehement traf, ist die italienische Außenpolitik noch mittelmeerbezogener geworden als schon nach der Maffakrise und dem letzten Nahostkrieg, d. h. proarabisch, bemüht um „fruchtbare Koexistenz“ mit Jugoslawien, deutlich interessiert am französischen Mittelmeerkonzept, während die politische Linke hoffnungsvoll an die Ergebnisse der KSZE als Ergänzung zur NATO-Verpflichtung oder auch als Ablösung des Ost-West-Blockgefüges denkt.

Mögliche politische Veränderungen

Europa steht nicht nur vor den zerrütteten Finanzen seines Südstaates, sondern muß mit baldiger Veränderung der politischen Konstellationen rechnen, die sich durch folgende Ereignisse anzeigen: Im Referendum über die Ehescheidung im Mai des Jahres entschieden sich 19 gegen 13 Millionen Wähler für die Modernisierung des Systems, gegen die Be-

vormundung durch Kirche, Konkordat und Organisationen katholischer Ultras – eine Folge der Migrationsbewegungen und ein Zeichen politischer Reife. In der Wahlschlacht befand sich die DC in der schlechten Gesellschaft der Neofaschisten, die Italien wieder zum organischen Ständestaat klerikalfaschistischer Prägung umgestalten wollen. Die Wahlen in Sardinien im Juni signalisierten die Unzufriedenheit einer unterentwickelten Region, wo das staatliche Industrialisierungsprogramm fehlgeschlagen war, Korruption und Aga Khans Feudaltourismus grassierten, das Einkommen 25 Prozent unter italienischem Stand lag, woran die seit 1969 amtierenden 13 DC-Regierungen in Sardinien nichts änderten: Die DC fiel von 44,5 auf 38,8 Prozent, die Kommunisten stiegen um 7 Prozent an.

Der jetzigen Regierung Moro bleibt unter diesen Umständen nur Zeit bis zum Frühjahr, wenn ganz Italien die regionalen Vertretungen wählt. Ihr Notstandsprogramm hat keinerlei innovatorische Kraft, solange nicht der parasitäre Sektor beschnitten wird und solange die Gewerkschaften nicht davon überzeugt werden können, daß die drastischen Besteuerungsmaßnahmen nicht die unteren und produktiven Schichten allein belasten. Es gilt als sicher, daß im Frühjahr außer der bereits sozialistisch-kommunistisch regierten Toskana, Emilia und Umbrien weitere Regionen an die Linke fallen. Doch nicht Haushaltsdefizit und Kommunisten sind Italiens Gefahr, sondern das Defizit an Demokratie im DC-Staat. Auf die Frage, ob in einer Teilnahme der KPI an der Regierung nicht eine Chance läge, den sozialen Konsensus in Italien wiederherzustellen, antwortete der republikanische Vizeministerpräsident La Malfa: „Ich bin überzeugt, daß unsere Kommunisten die demokratischen Grundlagen Italiens nicht zerstören wollen. Dazu haben sie einen zu tiefgreifenden Revisionsprozeß hinter sich. Bei der derzeitigen Schwäche des Westens bin ich jedoch sehr beunruhigt. Denn die westlichen kommunistischen Parteien können sich erfahrungsgemäß gegenüber Moskau nur solange autonom verhalten, wie sie von starken demokratischen Strukturen umgeben sind.“

epd

Entwicklungspolitik

Monatlich erscheinender Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes —

unterrichtet in Analysen, Kommentaren, Nachrichten und Dokumentationen über Vorgänge und Probleme in der dritten Welt

bletet ein unabhängiges offenes Diskussionsforum für die kritische Auseinandersetzung über das entwicklungspolitische Engagement von Kirche, Gesellschaft, Staat und internationalen Organisationen

analysiert das Konfliktpotential in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und diskutiert Lösungsansätze

vermittelt Inhalt und Didaktik zu Fragen entwicklungspolitischer Bewußtseinsbildung in Schule, Gemeinde und Erwachsenenbildung, in Massenmedien und gewerkschaftlicher Bildungsarbeit

Monatlich 46 Seiten, Jahresabonnement DM 30,—, Einzelexemplar DM 2,50.

Probexemplar auf Anfrage



Zentralredaktion Evangelischer Pressedienst im
GEMEINSCHAFTSWERK DER EVANGELISCHEN PUBLIZISTIK E. V.,
6000 FRANKFURT 17, FRIEDRICHSTRASSE 94, POSTFACH 174 192,
TEL. 0611/72 91 46, TELEX 04 12 786

Giselher Sorge: Moros Zweierkoalition — Centro Sinistra am Ende?

Italien beendete mit der Geburt des „Bicolore“-Kabinetts von Aldo Moro seine 33. Regierungskrise nach dem Krieg. Es war dies zugleich auch die längste und komplizierteste Übergangsphase in Rom. Denn die traditionellen Regierungsparteien der linken Mitte benötigten genau 51 Tage, um noch einmal oder wieder, das ist die Frage, miteinander ins Reine zu kommen.

Die direkte Regierungsverantwortung tragen nun Democristiani (DC — 38,9 Prozent) und Republikaner (PRI — 2,9 Prozent). Dieser Minderheitsregierung, die nur über 281 von 630 Stimmen in der Abgeordnetenkammer verfügt, ist jedoch der parlamentarische Beistand der Linksozialisten (PSI — 9,6 Prozent) und der Sozialdemokraten (PSDI — 5,1 Prozent) garantiert, die aus der Kabinettsverantwortung ausschieden, während die Republikaner genau den umgekehrten Weg einschlugen. Damit ist die Centro-Sinistrabasis um ein weiteres Stück schmaler geworden, denn der neu aufgebrochene Gegensatz zwischen den beiden sozialistischen Parteien, der sich vor allem an den Beziehungen zu den Kommunisten entzündete, schließt derzeit ein gemeinsames Verharren des PSI und des PSDI im Kabinett aus.

Immer alchimistischer mutet das römische Formelspiel im Centro-Sinistrabereich an, ohne daß dem Land dabei die sehnlichst erhoffte politische Stabilität beschleden würde. Vielmehr zeigen die ständig kürzer werdenden Regierungsspannen der Mitte-Links-Kabinette an, daß das politische Konzept der historischen Union zwischen Klerikalen und Sozialisten in einer Krise steckt, die sich deshalb so besonders lähmend auswirkt, weil politische Alternativen bei den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen in Rom nicht existieren oder sich zumindest nicht ganz risikofrei auftun. Denn für die offizielle Machtbeteiligung der KPI sind weder die Italiener psychologisch vorbereitet, noch würden sich die Amerikaner, wie Kissinger jüngst durchblicken ließ, damit abfinden, wenn der wichtigste NATO-Südpfeiler einen derartigen Linksdrill nähme. Die andere Alternative einer Zentrumskoalition mit den Liberalen anstelle der Linksozialisten, wie sie Andreotti 1972 kurzfristig praktizierte, erscheint hier ebenso illusorisch. Die kompakte Links-

opposition samt den Gewerkschaften würde solch einer konservativen und brüchigen Regierungsmehrheit das Leben viel zu sauer machen. Neuwahlen als letzte Hypothese schließlich sind weder den Democristiani genehm, die erhebliche Stimmenverluste erwarten müssen, noch den Linksozialisten und den Kommunisten, die das gefährliche Machtvakuum einer Wahlperiode sowie die drohenden Exzesse durch Gewaltstrategen in der Wahlkampagne fürchten, ganz abgesehen davon, daß Italien jetzt solch ein vorzeitiger Urnengang die kompromißlose Polarisierung zwischen rechts oder links wie 1948 bescheren würde.

Das krisengepeinigste Centro Sinistra bleibt so vorerst die einzige und letzte Hoffnung, da es von allen Übeln das geringste darstellt. Eine Beruhigung ist das für Italien keineswegs. Denn der organische Viererbund des Centro Sinistra, der vor 12 Jahren ins Leben gerufen worden war, hat die meisten der in ihn gesetzten Hoffnungen getrogen. Gleich zwei Fliegen gedachte man mit ihm damals auf einen Schlag zu fangen:

Zum einen sollte mit einer kompakten und sozial glaubwürdigen Regierungsmehrheit der kommunistischen Opposition der Wind aus den Segeln genommen und die KPI zur Liberalisierung gezwungen werden.

Und zweitens sollte ein politisch repräsentatives Kabinett die Aufgaben der großen Sozialreformen bewältigen.

ließ sich das erste Ziel weitgehend verwirklichen, freilich mit dem Opfer, daß eine höchst unbequeme Opposition entfiel und eine bürokratisierte, oftmals feudalistische Regierungspolitik begünstigt wurde, so blieben weite Bereiche des zweiten Arguments Wunschträume. Die grundlegenden Reformen des Schul-, Gesundheits-, Verwaltungs-, Wohnungswesens usw. stehen noch aus. Anstatt die übernommene politische Verantwortung auszufüllen und zu rechtfertigen, verwalteten die Mitte-Links-Parteien eigentlich nurmehr ihre Machtbereiche. Man muß nur einen Blick auf die Kabinettslisten der letzten 15 Jahre werfen, um immer wieder auf dieselben Namen zu stoßen, die genau das Gegenteil jener zeitgemäßen und demokratischen Erneuerung beweisen,

die angestrebt war. Und je weniger sich das linke Zentrum als fähig erwies, den stürmischen Konsequenzen des „heißen Herbstes“, den bedrängenden Nachwirkungen des „miracolo economico“, den Fragen des studentischen Protestes und den Aufforderungen der Gewerkschaften zu entsprechen, um so kürzer ging auch der Atem der römischen Mitte-Links-Kabinette. Der relativ ruhigen ersten Phase von 1963 bis 1968 mit den drei Moro-Kabinetten folgte so der zweite krisengeschüttelte Abschnitt bis heute mit allein neun Regierungsintermezzi.

Hauptkonfliktstoff im Centro Sinistra war in dieser zweiten Phase zumelst das Verhältnis zur KPI. Die Kommunisten gewannen nämlich um so mehr Kreditwürdigkeit, als sie im Gegensatz zum Centro-Sinistra-Lager durchaus reformerische – freilich nicht ganz ohne marxistisch-leninistische Reminiszenzen – und an den Bedürfnissen des Landes orientierte Initiativen entwickelten. Vor allem blieb aber die KPI auch von politischen Skandalen frei, ein Faktor, der in Italien zunehmend an Gewicht gewann und die Glaubwürdigkeit der KPI stärkte. Eine Machtbeteiligung der KPI, wie sie die Progressisten im Centro Sinistra forderten, erschien um so verlockender, als damit auch eine Befriedung der unruhigen Gewerkschaften einhergehen würde.

Unbehagen bereitete die steigende KP-Attraktivität vor allem der traditionellen Führungspartei, der Democrazia Cristiana, die ihre Vormachtstellung gefährdet sah. Dabei hat sie längst die Reputation einer echten Volksbewegung verloren. Unter dem Einfluß zunehmend virulenter innerer Strömungen wandelte sich die DC immer mehr in eine Interessenspartei um, die ihre Bemühungen vorwiegend darauf ausrichtete, einmal eroberte Machtpositionen zu erhalten. Ihre eklatante Fehleinschätzung der italienischen Bedürfnisse und die Kluft zu ihren Wählern offenbarte so am deutlichsten das Resultat des Scheidungsreferendums vom 12. Mai dieses Jahres. Damals kehrten über 2 Millionen Wähler der DC den Rücken, was innerhalb ihrer Stammwählerschaft insofern einem Erdbeben gleichkam, als die stimmberechtigten Italiener seit 30 Jahren ihren traditionellen Parteien fest die

Treue halten und bedeutsamere Wählerfluktuationen nicht vorkamen. Seit dem 12. Mai ist dieses traditionell stagnierende Wählerverhalten der Italiener aber bereits mehrfach und nun eindeutig zuungunsten der Democristiani durchbrochen worden. Die sich anbahnende Verschiebung der Machtpositionen wirft ihre Schatten voraus. Die Neupolung der Centro-Sinistragleichgewichte ist dabei die naheliegendste Etappe. Lange genug hatte gerade das breite Spektrum des „unverbindlichen“ linken Zentrums der DC die bequeme Attitüde einer konformistischen und opportunistischen Meinungsvielfalt im Schoße der Partei gestattet. Heute wirkt nun eine ganze Reihe von bestimmenden Faktoren auf das Centro-Sinistraverhältnis ein, die eine exponierte Politik, im linken wie im rechten Sinne, verlangen, die auch der relativen Mehrheitspartei politische Bekenntnisse abnötigen und die es auszubalancieren gilt:

1. besannen sich die Linksozialisten (PSI) seit ihrem stürmischen Parteikongreß in Genua im November 1972 wieder stärker ihrer Tradition als Arbeiterpartei. Als soziales Gewissen des Centro Sinistra schlossen sie somit für sich eine Konfliktstrategie mit den Gewerkschaften grundsätzlich aus und drängten sie mit der Zunahme des Tempos bei der italienischen Talfahrt auf die Installierung eines permanenten konstruktiven Dialogs mit den Kommunisten. Diese Haltung stellte jedoch ebenfalls die Autonomie und Geschlossenheit der Regierungsmehrheit in Frage, trug letztlich aber sowohl dem wachsenden Wählervertrauen für die PSI sowie dem steigenden politischen Gewicht der KPI und der Gewerkschaften realistisch Rechnung.

2. provozierte dieser Linksrutsch eines Mitte-Links-Partners zugleich auch auf der entgegengesetzten Seite neue Mobilität, erstaunlicherweise gerade bei den Sozialdemokraten (PSDI), die der Gefahr eines Brückenschlags zu den Kommunisten am polemischsten begegneten. Die traditionelle Skepsis eines Großteils der Italiener gegenüber den Marxisten ausnützend versuchen sie, selbst auf Kosten einer rigorosen Polarisierung im Centro Sinistra, sich als antikommunistische Barriere zu profilieren. Der unverhohlene Rechtskurs der

PSDI unter Mario Tanassi, mittlerweile im scharfen Gegensatz zu Saragat, gedieh sogar soweit, daß er mit der Auslösung der Regierungskrise durch Panikmache und die Beschwörung der roten Gefahr über den Kraftakt erneuter vorzeitiger Parlamentswahlen die drohende Verschlebung der politischen Achse nach links aufzuhalten versuchte. PSI und PSDI trennen heute Welten. Ihr Gegensatz belastet das Centro Sinistra mehr als jede andere Beziehung zwischen den übrigen Partnern.

3. nähert sich auch für die Democristiana der Zeitpunkt unaufschleubar, da sie ihren kompromißfreudigen und immobilen Integrationscharakter aufgeben und die seit zwei Jahrzehnten anstehende parteiinterne Reform durchführen muß, will sie ihre Rolle als Führungspartei im Centro Sinistra konservieren. Denn wenn sie ihre Wählerschaft nicht untätig schrumpfen sehen will, bleibt ihr nur die Möglichkeit, den Einfluß der einzelnen „correnti“ (interne Fraktionen, derzeit sechs) zurückzudrängen, um an Geschlossenheit zu gewinnen und mit einer dynamischeren Politik aufzuwarten, die die DC wieder als Dreh- und Angelpunkt im Centro Sinistra agieren läßt, wie es aufgrund ihrer numerischen Überlegenheit zu erwarten wäre. Mit der traditionellen Parteilhierarchie ist dieser Wandel aber nicht zu vollziehen, wie überhaupt die oben genannten Profilierungsmöglichkeiten nicht dazu angetan sind, die bestehenden Machtreservoirs zu verstärken. Die DC steht sozusagen am Scheideweg, ob sie ihren Vertrauensverlust passiv hinnimmt oder ihm offensiv begegnet. Moros neuerlicher Einstieg in den Premiersjob deutet vorderhand die zweite Möglichkeit an. Denn als „Spiritus rector“ des DC-Linkskartells verfügt er zwar keineswegs über die nötige Rückenbedeckung, aber seine Nominierung entspricht den politischen Bedürfnissen, auf die sich die DC offensichtlich einzustellen beginnt. Freilich ist hierzu noch längst nicht das letzte Wort gesprochen.

4. hat sich Italiens politische Situation mittlerweile so zugesplittet, daß jede Regierungskrise in Rom nun erhebliche politische Risiken birgt. Die zunehmende Frustration im Mitte-Links-Lager, die gewerkschaftlichen Möglichkeiten, der extremistische Terror, aufgeflo-

gene Putschprojekte und internationale Verpflichtungen verlangen mehr denn je sattel-feste Regierungen und einen stärkeren Aktionsgeist, an dem es dem linken Zentrum allzu oft mangelte, da er die eigene Macht aushöhlte.

5. reduzierte sich mit Italiens wirtschaftlicher Talfahrt auch die politische Manövrierfähigkeit der Centro-Sinistraregierungen ganz erheblich. Die lange unausgenutzte Entscheidungsfreiheit ging zugunsten von Entscheidungszwängen verloren, die Rückwirkungen auf die Koalitionsharmonie haben müssen, da sie häufig an das prinzipielle Selbstverständnis der Parteien appellieren.

Nirgendwo in Europa schwand die Kaufkraft so wie in Italien. Innerhalb von Jahresfrist muß der EG-Südstaat nun mit einer 25prozentigen Inflationsrate fertig werden. Dazu kommt eine unaufhaltsame Rezession mit immer mehr Kurzarbeit in den Schlüsselindustrien. Betriebs-schließungen sind beinahe an der Tagesordnung. Schon umfaßt das Arbeitslosenheer 800 000 Personen, das sind 25 Prozent mehr als im Juli, und man rechnet in Kürze mit einer Million. Leer sind die Staatskassen, und rasch wuchert auch das Außenhandelsdefizit. Mit 32 Milliarden Mark liegt es jetzt bereits um das Vierfache höher als im Dezember letzten Jahres. Nicht einmal Gasarbeitsersparnisse und Touristendevisen, stets verlässliche „Notgroschen“, verschaffen Rom heute mehr Luft. Die einen sanken rapide von 1,8 Milliarden auf 1,1 Milliarden Mark, die anderen schrumpften von 2 Milliarden Mark um mehr als die Hälfte auf lediglich 900 Millionen Mark. Roms Auslandsverbindlichkeiten steigen somit ständig und belaufen sich mittlerweile auf 48 Milliarden Mark, was etwa der Hälfte des nationalen Etats entspricht.

Im Kabinett stehen sich in der Therapie für die italienische Misere die Parteimeinungen im Prinzip frontal gegenüber. Gesund schrumpfen auf Kosten der Sozialreformen und mit weiteren Gefahren für die Arbeitsplätze, um die Inflation zu drosseln, so würden es die beharrenden Centro-Sinistrakräfte gerne wollen. Für eine vorsichtige und langfristige Konjunkturpolitik zur Beibehaltung des Beschäftigtenstands und der Durchführung einiger der teuren Sozialreformen, doch mit Inflations-

Kurt Mattick: Krise und kein Ende — Zur Lage auf Zypern

rialen, dafür plädieren die Progressiven.

Abgesehen von den politischen Hypothesen hat Aldo Moro nun auch diese ökonomisch-strategischen Gegensätze auszubalancieren. Sein nunmehr vierter Premiersauftrag kommt einer Gratwanderung gleich. Mit ihm haben in Italien vorläufig aber alle jene Kräfte die Oberhand gewonnen, die eine, wenn schon nicht harmonische, so doch aber im nationalen Interesse gelegene Kollaboration im diskreditierten Centro Sinistra für unerlässlich halten, anstatt elegantere, aber risikoreichere Parforcerouten zu reiten.

Moros erklärtes Ziel ist es deshalb, von der amtierenden Zweierkoalition möglichst rasch wieder zum organischen Viererbund im Centro Sinistra zu gelangen. Dazu muß erst die getrübe Atmosphäre zwischen den zerstrittenen sozialistischen Parteien wieder bereinigt werden. Viel Spielraum haben Moro und Italien für die Centro-Sinistraexperimente nicht mehr. Doch so paradox es klingen mag: eine rasche neuerliche Regierungskrise, die der Kompletierung des organischen Centro Sinistra im Viererbund dient, wäre — so gesehen — bereits durchaus ein Fortschritt.

Auf Zypern ist nicht alles beim alten geblieben, aber es hängt nun wieder alles vom „Alten“ ab. Denn die Rückkehr von Makarios blockiert wahrscheinlich die Möglichkeiten, die sich Klerides und Denktash, d. h. der griechische und der türkische Vertreter, schon stückweise erarbeitet haben.

Die Antrittsrede von Makarios, die viele Beobachter mehr als eine Predigt empfunden haben, zeigt keine Einsicht des Doppelpräsidenten in die veränderte Wirklichkeit. Die veränderte Wirklichkeit sind die veränderten Machtverhältnisse, die auf der Insel die Einflüsse der Türken und der Griechen widerspiegeln.

Mußte es so weit kommen?

fragt sich der Beobachter und kommt zu folgender Feststellung: Auf der Insel leben ca. 640 000 Menschen, davon 525 000 Griechen und 115 000 Türken. Das Verhältnis zwischen Griechen und Türken war alle Zeit gespannt, und das Zerwürfnis zwischen Makarios und dem türkischen Vizepräsidenten Denktash hat zu einem bürgerkriegsähnlichen Zustand auf der Insel geführt. Die türkische Minderheit, auf ca. 25 kleinere und größere Enklaven verteilt, fühlte sich nie gleichberechtigt und nie ganz frei. Die griechische Mehrheit unter Führung von Makarios beherrschte das Land, beherrschte das Meer und fand keinen Weg, der Minderheit die Rechte einzuräumen, die auf gleiche Chancen zusteuerten.

Die Verfassung, die eine gemeinsame Regierung vorsah und dem türkischen Teil den Vizepräsidenten für die ganze Insel konzedierte, war im Grunde genommen seit der Spannung zwischen Makarios und Denktash nicht mehr existent. Jahrelange Verhandlungen zwischen Klerides, dem Parlamentspräsidenten der Insel und Vertrauten Makarios', und Denktash, dem türkischen Vizepräsidenten, führten zu keinem Ergebnis. Der türkische Vizepräsident Denktash sah in Makarios den Mann, der den Anschluß der Insel an Griechenland nach wie vor als sein Ziel anstrebte, und der Vermittler Klerides konnte bei Denktash das Vertrauen für Makarios nicht herstellen.

Makarios selbst verzichtete auf direkte Verhandlungen mit Denktash, wohl mit dem

etwas überheblichen Selbstbewußtsein, irgendwann müsse dieser nachgeben. Ihm fehlte dabei eine nüchterne Einschätzung der wirklichen Entwicklungen in Griechenland und der Türkei.

Hätte Makarios in der Phase der Schwächung, die die Junta in Griechenland erlebte, sich mit den Türken über kommunale Zusammenarbeit verständigt und damit die Schranken zwischen Griechen und Türken auf der Insel abgebaut, wäre die Rolle der Grivas-Gruppe, die mit den Mitteln des Bürgerkrieges den Anschluß an Griechenland herstellen wollte, ohne Bedeutung gewesen. So führte Makarios im Grunde genommen einen Abwehrkampf gegen die von der griechischen Junta unterstützte Grivas-Gruppe und gegen die türkische Minderheit, die sich gegen die griechische Gefahr, wie sie es sahen, einigelte und es den Grivas-Leuten leicht machte, als dritte Position die Unruhe auf der Insel zu erhalten.

So war es für die Junta möglich, als ihre Innen- und Außenpolitik in Griechenland am Ende war, mit Hilfe eines politischen Verbrechers den Aufstand auf Zypern zu proben, um noch einen kurzen Moment von ihren inneren Schwierigkeiten abzulenken.

Die demokratischen Mächte

Vieles, was sich in diesem Zusammenhang zugetragen hat, verlangt eine ernsthafte Kritik am Verhalten der zuständigen und verantwortlichen demokratischen Mächte:

1. Es bleibt unverständlich, warum die 8000 britischen Soldaten nicht ihr Interventionsrecht am ersten Tage des Bürgerkrieges in Anspruch genommen haben.
2. Es bleibt unverständlich, warum die Vertreter der USA und Großbritanniens in der 1. Sitzung des Weltfriedensrates am 19. Juli 1974 eine Entscheidung blockiert haben und somit die türkische Regierung in die Schwierigkeit gedrängt wurde, zum Schutz der türkischen Minderheit ihr Interventionsrecht wahrnehmen zu müssen.
3. Es bleibt unverständlich, daß nach der Beilegung der Junta in Griechenland die Regierung Karamanlis und die türkische Regierung unter Führung von Ecevit, beides Mitglieder der NATO, sich nicht sofort zu einer Verständigung wenigstens dar-

über zusammengefunden haben, den Bürgerkrieg sofort zu beenden und sich um das menschliche Leid der unschuldigen Bürger gemeinsam zu kümmern.

Das Bemühen auf den europäischen Konferenzen der letzten Monate, die türkische und die griechische Regierung dazu zu bewegen, als Zwischenlösung die Flüchtlinge aus den Wäldern in ihre Wohnungen zu lassen, ist ohne Erfolg geblieben, so daß die Insel im Grunde genommen zur Zeit in einem Chaos lebt. Die Türken haben 40 Prozent des Territoriums besetzt und 70 Prozent der Naturreichtümer der Insel unter ihrer Kontrolle.

Mehr als 220 000 griechische Flüchtlinge sind unterwegs, davon leben schätzungsweise noch 20—25 000 in den Wäldern unter Zelten und in ähnlichen Provisorien. Der Winter, der auch vor dieser Insel nicht haltmacht, wird daher noch verheerende menschliche Schicksale mit sich bringen.

Wahrscheinlich wird die gegenwärtige türkische Regierung — eine Übergangsregierung — sich außerstande sehen, endgültige Vereinbarungen zu treffen, so daß mit einer Verschleppung der Verhandlungen zwischen Griechen und Türken gerechnet werden muß.

Die Rückkehr von Makarios wird die Gespräche zwischen Klerides und Denktash auf die Ebene der Vergangenheit verlagern und eine Möglichkeit der Verständigung im Inselbereich ausschließen.

So bleibt vorläufig nur das Bemühen — in dem die Bundesregierung schon eine erhebliche Rolle gespielt hat —, den Menschen auf der Insel so weit wie möglich humanitär unter die Arme zu greifen.

Makarios hat bei seiner Antrittsrede erklärt, daß er alle Sünden vergeben, auf eine Verfolgung der Bürgerkriegsinitiatoren verzichten und den Frieden auf der Insel wiederherstellen wolle. Ein Rezept hat er dafür nicht zur Verfügung, und Herr Sampson, der auf dieser Insel frei herumläuft, wird schon durch seine Anwesenheit mit seiner Truppe für Spannungen unter den Griechen sorgen, die dann wieder türkische Gegenreaktionen auslösen werden.

Noch gibt es keine Aussicht auf eine endgültige vernünftige friedliche Lösung.

**Verlag
Neue
Gesellschaft
bringt:**

Tage Erlander

Erinnerungen

Tage Erlander, von 1946 bis 1969 Ministerpräsident in Schweden, war gleichzeitig Vorsitzender der schwedischen Sozialdemokratie und ist in dieser Eigenschaft zu einer Symbolfigur für den schwedischen Weg zum Sozialismus geworden.

Ohne Pathos schildert er nicht nur den eigenen Weg, der aus einem religiösen, dem Liberalismus zuneigenden Elternhaus bis zum Staatssekretär 1939 und 1946 dann zum Ministerpräsidenten führte, sondern auch die Probleme, die es für Schweden auf dem Weg zum Sozialismus gegeben hat. Dem ersten Band seiner Erinnerungen wird bald ein weiterer folgen.

268 Seiten, 24 Seiten Fotos, brosch. 28,- DM

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149

1901 1939

Homer Angnostidis: Griechenland nach der Diktatur

Einige Monate nach dem Fall der Junta und wenige Wochen nach dem Sieg der Konservativen hat sich gezeigt, daß die plötzliche Wende für die sozialdemokratischen Kräfte des Landes unerwartet kam, daß sie darauf nicht vorbereitet waren. In einem Land ohne Tradition moderner, demokratisch aufgebauter Parteien, mit einer Wählermasse, die, trotz bestehender Klassengegensätze, sich eher an Personen als an Institutionen orientiert und politisch labiler als in anderen Ländern ist, läßt sich die politische Entwicklung an der Haltung relativ weniger Personen, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, besser erklären.

Der Wahlkampf

Der Sieg des Konservativen Konstantin Karamanlis, der bestenfalls wegen seiner Höhe überraschte, wurde bereits am 23. Juli eingeleitet: Karamanlis riß vom ersten Tag die Initiative an sich und gab sie seitdem kein einziges Mal ab.

Georgios Mavros, designierter Führer der Zentrumsunion, fand als Außenminister in der ersten Regierung Karamanlis keine Zeit, seine Partei in den Griff zu bekommen. Die neuen sozialdemokratischen Politiker verbrachten zuviel Zeit, um sich untereinander über den künftigen Kurs einig zu werden. Die Kommunisten waren vollauf beschäftigt, sich gegenseitig erbittert zu bekämpfen, nachdem die Spaltung in einen prosovjetschen und einen proitalienischen Flügel manifest geworden war. Andreas Papandreou bezeichnete die neue Regierung zuerst als neue NATO-Junta, bequeme sich erst 20 Tage nach dem Rücktritt der Junta, nach Griechenland zurückzukehren, erschöpfte sich dort mit einer Reihe von Forderungen (nationale Politik in der Zypernfrage, Legalisierung der KP, Austritt aus der NATO), mit welchen er hoffnungslos hinter der von Karamanlis geschaffenen Wirklichkeit herhinkte und brachte als Eigenleistung die Spaltung der Zentrumsunion zustande. Die heutigen Oppositionsparteien beschränkten sich in der ersten Phase auf die – zweifelsohne sehr wichtige, jedoch nicht aufbaufähige – Forderung nach „Katharsis“, nach Säuberung also des Staatsapparates und der Armee von den Juntaan-

hängern. Währenddessen gelang es Karamanlis, die erfolgreiche Politik der Regierung der Nationalen Einheit mit seiner Person zu identifizieren.

Mit anderen Worten: der meisterhafte Außenpolitiker Mavros, dem der diplomatische Sieg in der Zypernfrage zu verdanken ist, die sozialdemokratischen Minister Mangakis, Pesmazoglou, Protopoulos, der Sozialdemokrat Tsatsos, Staatssekretär im Erziehungsministerium, der eine konsequente sozialdemokratische Hochschulpolitik betrieb und das Wunder vollbrachte, die unruhige Studentenschaft Griechenlands mit dem Staat zu versöhnen – sie alle profilierten sich als Personen. Es gelang ihnen aber nicht, den Eindruck zu erwecken, in ihren Ressorts die Politik einer Partei zu repräsentieren. Die Leistungen der konservativen Minister dagegen wurden als Teil einer umfassenden Politik einer großen Partei unter der starken Führung von Konstantin Karamanlis angesehen.

„Panhellenische Sozialistische Bewegung“

Zur Wahl stellten sich am 17. November die konservative „Neue Demokratie“ von Konstantin Karamanlis, die „Zentrumsunion-Neue Kräfte“ unter Georgios Mavros und den neuen sozialdemokratischen Politikern, die „Vereinigte Linke“ unter Elias Iliou, ein Wahlbündnis der Kommunisten aller Schattierungen, die „Nationale Demokratische Union“ unter Petros Garoufallas, als Sammelbecken der versprengten Juntaanhänger, und die „Panhellenische Sozialistische Bewegung“ von Andreas Papandreou (PASOK).

Die PASOK ist, besonders aus sozialdemokratischer Sicht, einer näheren Betrachtung wert. Ihr Grundsatzprogramm, mit dem sie bereits am 3. September die Spaltung im großen Lager der Zentrumsunion vollzog, ist an Unverbindlichkeit kaum zu überbieten. Andreas Papandreou entwickelte daraus in der folgenden Zeit durch mannigfaltige Interpretationen, Änderungen und Widerrufungen und durch einen wortgewaltigen, fanatischen Wahlkampf ein Konglomerat aus Simplifizierungen, Halbwahrheiten, irreführenden Behauptungen und gefährlichen Illusionen – den konfusen „Sozialismus“ Papandreouscher Prägung.

So trat die PASOK den Landwirten z. B. gegenüber mit einem Neckermann-Katalog auf (Entschädigung bei schlechter Rente, Regelung der Schuldenfrage, menschenwürdige Rente nach dem 60. Lebensjahr, Schaffung von modernem, komfortablem Wohnraum für alle Landwirte, Ausbau des Verkehrsnetzes zwischen Stadt und Land, Errichtung von Gemeindezentren für die Unterhaltung und Bildung der Landwirte), ohne auch nur mit einem Wort auf die Finanzierung dieses Programms einzugehen.

Den Arbeitern wurde gleich ein verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Arbeit versprochen, dafür kein Konzept zur Bekämpfung der lähmenden Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Danach ging es an die „sozialistische“ Analyse. Papandreou in Athen am 14. November, drei Tage vor den Wahlen: „Ein Beweis des ‚guten‘ Funktionierens der freien Marktwirtschaft ist der Mangel an Grundgütern wie Lebensmittel, Kleidung, Wohnungen, Autos, medizinischer Versorgung für alle und gleichzeitig der Überfluß an Nicht-Grundgütern wie Kosmetika, Luxusvillen, Kreuzfahrten etc.“. Über diesen Comic-Strip-Marxismus bis zu komischen Exzessen, wie: „Die Menschen können (im kapitalistischen System) nicht mal vor dem Tod gleich sein. Auch dieser ist eine Gelegenheit zur Spekulation, eine Gelegenheit zu Diskriminierungen. Für den Armen ist der Verlust einer ihm lieben Person gleichzeitig eine schwere wirtschaftliche Last, für den Reichen eine Gelegenheit mit seinem Reichtum zu protzen“, — bei Papandreous konfusem Sozialismus ist alles möglich.

Unverbündlich und widersprüchlich ist auch die Außenpolitik. Hierzu heißt es im Grundsatzzprogramm: „Als ein Land, das gleichzeitig in Europa, im Balkan und im Mittelmeer liegt, wirkt Griechenland in allen drei Räumen. Ein atomfreier Mittelmeer- und Balkanraum, die Neutralisierung des Mittelmeeres gegenüber den militärischen Bündnissen, die engere Bindung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit allen Völkern Europas und des Mittelmeeres, auch als ein Beitrag zum Weltfrieden, die Verbrüderung der Völker und die Integration aller Länder in eine allmenschliche und allfreie Gemeinschaft mit gleicher Behand-

lung und gleichen Rechten für alle Menschen, sind die ständigen Ziele der griechischen Außenpolitik.“

Während keine konstruktive Position zum brennenden Zypernproblem bezogen wurde, interpretierte Andreas Papandreou sein sogenanntes Programm in der Außenpolitik in kürzester Zeit und in Bezug auf die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft nacheinander wie folgt:

1. Absage an die EG.
2. Keine Absage, aber auch keine Integration in die EG, dafür ein Verhältnis ähnlich dem Norwegens.
3. Integration in die EG, aber unter Bedingungen, die von der EG herzustellen sind: „Umverteilung des europäischen Einkommens auf regionaler Basis, Finanzierung unserer wirtschaftlichen Entwicklung gemäß unserem Programm und nicht dem Willen irgendeiner europäischen Hauptstadt, Einräumung des Rechtes, unsere Staatsform selbst zu wählen, Beendigung des Eindringens der multinationalen Monopole in unser Land“.

Was nun die Europa-Politik der PASOK ist und wie sie verwirklicht werden soll — das zu erraten, wird dem Wähler überlassen. Unklar ist auch die Bedeutung einer ständigen These, die Papandreou während des ganzen Wahlkampfes wiederholte: daß die Mehrheit der griechischen Offiziere die Rückkehr der Monarchie nicht dulden wird und daß sie, nach dem Verrat der Amerikaner in Zypern, künftig Befehlen der NATO nicht gehorchen wird.

Was wird hier von den Offizieren erwartet, falls sich die legale Regierung des Landes für eine Reintegration in das militärische Bündnis der NATO entscheidet? Was für den Fall, daß sich das souveräne Volk für eine Rückkehr der Monarchie entschieden hätte? Werden hier Gedanken laut, die das Klima für einen „guten, demokratischen, sozialistischen“ Eingriff der Armee fördern?

Die Frage erscheint legitim bei einem Mann, der, noch 1967 Verfechter der pluralistischen Gesellschaft und radikal-liberaler Ökonom, in den folgenden Jahren alle denkbaren Positionen eingenommen hat: Verfechter des Allende-Kurses, Prophet des Räte-Systems,

Apologet des Bündnisses mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, etc. Sie erscheint legitim bei einer Partei, deren Spitzenfunktionäre ausländischen Journalisten gegenüber offen erklären, es gehöre zur Taktik, wenn jedem das gesagt wird, was er hören möchte (so wird der Agrarbevölkerung nichts, den Arbeitern dafür alles über Sozialismus erzählt) und deren Führer sich von den Parteien der sozialistischen Internationale mit Ausnahme der sozialistischen Partei Italiens offen ideologisch distanzieren, während seine Funktionäre auf Europa-Tour unterwegs sind, um unter eben diesen Parteien Geld für den Wahlkampf zu sammeln. Was wird eigentlich befreundeten Offizieren erzählt?

„Zentrumsunion-Neue Kräfte“

Die Zentrumsunion-Neue Kräfte stellte sich den Wählern mit einem präzisen, realistischen Programm sozialdemokratischer Prägung. Zum Vergleich mit Papandreu's Wirnissen ihr außenpolitisches Konzept: „Griechenland ist der westlichen Welt, insbesondere dem westlichen Europa, zugehörig; es unterhält freundschaftliche Beziehungen mit allen östlichen Ländern, insbesondere mit den Balkan-Ländern.“

Die Partei gewann rasch an Profil und Anhang durch ihren konstruktiven, verantwortungsbewußten und maßvollen Stil. Den kapitalen Fehler beging sie erst gegen Ende des Wahlkampfes, indem sie eine Koalition mit Karamanlis von vornherein als indiskutabel ablehnte.

Mit dieser Erklärung der Zentrumsunion-Neue Kräfte stand der griechische Wähler vor folgender Situation: da niemand ernsthaft glaubte, die Zentrumsunion-Neue Kräfte könne die absolute Mehrheit der Sitze erringen, konnte sie nur eine Koalition mit Papandreu oder mit Papandreu und der Linken eingehen, falls Karamanlis nicht allein regieren konnte. Durch die Fehleinschätzung der Lage lautete also auf einmal die Alternative: Karamanlis oder Papandreu an der Regierung. Die Masse der Wähler der Mitte wurde in eine Sackgasse getrieben. Ein großer Teil von ihnen entschied sich für Karamanlis, der als Garant einer stetigen, normalen Entwicklung erschien. So erklärt sich der

überraschend hohe Anteil von 54,5 Prozent der Stimmen, mit dem selbst im Karamanlis-Lager nicht gerechnet worden war.

Die Wähler der Oppositionsparteien

Interessant ist indes die Bewegung und die Haltung der Wähler innerhalb der heutigen Oppositionsparteien. Innerhalb der Vereinigten Linken obsiegte die „KP-Ausland“ mit einem Stimmenverhältnis von ca. 2 : 1 gegenüber der „KP-Inland“ und machte damit Hoffnungen griechischer Kommunisten auf eine positive Entwicklung in ihrem Lager vorerst zunichte. Innerhalb der Zentrumsunion-Neue Kräfte zeigte sich eine erfreuliche Verschiebung zugunsten der neuen sozialdemokratischen Politiker: sie kandidierten fast alle in Athen und Piräus, in dem politisiertesten Teil des Landes also, und gewannen dort alle Mandate.

Der Großraum Athen-Piräus, eine traditionelle Hochburg der fortschrittlichen Kräfte, zeigt folgendes Bild: Karamanlis schnitt, wie erwartet, schlechter ab als im Landesdurchschnitt, die Zentrumsunion erzielte leichte Gewinne (21 Prozent gegenüber 20,4 Prozent im Landesdurchschnitt). Die Linke lag deutlich über dem Landesdurchschnitt (16 Prozent gegenüber 9,5 Prozent). Interessant ist das Ergebnis der PASOK: sie schnitt schlechter ab (12,5 Prozent) als im Landesdurchschnitt (13,6 Prozent). Darüber hinaus wurden hier ausschließlich „alte“, etablierte Politiker gewählt, während die „jungen“ Sozialisten das Nachsehen hatten. Beide Fakten sind starke Indizien für die These, daß die PASOK-Wähler in ihrer Mehrheit nicht für den Sozialismus, sondern für den charismatischen Führer Andreas Papandreu, dem sie durch alle seine Wirnisse treu (d. h. apolitisch) folgen, gestimmt haben.

Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik

Während Karamanlis sich daran macht, eine moderne konservative Politik auch in der eigenen Partei durchzusetzen, herrscht nach den Wahlen eine gewisse Ratlosigkeit innerhalb der Verlierer-Parteien, die vorerst durch den anti-monarchistischen Feldzug sinnvoll überbrückt wurde. Die Frage nach den Möglichkeiten der Parteien stellte sich aber nach der erwarteten hohen Niederlage des Königs am

8. Dezember erneut und dringender. Ob die Vereinigte Linke weiterhin ihre parteiinternen Auseinandersetzungen führt und ob die PASOK als ziellose Protest-Bewegung in ideologische Kämpfe und bloßen Aktivismus verfällt, ist nicht die entscheidende Frage.

Entscheidend ist vielmehr, ob es der Zentrumsunion gelingt, sich zu einer großen, organisierten sozialdemokratischen Bewegung zu entwickeln. Der Aufbau einer modernen demokratischen Partei ist auf jeden Fall eine Notwendigkeit und eine Voraussetzung für die nächste Auseinandersetzung mit den Konservativen. Der Aufbau einer demokratischen Partei wird jedoch niemals Wirklichkeit, wenn er nicht Hand in Hand mit dem demokratischen Aufbau starker Interessenvertretungen der breiten Masse geht.

Die Interessenvertretungen sind z. Z. in Griechenland am schwächsten organisiert. 2500 bis 4000 kleine, selbständige Gewerkschaften (genauere Zahlen sind nicht zu ermitteln), vereinigt in ca. 60 Föderationen, lähmen sich gegenseitig. Sie sind unfähig, eine selbständige Arbeitnehmerpolitik zu formulieren — geschweige denn durchzusetzen — und sind in hohem Maß von der Regierung abhängig. Die Masse der Arbeitnehmer beteiligt sich währenddessen kaum an der Arbeit dieser Gewerkschaften, steht apathisch beiseite oder explodiert gelegentlich durch spontane Streiks. Die Agrargenossenschaften, als Wirtschaftseinheiten wesentlich besser als die Gewerkschaften organisiert, begnügen sich mit der Abwicklung landwirtschaftlicher Geschäfte, sind nicht politisiert und demzufolge nicht in der Lage, Interessen der Agrarbevölkerung zu vertreten. Ähnlich schlecht sieht es bei der zahlenmäßig starken Schicht der kleinen Gewerbetreibenden und der Handwerker aus.

Eine sozialdemokratische Politik und der Aufbau einer starken sozialdemokratischen Bewegung wird in Griechenland in dem Grad verwirklicht werden können, in dem die Organisation der Gewerkschaften, der Agrargenossenschaften, der Konsumgenossenschaften, der Handwerker und der Gewerbetreibenden und der gleichzeitige demokratische Aufbau der Zentrumsunion-Neue Kräfte erfolgt.

„Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich nach ausführlicher Diskussion heute (am 9. 10. 1974) für die Entsperrung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1075,8 Millionen DM zur Fortsetzung des MRCA-Programms ausgesprochen. Bei 36 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen folgte die Fraktion damit einer entsprechenden Empfehlung des Fraktionsvorstandes.“ Der Fraktionsvorstand seinerseits stimmte einer Empfehlung der Arbeitsgruppen Haushalt und Sicherheit der SPD-Fraktion zu. Beide Arbeitsgruppen haben sich in zahlreichen Sitzungen besonders mit zwei Fragen auseinandergesetzt:

1. Ist es richtig, noch einmal ein bemanntes Kampfflugzeug als Nachfolger für die auslaufende F 104 (Starfighter) zu beschaffen?
2. Soll die Entscheidung zugunsten der englisch-italienisch-deutschen Neuentwicklung MRCA getroffen oder ein bereits erprobtes Flugzeug beschafft werden?

Allen bisherigen „Meinungsentscheidungen“ gingen intensive Beratungen voraus. Die Beschaffungspraxis bei den Waffensystemen HS 30 und Starfighter dienten jedem als warnendes Beispiel. In der Zeit von März 1969 bis Oktober 1974 beschäftigten sich:

- der Verteidigungsausschuß 11 mal
- der Haushaltsausschuß 7 mal
- der Arbeitskreis bzw. die Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Fraktion 7 mal
- die Arbeitsgruppe Haushalt der SPD-Fraktion 16 mal
- die SPD-Bundestagsfraktion 4 mal mit dem MRCA.

Die jetzt getroffene Entscheidung gibt den Weg für die Entwicklungsphase III b frei. In dieser Phase sollen die für eine Produktionsentscheidung wichtigen Erkenntnisse in bezug auf die prognostizierten Leistungen gewonnen werden. Die bisherigen Leistungsergebnisse, die den Parlaments- und Fraktionsgremien von der politischen Leitung des Verteidigungsministeriums und den technisch und militärisch verantwortlichen Beamten und Soldaten vorgebracht wurden, rechtfertigen es nicht, die Entwicklung abzubrechen. Der Politiker muß sein Urteil insoweit auf die Bewertung der Fachleute gründen.

Die Verantwortung darf nicht wieder ver-



wischt werden (HS 30, Starfighter!). Deshalb wurden auf meinen Antrag beim Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages die Bewertungen des Verteidigungsausschusses im Protokoll festgehalten. Dieses Verfahren dient nicht dem Zweck, Parlamentarier von Verantwortung freizuhalten. Es ist vielmehr deshalb nötig, damit sie nicht in die Rolle des Fachmannes abgedrängt werden. Parlamentarier müssen sich für die in diesem Zusammenhang relevanten politischen Entscheidungen freihalten (paßt das MRCA in die sicherheitspolitische Landschaft, beeinflußt es MBFR, gibt es Alternativen durch neue technologische Entwicklungen?).

Die Entwicklungsphase III b ist keine endgültige Entscheidung zugunsten des MRCA. Für Bundeswehr und Industrie ist es wichtig zu wissen, daß eine andere Interpretation aus dem Fraktionsvotum nicht abgeleitet werden kann.

Da das MRCA bisher die Erwartungen im großen und ganzen erfüllt hat, soll es weiterentwickelt werden. Außerdem können Vorbereitungen für die Serienproduktion – Beschaffung von Material mit langen Lieferzeiten und Fertigungsmaschinen – getroffen werden. Material und Fertigungsmaschinen können notfalls anderweitig verwandt werden. Die Produktionsentscheidung für das MRCA wird also nicht präjudiziert.

Paßt das MRCA in die sicherheitspolitische Landschaft?

SPD-Bundesparteitag, Hannover, 10. bis 14. 4. 1973:

„Die Aufgabe unserer Epoche bleibt es, den Krieg in Europa unmöglich zu machen . . . Das atlantische Bündnis und die europäische Integration bleiben die Grundlage unserer Außenpolitik. Die Bündnisfähigkeit und letztlich auch die Verhandlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland beruhen auf Ihrer Bereitschaft, einen militärischen Beitrag zur NATO-Verteidigung zu leisten. Das ist die Aufgabe der Bundeswehr. Deshalb werden wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern dafür sorgen, daß die eigene Verteidigungsfähigkeit nicht vernachlässigt wird.“

Die NATO-Verteidigung beruht auf dem Prinzip der Abschreckung. Den Partnerstaaten

wird damit die Aufrechterhaltung eines Verteidigungspotentials abverlangt, das zwar nicht exakt dem Umfang des Warschauer Pakt-Potentials zu entsprechen braucht, aber ausreicht, um den potentiellen Angreifer einem unkalkulierbaren Risiko im Falle seines Angriffs auszusetzen. Nur wenn der Gegner ausserstande bleibt, einen von ihm ausgelösten Konflikt in seinem Ablauf zu kalkulieren und zu beherrschen, ist das Risiko für ihn unakzeptabel.

Die NATO muß zweitens fähig sein, auf militärische Herausforderungen flexibel zu antworten. Unser Waffenspektrum muß flexible Reaktionen ermöglichen. Antworten nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Statt Eskalation in die nukleare Waffenanwendung soll Deeskalation – Wiedergewinnung politischer Vernunft – möglich bleiben.

Wenn das MRCA technisch hält, was die Fachleute annehmen, paßt es in diese sicherheitspolitische Landschaft. Das Flugzeug besitzt die Fähigkeit, im Tiefstflug bei jedem Wetter mit hoher Geschwindigkeit und großer Waffenzuladung den Gegner zu bekämpfen. Der Warschauer Pakt schließt gegenwärtig diese Lücke in seinem Bereich.

Nach Auffassung der MRCA-Gegner wird es in Mitteleuropa allenfalls zu begrenzten kriegerischen Auseinandersetzungen – Faustpfandunternehmen – kommen. Für diese begrenzte Form der Auseinandersetzung sei das MRCA „eine Nummer zu groß“.

Was ist ein Faustpfandunternehmen? Ihm liegt das Ziel zugrunde, durch überraschende Besetzung und nachhaltige Verteidigung des Faustpfandes den angegriffenen Staat zu politischen Zugeständnissen zu zwingen. In der Diskussion wird oft übersehen, daß auch derartige Unternehmen überaus aufwendig sind. Um das besetzte Gebiet zu halten, müssen Flanken gesichert, Nachschubwege freigehalten und Reserven laufend nachgeführt werden.

Eine derart weittragende Entscheidung trifft ein potentieller Gegner nur, wenn er das Risiko von der Eröffnung bis zum Abschluß der Kampfhandlungen kalkulieren kann. Die Risikoberechnung geht nur gegenüber einem Staat auf, der auf sich allein gestellt ist. Wir befinden uns nicht in einer derartigen Lage. In Mittel-

europa würde ein Faustpfandunternehmen zu verstärkter Solidarisierung der NATO führen, die Bindung der USA an Europa verstärken, weltweite psychologische Auswirkungen gegen den Aggressor auslösen und umfangreiche Verteidigungsvorbereitungen im angegriffenen Bündnis hervorrufen. Der Angreifer kann also aus einem Faustpfandunternehmen keinen Vorteil ziehen. Andererseits kann das Faustpfandunternehmen Vorstufe zur großangelegten Aggression sein. Deshalb müssen wir gegen diese abschrecken können. Wer sich nur gegen Faustpfandunternehmen zur Wehr setzen kann, unterstützt unbewußt den Gegner bei dessen Risikokalkulation.

Technologische Alternativen

Zu Recht wird die Frage gestellt, ob das gleiche Ergebnis nicht mit neuen Technologien erzielt werden kann. Nach gründlicher Prüfung muß man jedoch zum Ergebnis kommen, daß die serienmäßige Einführung zur Zeit diskutierter Systeme wie:

- Gefechtskopftechnologie,
 - Technologie der Trägermittel,
 - Technologie der Feuerlenkung,
 - Technologie der Aufklärungsmittel
- in den nächsten 10 bis 15 Jahren nicht zu verantworten ist.

Diese Technologien setzen neue Führungs- und Informationssysteme voraus. Sie sind in den nächsten Jahren weder geistig zu beherrschen, noch ist es möglich, die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen. Die neuen Technologien sind deshalb serienmäßig erst als übernächste Waffengeneration einsetzbar. Hoffen wir, daß die Ergebnisse der Rüstungskontrollpolitik uns den technologischen Sprung ersparen.

Wer mit Blick auf die neuen Technologien das MRCA ablehnt, nimmt einseitig ein Sicherheitsvakuum in Kauf, ohne imstande zu sein, es in absehbarer Zeit zu füllen. Das wäre eine nicht zu verantwortende Vorleistung. Der Warschauer Pakt baut seine Offensivkapazität weiter aus. Wir können deshalb nicht auf die Modernisierung unserer Bewaffnung verzichten. Andererseits kann dies nicht unsere einzige politische Antwort sein, wenn wir aus dem

Taufelskreise des Rüstungswettlaufs ausbrechen wollen.

Rüstungskontrollpolitik

Wir Sozialdemokraten haben mit großem politischen Mut die Entspannungspolitik eingeleitet, ohne die Sicherheit unseres Landes zu vernachlässigen. Wir versuchen, einen Truppen- und Waffenabbau bei NATO und Warschauer Pakt gleichzeitig zu erreichen. Wir wahren uns gegen einseitige Abrüstungsmaßnahmen. Wir tragen nach wie vor durch eigene Verteidigungsausgaben zur glaubwürdigen Abschreckung bei. Diese Kriegsverhinderungsstrategie muß endlich nach fast 3 Jahrzehnten der Konfrontation durch eine Friedenssicherungsstrategie abgelöst werden. Die konkrete Phase dieser Politik hat begonnen. Seit dem 25. September 1973 versuchen die USA und die Sowjetunion, in den SALT-II-Verhandlungen qualitative Rüstungsbegrenzungen für den Nuklearbereich zu vereinbaren. Für MBFR wurde am 30. 10. 1973 der Start freigegeben. Die MBFR-Debatte wird seit 1968 geführt, jedoch sehr einseitig. Institute, Studiengruppen, Ministerien haben einen großen Vorrat an militärischen Reduzierungsmodellen produziert. Es müssen endlich auch Studien entwickelt werden, mit denen versucht wird, Verhandlungsangebote zu formulieren, die Eingriffe in die Rüstungsforschung und Waffenbeschaffungsprogramme von NATO und Warschauer Pakt ermöglichen. Der beiderseitige Verzicht, serienreife neue Waffensysteme einzuführen, wäre ein großer Verhandlungserfolg. Dann könnten das „MRCA der NATO und des Warschauer Pakts“ in solche Verhandlungen einbezogen werden.

Die Abschreckungsdoktrin wirkt auf den Lata paradox, und doch gibt es bis heute keine Alternative. Mit dieser Doktrin konnten wir in Mitteleuropa 30 Jahre lang den Krieg verhindern. Sie hat außerdem dazu beigetragen, daß heute erfolgsversprechender als je zuvor in unserer Geschichte Staaten über Rüstungskontrollmaßnahmen miteinander verhandeln.

Niemand kann allerdings außeracht lassen, daß es nach wie vor eine Wechselbeziehung

zwischen politischem Gewicht und militärischer Macht gibt. Die Anwendung von Gewalt ist heute durch viele Beschränkungen begrenzt. Diese Tatsache ist vor allem auf atmosphärische Veränderungen im außenpolitischen Verhältnis zwischen den Staaten zurückzuführen. Die SPD-Politik hat daran großen Anteil. Allerdings ist die Frage noch nicht entschieden, ob die Bereitschaft, ein spannungsfreieres Verhältnis zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu erreichen, mehr als nur vorübergehender Natur ist. Hält die neue Orientierung nur so lange, wie das militärische Gleichgewicht aufrecht erhalten wird, oder hat sie auch dann Bestand, wenn eine Seite dazu übergeht, auf das militärische Gleichgewicht zu verzichten? Der einseitige Versuch ist nicht zu verantworten. Deshalb ist die Modernisierung unserer Bewaffnung noch nötig, auch die Weiterentwicklung des MRCA.



Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Berlin/Bonn-Bad Godesberg

Internationale Bibliothek

Band 13

Karl Kautsky

Das Erfurter Programm

In seinem grundsätzlichen Teil erläutert
19. Auflage (1.—3. Aufl. 1892)
Eingeleitet von Susanne Miller
259 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1013-8

Band 18

Heinrich Lux

Etienne Cabet

und der Ikarische Kommunismus

2. Auflage (1. Auflage 1894)
294 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1018-0

Band 44

Eduard Bernstein

*Sozialismus und Demokratie
in der großen englischen Revolution*

Einführung von Werner Blumenberg
6. Auflage (1. Auflage 1898)
380 Seiten, brosch. 15,— DM
ISBN 3-8012-1044-8

Band 55

Emile Vandervelde

*Neutrale und sozialistische
Genossenschaftsbewegung*

2. Auflage (1. Auflage 1914)
154 Seiten, brosch. 15,— DM
ISBN 3-8012-1056-8

Band 73

Werner Blumenberg

Kämpfer für die Freiheit

2. Auflage (1. Aufl. 1963)
Herausgegeben und eingeleitet von
Kuno Bludau
Etwa 180 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1072-3

Band 76

Drei Schriften aus dem Exil

(Miles: Neu Beginnen/Otto Bauer: Die
illegale Partei/Curt Geyer: Die Partei
der Freiheit)

Herausgegeben und eingeleitet von Kurt
Klotzbach
Etwa 450 Seiten, broschiert ca. 20,— DM
ISBN 3-8012-1076-8

Band 78

Susanne Miller

*Das Problem der Freiheit
im Sozialismus*

Freiheit, Staat und Revolution in der
Programmatik der Sozialdemokratie von
Lassalle bis zum Revisionismusstreit
2. Auflage (1. Aufl. 1984)
347 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1078-2

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

83 Bonn-Bad Godesberg 1
Kölnstr. 149

Karl-Heinz Hansen: MRCA — Gründe dagegen zu sein



Ohne auf die Frage der Ursachen und Entwicklung außen- und innenpolitischer Motivationen einzugehen, die zu den unterschiedlichen Bedrohtheitsvorstellungen in West und Ost führen, darf festgestellt werden, daß in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit dem Godesberger Programm und Beschlüssen folgender Parteitage weltgehender Konsensus darüber besteht, daß zur Zeit Sicherheit leider immer noch mit militärischen Mitteln hergestellt und erhalten werden muß. Strittig ist dagegen nicht nur der notwendige Umfang militärischer Sicherheit, sondern auch Art und Weise ihrer Verwirklichung und Gestaltung, wobei Quantität und Qualität in enger Wechselbeziehung stehen. Die Frage, ob wir das für unerläßlich gehaltene Quantum an militärischer Sicherheit zum volkswirtschaftlich tragbaren und besten Preis bekommen, gilt in ganz besonderem Maße für die Beschaffung des technologisch aufwendigen und sehr teuren Waffensystems MRCA für die Luftwaffe der Bundeswehr. Bis zum Ende des Jahres 1975 muß die kontroverse Diskussion in der Partei, in Fraktion und Regierung ausreichende Grundlagen schaffen für eine qualifizierte, sicherheitspolitisch abgesicherte endgültige Entscheidung über das Projekt. Mein Beitrag zu dieser Diskussion beschränkt sich auf die Darlegung einiger wesentlicher Gründe, die gegen die Produktion und den Einsatz eines solchen Kampfflugzeuges sprechen.

Sicherheitspolitische Bedenken

Fragwürdig ist schon die aus dem westeuropäischen, nicht einmal von allen Mitgliedern getragenen Gesamtverteidigungskonzept abgeleitete Aufgabe der Luftwaffe innerhalb der Luftverteidigung Europas. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß MRCA die einzige technische Antwort auf die Veränderung im strategischen Konzept der NATO von der „massiven Vergeltung“ zur Strategie der „abgestuften Erwiderng“ für Luftwaffe und Marine der Bundeswehr darstellt. Das bedeutet eine Schwerpunktverlagerung von der nuklearen zur „konventionellen“ Kampfführung. Nach dem Prinzip der Vorverteidigung fällt dem Waffensystem MRCA die Schlüsselrolle zu, einen Großangriff überlegener Panzerverbände

mit Spezialwaffen frühzeitig zu unterbinden sowie den Nachschub und die Luftunterstützung zu behindern. Die projektierten Eigenschaften des MRCA, dicht am Boden und bei jedem Wetter überschallschnell fliegen zu können, machen diese Einsatzmöglichkeit technisch schon heute zu 80 Prozent wahrscheinlich.

Fest steht, daß in der Rüstungsplanung der Zeitraum von der Konzeption bestimmter Rüstungsprojekte bis zu ihrer militärischen Verwendungsfähigkeit immer größer wird. So ist die starke Vermehrung gepanzerter Verbände im Warschauer Pakt zweifellos die sichtbare Folge von Entscheidungen, die vor der durch Verträge besiegelten Phase west-östlicher Entspannungspolitik liegen. Auch die Entscheidung der NATO-Mitglieder Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik zur gemeinsamen Entwicklung des MRCA ist vor dieser einschneidenden außenpolitischen Veränderung von der Konfrontation zur „Nicht-Konfrontation“ (Baudissin) gefallen. Beide Entscheidungen passen heute nicht mehr in die politische Landschaft und sollten wirklichkeitsnäheren Vorstellungen über das Ausmaß möglicher kriegerischer Konflikte in Mitteleuropa weichen, wonach ganz sicher kein Gegner Interesse an der Zerstörung wirtschaftlichen und industriellen Potentials durch einen umfassenden „konventionellen“ Großangriff hat. Das Setzen auf die Trumpfkarte MRCA würde – wegen der zwangsläufigen Reaktion der anderen Seite – eher das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen, d. h. statt des Hochdrückens der Atomschwelle das Risiko einer nicht kontrollierten Eskalation mit sich bringen. In Bezug auf die Gespräche in Genf (KSZE) und Wien (MBFR) hat Wolf Graf von Baudissin (Vorwärts, 7. 11. 74) mit Recht darauf hingewiesen, daß MRCA sich geradezu anbietet, von den Verhandlungspartnern des Ostens als strategisches Waffensystem ein- gestuft zu werden, und empfiehlt, „das serienreife Hochleistungssystem als Verhandlungs- objekt bereitzuhalten“.

Noch weniger europäische Gemeinsamkeit bei den Waffensystemen

Sicherheitspolitische Bedenken ergeben sich auch daraus, daß das NATO-Waffenarse-

nal schon jetzt zu buntscheckig ist. Dazu NATO-Generalsekretär Joseph Luns im November vorigen Jahres: „Es gibt über zwanzig Typen von Flugzeugen – wenn ich alle Flugzeuge einbeziehe, sogar fünfzig –, dazu über hundert verschiedene Typen von Zerstörern oder großen Kriegsschiffen“.

Wenn Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik MRCA anschaffen, wird dies ein Beitrag zur weiteren Destandardisierung von Waffen und Geräten nicht nur in der Luftwaffe der Bundeswehr (4 unterschiedliche Kampflugzeuge) sein, sondern auch innerhalb der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Die USA und Frankreich stehen in einem unerbittlichen Wettbewerb, um den Bedarf an Nachfolgemustern für den Starfighter von Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Norwegen aus Ihrem Angebot zu decken. Der französische Luftwaffengeneral und Vizepräsident der Nationalversammlung Paul Stehlin, der es gewagt hatte, die amerikanischen Flugzeugmuster YF 16 und YF 17 für besser als die französische Mirage F-1 zu halten, ist bereits als „Verräter“ auf der Strecke geblieben.

Auf einer gemeinsamen Tagung des Verteidigungsausschusses der WEU und des Militärausschusses der NATO in London im November vergangenen Jahres wurden Belgien, Dänemark, die Niederlande und Norwegen aufgefordert, sich bei der F-104-Starfighter-Nachfolge für ein gemeinsames System zu entscheiden. Es ist zu bezweifeln, daß dieser Appell befolgt wird. Auf keinen Fall ist anzunehmen, daß Belgien und die Niederlande sich für MRCA entscheiden, da sie als ursprünglich Beteiligte am Entwicklungsprogramm des MRCA schon im Jahre 1968 wieder ausgeschieden sind. Auf jeden Fall wird die weitere Destandardisierung innerhalb der Luftverteidigungssysteme wegen der Probleme der Einsatzbereitschaft, der gemeinsamen Operationsführung, der Versorgung und des Nachschubs zu einem erheblichen Mehr an Kosten und einem spürbaren Minus an militärischer Sicherheit führen.

Nicht mehr, sondern weniger Verteidigungsbereitschaft

Die mangelnde Rationalisierung der Ver-

teidigungslasten innerhalb der NATO wird das Bündnis auch aus einem anderen Grund schwächen: Die mit gesundem Menschenverstand nicht mehr einsehbaren und verhältnismäßig schnell wachsenden Kosten für Entwicklung, Fertigung und Betrieb komplizierter Mehrzweckwaffensysteme werden die ohnehin in vielen NATO-Ländern sich mehr und mehr abschwächende Bereitschaft steuerzahlender Bürger (und der von ihnen gewählten Politiker), für die Landesverteidigung unnütz Geld auszugeben, noch weiter sinken lassen. Auch deshalb ist MRCA ein negativer Beitrag zur Verteidigung. Außerdem können kostspielige Großprojekte wie MRCA heute nur unter Verzicht auf andere Rüstungsvorhaben verwirklicht werden, da ein Riesenblock innerhalb der verfügbaren Investitionsmittel im Verteidigungshaushalt auf ein Jahrzehnt im voraus festgelegt sind. Für die Beschaffung von Hubschraubern, Panzern oder Schiffen bleiben kaum Mittel übrig. Auch der Spielraum für möglicherweise notwendige Strukturveränderungen innerhalb oder zwischen den Teilstreitkräften der Bundeswehr wird aufs engste begrenzt.

Besondere Bedenken werden wach, stellt man die Auffassung der Bundeswehrführung, es gebe im militärstrategischen Konzept der Bundeswehr zu MRCA keine Alternative, den Aussagen des Verteidigungsministers gegenüber, das MRCA-Projekt eigenhändig „töten“ zu wollen, falls es die Forderungen der Luftwaffe nicht voll erfüllen sollte. Wenn es also gemäß der gültigen Strategie keinen zweit- oder drittbesten Ersatz für MRCA gibt, sind wir dann bei Nichtbeschaffung des Supervogels in den 80er Jahren wehrlos? Oder wird die Wiederherstellung der Abwehrbereitschaft dann dadurch vorgenommen, daß man anstelle der bisherigen, gescheiterten Strategie eine andere wählt? Die Nichtbeantwortung dieser Frage läßt den Verdacht aufkeimen, daß MRCA eher das Ergebnis eines vom industriellen Kapazitätsangebot ausgehenden Drucks ist, als eine Funktion durchdachter Militärstrategie.

Schließlich bleibt noch eine Frage offen: Die „Lücke“ in der Luftverteidigung der NATO, die durch MRCA erst in den 80er Jahren aufgefüllt werden kann, besteht schon seit 1968. Von Fachleuten wurde deshalb wiederholt vor-

geschlagen, statt des teuren Mehrzweckwaffensystems einfachere und billigere Waffensysteme einzuführen, die heute bereits in der Erprobung sind. Das sind z. B. die von den USA entwickelten unbemannten Flugkörper (RPV = Remotely Piloted Vehicles). Sie sind bemannten Flugzeugen überlegen, verringern Wartungs- und Nachschubprobleme und könnten für wenig Geld in großer Stückzahl gekauft werden. Folgerichtig arbeiten deshalb in der Bundesrepublik nicht nur Dornier und VFW-Fokker an ähnlichen UFK-Projekten, sondern auch die an MRCA beteiligte Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm. Es ist vorauszusehen, daß Messerschmitt-Bölkow-Blohm am Tage des endgültigen Beschaffungsbeschlusses für MRCA dieses System für veraltet erklären und für die neuen unbemannten Superwaffen werben wird. Deshalb muß es verwundern, daß das Verteidigungsministerium sich bisher jeder Stellungnahme zu diesen Alternativvorstellungen entzogen hat.

Finanzielle Bedenken

Ausgehend von einer zu produzierenden Gesamtstückzahl von etwa 800 Flugzeugen (Bundesrepublik 322, Großbritannien rund 380, Italien 100) würde nach meiner Schätzung jeder einzelne Supervogel, wenn er im Jahre 1974 in der Luftwaffe eingeführt würde, einschließlich Entwicklungskosten und Ausbildungskosten für Piloten und Wartungspersonal den Steuerzahler ungefähr 60 Millionen kosten. Mit der tatsächlichen Einführung kann jedoch frühestens im Jahre 1980 gerechnet werden. Dann würde jedes Exemplar der Bundesrepublik bei einer angenommenen niedrigen durchschnittlichen Preissteigerungsrate von insgesamt 40 Prozent runde 80 Millionen kosten (Starfighter etwa 8 Millionen!). Wahrscheinlich aber wird MRCA den Steuerzahler noch teurer zu stehen kommen. Abgesehen von der Tatsache, daß die endgültige Bedarfszahl auch für die Bundeswehr noch nicht feststeht, zeigt Großbritannien Neigung, die Stückzahl zu reduzieren; ob das vor dem wirtschaftlichen Ruin stehende Italien die ihm zugedachten 100 Stück überhaupt abnehmen und bezahlen kann, muß als höchst zweifelhaft gelten. Damit

würden die Einzelpreise für den Rest raketentypischer anwachsen.

Mit einer Gesamtsumme von 26 Milliarden DM, die dem Bundeshaushalt für die Finanzierung dringender Gemeinschaftsaufgaben verloren gingen, hat das MRCA-Projekt folglich jedes volkswirtschaftlich verkraftbare Maß endgültig überschritten, zumal schon heute absehbar ist, daß über die Finanzierung der laufenden Haushalte hinaus keine Reformen, die Geld kosten, mehr möglich sind. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat anläßlich der Freigabe von 1,0758 Milliarden DM für die industrielle Flugerprobungsphase allerdings dem Verteidigungsbüro Aufträge zur Stabilisierung der Kostenentwicklung gemacht: Der Gerätesystempreis darf je Flugzeug 37,7 Millionen nicht überschreiten; die Gesamtkosten dürfen nicht mehr als 12 Milliarden betragen (Preisindex 1972). Es ist jedoch höchst fragwürdig, ob die Industrie diese Auflagen einhalten wird.

Arbeitsplätze in der Flugzeugindustrie

Bleibt die Frage der an das Projekt gebundenen Arbeitsplätze in der Luftfahrt- und der Zulieferindustrie. Sie ist angesichts des aktuellen Vorrangs der Beschäftigungsstabilität von besonders hohem Stellenwert.

Auf der diesjährigen Luftfahrtschau in Hannover hat Bundeswirtschaftsminister Friedrichs der Luftfahrtindustrie mit Nachdruck empfohlen „abzuspecken“. Dies muß bei der rüstungsabhängigen Luftfahrtindustrie schleunigst durch Umstellung auf die Produktion ziviler Gebrauchsgüter geschehen (Diversifizierung). Ein weites Feld verwandter, friedlich zu nutzender Technologien im Umweltschutz und Verkehr bieten sich dazu an. Wenn wir unser eigene Friedenspolitik ernst nehmen, sind Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie die gefährdetsten, es sei denn, die Bundesrepublik wolle mit Rüstungsexportländern wie USA und Frankreich in Konkurrenz treten.

Die rechtzeitige Einstellung des MRCA-Projekts würde auf keinen Fall Abschaffung der relativ wenigen bis heute an das Projekt gebundenen Arbeitsplätze bedeuten (im Jahr 1974 insgesamt 6400). Im Gegensatz zum Verteidigungsministerium („MRCA spielt für un-

sere Luft- und Raumfahrtindustrie eine ganz wesentliche Rolle, da in Zukunft andere Großprojekte nicht in Sicht sind und somit das MRCA zwangsläufig eine Schlüsselrolle einnimmt“) ist auch der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, das SPD-MdB Schmitt, dieser Meinung. Im „Vorwärts“ vom 18. April 1974 schrieb er: „In Zeiten der Voll- und sogar Überbeschäftigung würde selbst ein totaler Stopp aller Rüstungsaufträge, etwa im Rahmen einer totalen Abrüstung, nicht zu einem wesentlichen Einbruch in der Industrie führen. Die 200 000 hochqualifizierten Fachleute würde der Arbeitsmarkt aufnehmen und den zweiprozentigen Umsatzausfall könnte die Industrie wahrscheinlich binnen kurzem auf dem zivilen technologischen Gebiet wettmachen“. Die Schaffung eines industriellen Arbeitsplatzes kostet rund 90 000 DM. Jeder kann sich ausrechnen, wieviele neue, zukunftssichere Arbeitsplätze mit den MRCA-Milliarden – konjunktursteuernd und strukturbereinigend – eingerichtet werden könnten.

Dies sind einige der Gründe, die mich veranlassen, das MRCA-Projekt nach wie vor abzulehnen, weil es zu kompliziert, zu teuer und sicherheitspolitisch fragwürdig ist. Deshalb habe ich bei der Abstimmung über die Freigabe der Mittel für die industrielle Flugerprobung im Verteidigungsausschuß am 9. Oktober 1974 folgende Erläuterung abgegeben:

- „1. Ich halte die dem militärischen Auftrag für MRCA zugrundeliegende militärstrategische Konzeption für fragwürdig und damit diesen Auftrag auch weiterhin für zweifelhaft.
2. Obwohl der heutigen Entsperrung ein hoher präjudizierender Grad für die endgültige Entscheidung zukommt, ist die endgültige Entscheidung damit nicht gefallen.
3. Ich gehe davon aus, daß der Haushaltsausschuß strenge Auflagen zur Kostenbegrenzung und zur weiteren technischen Durchführung des Projekts machen wird.
4. In diesem Sinne ist mein Votum die Übernahme des Mehrheitsvotums meiner Fraktion.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte am gleichen Tag der Fortführung des Projekts gegen 36 Stimmen bei vier Enthaltungen zugestimmt.

Fritz Eberhard: Das Grundgesetz — Schutzschild für den Kapitalismus?

In welcher Lage waren wir in Deutschland, als 1948/49 das Grundgesetz entstand? Ökonomisch hatten wir Armut, Hunger, Wohnungsnot, Flüchtlingsnot. Politisch gesehen war Deutschland kein Staat, sondern ein Besatzungsgebiet. Gewiß, es gab Länderregierungen, sie verwalteten den Mangel; in Frankfurt gab es den Wirtschaftsrat erst für zwei, schließlich für drei Besatzungszonen. Die vier Besatzungsmächte führten Kalten Krieg miteinander. Dessen Höhepunkt bildete die Berliner Blockade.

Im Kalten Krieg, ja als Teil des Kalten Kriegs, wurde den Länderregierungen der drei Westzonen von ihren Besatzungsmächten die Möglichkeit gegeben, eine Verfassung auszuarbeiten zu lassen als Grundlage für eine deutsche Regierung, wenigstens in den drei Westzonen.

70 Frauen und Männer, von den Landtagen gewählt, gingen an die Arbeit. Sie gehörten zu 7 Parteien. Die Fraktionen der SPD und der CDU/CSU waren mit je 27 Mitgliedern gleich stark. Wir arbeiteten von der Bevölkerung fast unbeachtet. Wir waren von belastet und belehrt durch die Erfahrungen in der Weimarer Republik, durch die Zerstörung der Demokratie. Antikapitalistische Sehnsucht hatte nicht zum Sozialismus, sondern zur Barbarei geführt. Wir waren belastet und belehrt durch Erfahrungen im Dritten Reich, teilweise auch in der Emigration — belastet auch durch Hereinreden und Forderungen von Vertretern der Besatzungsmächte, übrigens auch belehrt durch manchen guten Rat.

Besonders die Franzosen und die CSU wollten nur eine schwache Bundesregierung, eigentlich nur einen losen Verband deutscher Länder. Wir Sozialdemokraten hielten eine starke, auch finanziell starke Bundesregierung für notwendig. Amerikaner und Engländer machten deutlich, die Zustimmung der beiden großen Parteien war die Voraussetzung für die alliierte Zustimmung zum Grundgesetz. Wir alle wußten: ohne Kompromiß kein Grundgesetz, ohne Grundgesetz keine deutsche Regierung. Der Schlußakt war dramatisch. Wir Sozialdemokraten formulierten sechs Bedingungen für unsere Zustimmung zum Grundgesetz. CDU/

CSU und die Franzosen gaben nach. So entstand ein tragfähiger Kompromiß.

Wir Sozialdemokraten hofften, eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werde den Kompromiß mit Leben erfüllen. Es kam anders. Adenauer wurde mit einer Stimme Mehrheit Bundeskanzler. Und heute haben wir eine kapitalistische Klassengesellschaft ähnlich wie im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Dritten Reich. Diese Klassengesellschaft ist entstanden unter dem Schutz der westlichen Siegermächte, entstanden im Rahmen des Grundgesetzes, und deshalb immerhin mit einigen Absicherungen, in Bezug auf den Frieden, auf die Wahrung demokratischer Grundrechte und sogar auf Möglichkeiten der Sozialisierung.

Friedenssicherung

Das Grundgesetz war, nach den furchtbaren Kriegserfahrungen, antimilitaristisch. Inzwischen wurde die Bundesrepublik zur stärksten Militärmacht in Westeuropa. Das hatten die Väter des Grundgesetzes nicht vorausgesehen. In zwei Schüben wurde das Grundgesetz geändert, bei der Schaffung der Bundeswehr und bei der Schaffung der Notstandsgesetze. Zu beiden will ich mich hier nicht äußern.

Im Interesse der Friedenssicherung erklärt Art. 26 nach wie vor die Vorbereitung eines Angriffskrieges für verfassungswidrig. Kriegswaffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.

Vorsorglich haben wir in Art. 4 die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen unter die Grundrechte aufgenommen. Das war recht eigentlich mein Artikel im Grundgesetz. Was die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen bedeutet, war mir in der englischen Emigration klar geworden. Die Durchführung ist noch schlecht. Hoffentlich bekommen wir bald eine Regelung, bei der jeder selber entscheiden kann, ob er militärischen oder zivilen Dienst tun will.

Im Dienste der Friedenssicherung steht auch der Art. 25, der feststellt: Völkerrecht bricht Bundesrecht, genau wie Bundesrecht Landesrecht bricht. Der Artikel 24 erlaubt, Ho-

heitsrechte durch Gesetz auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen, durch einfaches Gesetz, also ohne Verfassungsänderung. Freilich nicht an multinationale Konzerne! Zu ihrer Kontrolle brauchen wir eine demokratisch kontrollierte europäische Behörde. Auf deutscher Seite bedarf es dazu dank Art. 24 nur eines einfachen Gesetzes.

Demokratische Grundrechte

An einigen Beispielen sei gezeigt, wie bei den Grundrechten Verfassung und Verfassungswirklichkeit auseinanderklaffen. Manche der Grundrechte standen schon in der Weimarer Verfassung, damals als ein Katalog schöner Versprechungen, heute im Grundgesetz — und das ist ein großer Fortschritt — als Katalog klagbarer Rechte.

Aus aktuellem Anlaß sei zuerst das Asylrecht genannt. Da steht eindeutig: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Da darf also keine Landesregierung sagen: „Wir nehmen keine Chileflüchtlinge auf, die sind uns zu revolutionär.“ Darf kein Oberbürgermeister sagen: „Ich habe keine Wohnungen.“ Gewiß, auch das Asylrecht kann „verwirkt“ werden, wie es das Grundgesetz ausdrückt, wenn es zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht wird. Über diese Verwirkung entscheidet aber kein Minister und kein Polizeipräsident, sondern — wir haben das absichtlich schwer gemacht — das Bundesverfassungsgericht. Ähnlich dürfen auch Parteien nur vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt werden.

Als zweites Beispiel nenne ich die Freiheit von Lehre und Forschung. Sie ist ein einklagbares Grundrecht. Nicht alle Kultusminister achten es freiwillig. Erst kürzlich hat das Berliner Oberverwaltungsgericht eine grundgesetzwidrige Entscheidung des Senators für Wissenschaft und Kunst aufgehoben.

Im Art. 3 heißt es: Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden. Viele Verwaltungsentscheidungen im Anschluß an den sog. Extremistenerlaß halte ich für grundgesetzwidrig. Es ist unsere Aufgabe, das Grundrecht durchzusetzen.

Im Art. 3 steht ferner: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Wir alle wissen, die

Wirklichkeit sieht vielfach anders aus!

Als Professor für Publizistik nenne ich hier als Beispiel noch das Grundrecht der Pressefreiheit. Wir konnten uns über vieles im Parlamentarischen Rat nicht einigen. So haben wir manche Regelungen dem Gesetzgeber überlassen. Einige werden vorbereitet. Aber auch nach 25 Jahren gibt es noch kein Bundesgesetz! Willy Brandt hat es in seiner Regierungserklärung angekündigt. Helmut Schmidt hat das nicht getan. Die „Welt“ hat gern berichtet, daß das Presserahmengesetz in der Aufzählung der dringenden Vorhaben fehlte. Warum fehlt es? Sollte unser Bundeskanzler etwa wirklich auf dem Standpunkt stehen, den der „Spiegel“ einmal so beschrieben hat: „Wer sich mit Springer anlegt, begeht politischen Selbstmord“? Das mag kurzfristig richtig sein. Aber langfristig gilt das Umgekehrte: Wer sich mit Springer und anderen Verlegern nicht anlegt, begeht — jedenfalls als Sozialist — politischen Selbstmord.

Soziale Grundrechte finden sich im Grundgesetz fast gar nicht. Das ist den Mitgliedern des Parlamentarischen Rats schon zum Vorwurf gemacht worden. Aber: Wir hatten eben keine Mehrheit für gute soziale Grundrechte. Dazu fehlten die Stimmen der Genossen in Thüringen und Sachsen. Wir konnten damals in Bonn nur alle Möglichkeiten offen halten. In der Adenauer-Zeit wurde einiges gesetzlich geregelt. Seit Walter Arendt Arbeitsminister ist, wurde viel getan. Er hat die offene Lücke gut ausgefüllt und wird das noch weiter tun können.

Wirtschaftssystem

Was sagt das Grundgesetz zum Wirtschaftssystem? Art. 14 bringt zwar die Gewährleistung des Eigentums, aber auch seine Sozialbindung. „Sein Gebrauch soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Weder Privateigentum noch Marktwirtschaft werden im Grundgesetz heilig gesprochen. Die Marktwirtschaft wird nicht einmal genannt. Wohl aber die Sozialisierung. Art. 15 macht Sozialisierung durch einfaches Gesetz möglich, also ohne Verfassungsänderung. Das ist nur folgerichtig. Denn das Grundgesetz schreibt eben kein bestimmtes Wirtschaftssystem vor. Wir haben also alles

Recht, uns dagegen zu wehren, daß nachträglich eine Festschreibung des Kapitalismus in das Grundgesetz hineingemogelt wird. Das möchten CDU/CSU, wohl auch manche Freie Demokraten. Denn das möchten – natürlich! – die Privateigentümer der großen Produktionsmittel, von der Schwerindustrie über die Chemische Industrie bis zu den Großverlagen. Beim Hineinmogeln in das Grundgesetz hat sich leider auch der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Nipperdey, beteiligt („Ich glaube, man kann diese Wirtschaftsordnung [Marktwirtschaft], wenn man sie kurz auf eine bestimmte Formel bringen will, gar nicht besser und klarer kennzeichnen, als dies durch die Formulierung des Artikels 2 Absatz 1 des Grundgesetzes geschehen ist.“) – ja sogar das Bundesverfassungsgericht („Presseunternehmen müssen sich im gesellschaftlichen Raum frei bilden können. Sie arbeiten nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen und in privatrechtlichen Organisationsformen. Sie stehen miteinander in geistiger und wirtschaftlicher Konkurrenz, in die die öffentliche Gewalt grundsätzlich nicht eingreifen darf.“ BVerfGE Bd 20, S. 175). Im sog. Spiegel-Urteil wird die privatwirtschaftliche Struktur der Presse für die einzig mögliche verfassungskonforme Organisation der Presse erklärt.

Allgemein gilt: Die Interessenten, die sie vertretenden politischen Parteien und Juristen wollen nur zu gern das Grundgesetz umfunktionieren in einen Schutzschild ihrer Privilegien. Das Grundgesetz läßt aber bewußt offen, je nach den Umständen die richtige Mischung von markt- und planwirtschaftlichen Elementen vorzunehmen. Genau das fordert auch das Godesberger Programm.

Sind Sozialdemokraten also Systemveränderer? Systemüberwinder? Ja! Die Ankündigung der Systemveränderung kann jeder im Godesberger Programm nachlesen. Diese Systemveränderung – die Veränderung des Wirtschaftssystems – ist durch das Grundgesetz nicht verboten. Ja, sie könnte unter Umständen sogar durch das Grundgesetz geboten sein, durch seine Sozialstaatsklausel. Die Umstände scheinen gegeben. Man denke nur an die Rezession von 1966, an die so-

genannte Ölkrise oder an das, was jetzt noch auf uns zukommen mag.

Parlamentarisches System

Welches System ist durch das Grundgesetz festgelegt? Die Demokratie als Herrschaft der Mehrheit, das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem. Fest stehen also – wenigstens im Grundsatz – die organisatorischen Vorschriften über Mehrheitsentscheidungen bei Wahlen zum Bundestag, bei Abstimmungen im Bundestag usw.

Ich persönlich hatte erhebliche Bedenken, das Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Grundgesetz zu verankern. Denn: hat etwa die Mehrheit stets recht? – Die Entwicklung der NSDAP im Weimarer Staat zur stärksten Partei, die Mehrheit, die Hitler im Dritten Reich tatsächlich hinter sich hatte, zwingen ja zum Nachdenken über den Grundsatz der Mehrheitsentscheidung. Aber schließlich: Entscheidung durch Mehrheit ist das kleinere Übel.

Das Grundgesetz ist eine klare Absage gegenüber der Diktatur. Wir Sozialdemokraten müssen also, ja wir wollen in Kauf nehmen, daß wir für vernünftige, für sozialistische Maßnahmen Mehrheiten suchen müssen. Man geht dabei von der Hoffnung aus, die Mehrheit werde schließlich das eigene wahre Interesse erkennen und danach stimmen.

Mehrheiten suchen, das heißt mathematisch: mindestens 51 Prozent der Wähler von links bis zur Mitte gewinnen – natürlich nicht für ein beliebiges, sondern für ein sozialistisches Programm. Das aber heißt politisch: Die Mitte nach links verschieben. Das ist notwendig. In einer komplizierten Wirtschaft wie in modernen Industriestaaten kann man entscheidende Änderungen nur durchführen, wenn sie von einer Mehrheit getragen werden. Wir heutigen Sozialdemokraten müssen also das demokratisch-parlamentarische System – für das einst Bebel gekämpft hat – verteidigen, weil es die Chance enthält, mit einer Mehrheit das System der kapitalistischen Wirtschaft zu verändern und schließlich zu überwinden. Nochmals: das heutige Wirtschaftssystem ist nicht durch das Grundgesetz geschützt.

Dazu eine Art Anekdote: 1960 hat ein als Jurist geschätztes Mitglied des Parlama-

rischen Rats, der damalige Bundesjustizminister Dehler (FDP), behauptet, die Marktwirtschaft sei als Ordnungsprinzip im Grundgesetz festgelegt, obgleich das nicht alle Mitglieder des Parlamentarischen Rats gemerkt hätten. Nun, ich habe es in der Tat nicht bemerkt. Interessanter aber ist: Damals, also 1960, korrigierte der Sprecher der CDU/CSU: Der Verfassungsgeber habe bewußt darauf verzichtet, der Bundesrepublik ein bestimmtes Wirtschaftssystem verpflichtend zu verordnen. — Richtig. So war es.

Und wir Sozialdemokraten, die wir das Wirtschaftssystem verändern wollen, müssen uns wehren, wenn die gegnerische Propaganda uns deshalb als Staatsfeinde verteufeln will. Dieser Propaganda durch Aufklärung entgegenzutreten, ist eine wichtige Aufgabe unserer Partei.

Unsere Aufgabe

Im Grundgesetz, Art. 21, steht: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Dem entspricht genau ein Satz der 10-Punkte-Erklärung des Parteivorstehenden Willy Brandt vom 2. April, der die Mitglieder auffordert, stärker „als Meinungsträger tätig zu werden“.

Es gilt Problembewußtsein zu schaffen, bei jeder Gelegenheit, beim Putsch der Junta in Chile, bei der Ölkrise, bei jedem krassen Fall von Bodenspekulation.

Es gilt, dabei in der Mehrheit der Bevölkerung das Bewußtsein zu schaffen, daß entscheidende Veränderungen im Wirtschaftssystem notwendig sind — möglich sind und verfassungsmäßig sind. Das ist keine leichte Aufgabe. Das Bestehende nennen unsere Gegner gern die bestehende Ordnung und erklären es so schon mit Worten zu etwas Ordentlichem. Sie erzeugen Angst, wir wollten an Stelle von Ordnung das Chaos. Nun, es gibt auf der deutschen Linken Chaoten. Von ihnen sich abzugrenzen, kann wichtig sein. Sie zu gewinnen, ist noch wichtiger.

Aber vergessen wir nie: Die Angst vor jeder Veränderung ist in der Wohlstandsgesellschaft besonders groß. Wir müssen daher klug handeln und reden. Wir dürfen also nicht simpel von „Systemüberwindung“ sprechen,

sondern müssen sorgfältig klarstellen, welches System wir überwinden wollen: das kapitalistische nämlich und nicht das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem mit seinen einklagbaren Grundrechten. Wir dürfen nicht reden von „der Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ — das heißt: aller Produktionsmittel. Kein Sozialdemokrat will die Vergesellschaftung der Bauernbetriebe oder der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe! Wir dürfen nicht allgemein reden — ich sage lieber: schwätzen — von Aufhebung des Privateigentums, von Umwälzung der Eigentumsverhältnisse usw. Kein Sozialdemokrat will ja Eigenheime, Möbel, Fernsehgeräte und Autos sozialisieren! Auch sollte keiner so einfach von „der Arbeiterklasse“ reden, für die wir Sozialdemokraten eintreten. Bald haben wir auch in der Bundesrepublik wie heute schon in den USA mehr Angestellte als Arbeiter.

Alle solche Formulierungen, oft wiederholt in Diskussionen und Papieren von Jungsozialisten, wirken systemstabilisierend. Seien wir auch hier genau: Sie stabilisieren das System der kapitalistischen Wirtschaft. Sie treiben Arbeiterwähler und -wählerinnen in die Arme der CDU. Und das ist ja nicht gerade die Aufgabe der Jungsozialisten. Ich bin überzeugt, es ist auch nicht die Absicht derjenigen Jungsozialisten, die eine unklare und falsche Sprache führen.

Es ist Aufgabe der Jungsozialisten, wie es die der ganzen Partei ist: die Mehrheit der Wähler — wie im parlamentarischen System notwendig — für den Sozialismus zu gewinnen, ihn als notwendig darzustellen.

Dabei müssen die Jungsozialisten das junge Gewissen der Partei sein. Sie müssen die Ortsvereine davor bewahren, zu Vereinen zur Vermittlung von Hausmeisterstellen zu verkommen. Sie müssen Minister davor bewahren, Träume Ihrer Jugend zu vergessen und sich an die sogenannte öffentliche Meinung anzupassen, die ja so oft von Interessenten manipuliert ist.

Bundeskanzler Schmidt hat der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gesagt: Schluß mit den Träumereien. Das zu sagen, war da wohl ganz richtig. — Wir müssen aber auch das Recht der Jugend unserer Partei anerkennen,

Hugo Brandt: Plädoyer für die Gleichheit

von der Zukunft zu träumen. Egon Bahr hat bei seinem Amtsantritt im Auswärtigen Amt in Bonn 1966 seinen Mitarbeitern gesagt, sie dürften „spinnen“; sie sollten versuchen, „das Undenkbare zu denken“. — Nur so kann langfristig Politik vorbereitet und gemacht werden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sage ich meinen Wunsch an die jungen Parteigenossen mit anderen Worten noch einmal: Entwickelt realistische Phantasie! Auch in Bezug auf die Möglichkeiten, die das Grundgesetz bietet.

Als einer der sozialdemokratischen Väter des Grundgesetzes rufe ich insbesondere die Jugend der Partei auf: Verteidigt das Grundgesetz! Helft es zu verwirklichen! Nutzt seine Möglichkeiten! Laßt es nicht zu, daß es umfunktioniert wird zum Schutzschild des Kapitalismus. Arbeitet darauf hin, daß das System der parlamentarischen Demokratie genutzt wird, um das Wirtschaftssystem des Kapitalismus zu verändern, zu überwinden.

Lassen wir uns dabei den Vorwurf der Verfassungseindlichkeit nicht anhängen! Früher hat man die „Sozis“ als vaterlandslose Gesellen verfeuert. Heute versucht man, ganz besonders die Jusos als verfassungseindliche Gesellen zu verfeuern. Das darf nicht gelingen. Geben wir durch unklare oder falsche Formulierungen keine Handhabe dazu. Deshalb: Üben wir Selbstdisziplin, auch sprachlich! Das Grundgesetz und das Godesberger Programm sind gute Wegweiser zu radikaler politischer Arbeit. Aber sind diese Wegweiser in der Partei gut genug bekannt? Gerade die Jungsozialisten sollten sie genau studieren. Nur dann können sie in Ihrer Gesamtheit das sein, was sie sein sollten: das junge Gewissen der Partei.

Das Godesberger Grundsatzprogramm nennt als Grundwerte des demokratischen Sozialismus: Freiheit — Gerechtigkeit — Solidarität.

Die Gleichheit gehört nicht dazu. Nun kann man der Auffassung sein, Gleichheit sei in der Tat kein Grundwert sozialdemokratischer Politik, lediglich Chancengleichheit sei zu verwirklichen. Andere meinen, die im Godesberger Grundsatzprogramm genannten Grundwerte schlossen die Gleichheit als Grundwert mit ein.

Erstere müßten sich darüber klar werden, daß die Gleichheit aufzugeben zugleich auch bedeutet, eine wesentliche Zielrichtung des demokratischen Sozialismus aufzugeben. Die anderen irren. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erschließen sich in ihrem Sinn erst, wenn sie dem Grundwert Gleichheit zugeordnet sind. Sie sind nur zu entwickeln und zu begrenzen auf der Grundlage der Gleichheit.

Es ist auch eine Fehleinschätzung zu glauben, man könne unterscheiden zwischen Grundwerten und Grundzielen. Werte und Ziele beziehen sich auf ein und dasselbe Menschenbild. Wer den Menschen grundsätzlich für fähig hält, wird das politische Ziel verfolgen, dem Menschen möglichst viel Freiheitsraum zu schaffen und zu sichern. Der Grundwert Freiheit und das politische Ziel Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden. Überzeugungen ohne daraus folgendes Handeln sind ohne Belang. Das wäre die Paradoxie wertfreier Grundwerte.

Das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit

Es ist unbestritten — außer durch seine Gegner, und auf die kommt es hier nicht an —, daß der demokratische Sozialismus eine Gesellschaftsordnung anstrebt, in der sich Menschen, frei von äußerem Zwang, als Freie begegnen können. Dieser Anspruch hat, weil das nicht notwendigerweise so sein muß, die Voraussetzung, der Mensch sei der Freiheit fähig, er sei auf Freiheit hin angelegt, und er könne die politische Zielrichtung haben, Freiheitsraum für alle zu schaffen, zu erweitern und zu sichern.

Das Instrument, das diese Aufgabe leisten soll, ist der Staat. Freilich liegt dem ein Staatsverständnis zugrunde, das den Staat nicht als

der Gesellschaft oktroyiertes Herrschaftsinstrument begreift, sondern den Staat als die politische Organisation der Gesellschaft versteht. Es gibt weder Identität von Staat und Gesellschaft, noch gibt es den Gegensatz von Staat und Gesellschaft. Daraus ergibt sich, daß Sicherung und Erweiterung der Freiheit Leistungen der gesamten Gesellschaft sind, garantiert durch deren politische Organisation – den Staat.

„Sofern ein Wille nicht äußerlich gebunden ist, nennen wir seinen Zustand Freiheit“ (Dilthey). Freiheit ist zunächst auf das Individuum bezogen, um seine Freiheit geht es. Die Erklärung von Dilthey zeigt, daß Freiheit ein Begriff der Negation, der Abwehr ist: Freiheit von äußerem Zwang. So waren und sind die klassischen Grundrechte als Abwehrrechte gegenüber dem Staatsapparat zu verstehen. Die positive Wendung der Freiheit ist die Selbstbestimmung. Das Maß der Freiheit bestimmt das mögliche Maß der Selbstbestimmung. Erst der sich selbst bestimmende Mensch hat die Chance der Selbstverwirklichung. Politik hat die Aufgabe, diese Chance der Selbstverwirklichung für jeden offenzuhalten.

Wenn es richtig ist, daß Freiheit eine gesamtgesellschaftliche Leistung ist, darf dem sich selbst bestimmenden Menschen die Mitbestimmung nicht verweigert werden. Das Prinzip der Demokratie gründet sich auf das Prinzip der Mitbestimmung, das freilich weit über den engeren politischen Rahmen des Staates hinausreicht und sich auf alle Bereiche organisierten menschlichen Zusammenlebens beziehen muß. Demokratisierung, d. h. die Anwendung des Prinzips der Mitbestimmung, ist die Konsequenz aus der positiven Wendung des Freiheitsbegriffs. Wer die Demokratisierung für die Sünde unserer Zeit hält, legt dieser seiner Meinung einen vordemokratischen Freiheits- und Staatsbegriff zugrunde.

Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß Freiheit und Gleichheit im Spannungsverhältnis zueinander stehen. Das ist nicht neu. Das wußte auch schon Friedrich Engels, als er 1847 formulierte: „Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine große Kaserne oder ein gro-

ßes Arbeitshaus machen wollen. Es gibt freilich Kommunisten, welche es sich bequem machen und die persönliche Freiheit leugnen und aufheben wollen. Wir aber haben keine Lust, die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen.“

Dies ist auch keineswegs notwendig. Wir sollten bedenken, daß es Mitbestimmung nur unter prinzipiell Gleichen geben kann. Die Durchsetzung politischer Gleichheit, d. h. Gleichheit an Macht und Einfluß, zerstört nicht Freiheit, sondern sichert sie erst ab. Abgeschnittene Selbstbestimmung durch Verweigerung von Mitbestimmung schränkt auch Freiheit in unzulässiger Weise ein. Politische Gleichheit besteht nicht nur in der Ausübung eines allgemeinen und gleichen Stimmrechts, sondern darüber weit hinaus in der prinzipiellen Gleichheit an Macht und Einfluß.

Nun kann Macht und Einfluß in Großgesellschaften nicht von allen gleichzeitig in gleichem Umfang ausgeübt werden. Deshalb bedarf es für die Ausübung von Macht und Einfluß durch einzelne der Legitimation und Kontrolle der Vielen. Es ist geradezu lächerlich zu glauben, die Folgerungsreihe „politische Gleichheit – Freiheit – Selbstbestimmung – Mitbestimmung – Selbstverwirklichung“ sei einschränkbar auf das Zustandekommen von Regierungen; mit anderen Worten: die Wahlen seien die einzige Äußerungsform, die in einer Demokratie gestattet sei.

Es fehlt nicht an Aufwand von konservativer Seite, eine natürliche, menschliche Trägheit dafür auszunutzen, die demokratische Ausweitung zu verdächtigen als den Angriff auf die Demokratie selber.

Demokratie als Lebensform hat man sich angewöhnt innerhalb der SPD zu formulieren; gemeint ist die Selbstbestimmung als bewußte Gestaltung des eigenen Lebens, die innerhalb einer vielfältig verflochtenen Gesellschaft sich nicht nur darauf beschränken kann, sich um die eigene Person zu kümmern. Das eigene Lebensumfeld wird von Entscheidungen, die von anderen getroffen werden, stark beeinflußt. Innerhalb einer lebenswirklichen Demokratie bedarf deshalb die kommunale Entscheidung des Straßenbaus, die Investitionsentscheidung eines Betriebes, die Lehrplan-

entscheidung einer Schule ebenso der direkten Legitimation und Kontrolle wie das Parlament selber.

Der Bezug auf die parlamentarische Demokratie wird in der Propaganda der Konservativen zur Verteidigungslinie gegen Demokratie. Der Einwand, Demokratie sei auch ein Problem des Schutzes von Minderheiten gegen Mehrheitsentscheidungen, ist freilich beachtlich. Das Problem kann aber erst dann eine Lösung finden, wenn Demokratie nicht nur partiell zugelassen ist. Man kann Demokraten erziehen, aber man kann nicht Teildemokraten erziehen. Demokratie muß das Denken bestimmen, die Denkart. Man kann Menschen nicht zumuten, Demokrat zu sein, wenn das erwünscht ist, und den Demokraten zu verhüllen, wenn der nicht gefragt ist. Die Existenz von Demokraten richtet sich nicht nach Angebot und Nachfrage.

Die Achtung vor dem anderen, dem Andersdenkenden, die Achtung vor dem in seiner Meinung Unterlegenen ist nur innerhalb einer radikal demokratischen Gesellschaft möglich.

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.“

Dies hat Rosa Luxemburg gesagt, und sie hat Recht. Politische Gleichheit zu fordern und zu verwirklichen ist die Grundlage dafür, daß Freiheit nicht zum Privilegium werden kann. Nicht die politische Gleichheit bedroht die Freiheit, wie oft zu hören, sondern das Absehen von ihr. Wer Freiheit so versteht, daß am Ende das Privilegium Freiheit steht, hat nicht verstanden, was Demokratie erfordert.

Gerechtigkeit und Gleichheit

Wenn Gerechtigkeit mehr sein soll als mehr oder weniger willkürliche Rechtszuteilung, ist sie an Freiheit, vor allem aber an Gleichheit gebunden. Daß niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Her-

kunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf, ist Verfassungsgrundsatz. Er verbrieft formale Gerechtigkeit allen gegenüber unter dem Anspruch der Gleichheit, der rechtlichen Gleichheit, der Gleichheit an Rechten. Diese formalen Gleichheitsrechte sind heute weitestgehend verwirklicht. Zentraler Zielpunkt in Erfüllung von Gerechtigkeit ist die Herstellung von Chancengleichheit.

Gleichheit vor dem Gesetz schließt ein, daß jeder unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung die gleiche Chance hat, sein Recht auch durchzusetzen. Ärmere Schichten haben nach wie vor geringere Chancen, ihr Recht durchzusetzen. Dieser Widerspruch muß aufgelöst werden. Die Durchsetzung des Rechtes vor Gericht ist jedoch nur ein enger Teilbereich.

Gerechtigkeit heißt, die gleiche Chance auf Ausbildung, Arbeit, Erhaltung der Gesundheit usw. zu haben. Und zwar wieder unabhängig von Geschlecht, Abstammung usw. Die Möglichkeit der Selbstverwirklichung ist nicht nur abhängig von Freiheit, sondern auch von Gerechtigkeit. Die positive Zielrichtung des freien Menschen ist seine Selbstbestimmung, die Entfaltung und der Einsatz seiner Fähigkeiten. Die Selbstbestimmung braucht aber auch die Begrenzung der Freiheit. Jede Einschränkung der Freiheit kann freilich nur zur Sicherung der Freiheit hingenommen werden und muß alle gleichermaßen betreffen. Gerechtigkeit ist nicht unterschiedlich zumeßbar. Die Grundlage der Gerechtigkeit ist deshalb ebenfalls die Gleichheit, in diesem Fall die rechtliche Gleichheit der Menschen. Gerechtigkeit ohne den Maßstab der grundsätzlichen Gleichheit bezieht ihre Begründung aus Privilegien und schafft neue Privilegien. Die demokratische Gesellschaft der Freien und Gleichen jedoch ist eine privilegienfeindliche Gesellschaft. Gerechtigkeit bedeutet Gleichheit vor den Gesetzen, aber auch Gesetze unter dem Anspruch der Gleichheit.

Wir haben von der Chancengleichheit als Ausdruck der Gleichheit an Rechten schon gesprochen. Allzu oft bleibt jedoch der Eindruck, die Gleichheitsforderung könne auf

Chancengleichheit reduziert werden. Gewiß ist Chancengleichheit eine wichtige Forderung, die der Verwirklichung noch harret, aber sie verführt schließlich dazu festzuhalten, jemand habe ja seine Chance gehabt, und nun sei dem Gleichheitsgrundsatz Genüge getan.

Chancengleichheit ist die Konsequenz aus dem Grundwert der Gerechtigkeit und zugleich selber eine der Grundbedingungen für Selbstverwirklichung. Sie ist ein wichtiger Aspekt der Gleichheit, füllt sie jedoch keineswegs aus.

Soziale Gleichheit

Mit fast allen Gruppen in unserer Gesellschaft kann man über Bedeutung und Verwirklichung rechtlicher Gleichheit reden, mit vielen über Bedeutung und Verwirklichung politischer Gleichheit, mit wenigen jedoch über soziale Gleichheit. Und doch wird gerade sie das zentrale Thema der Zukunft sein.

Die Arbeitsteilung in der Arbeitswelt, die Aufgabenteilung in der gesamten Gesellschaft wird fortschreiten. Je weiter dieser Prozeß fortschreitet, desto abhängiger wird jeder einzelne von der Leistung anderer. Die Leistung des einzelnen wird in Zusammenarbeit mit anderen zu einer gemeinsamen Leistung, wobei das Ergebnis auf der gleichwertigen Leistung jedes einzelnen aufbaut. Als gleichwertig muß eine Leistung anerkannt werden, wenn ohne ihr Vorhandensein das Gesamtergebnis nicht zustande gekommen wäre. Es ist daher nur schwer verständlich, warum eine unbestritten gesellschaftlich notwendige oder wertvolle Leistung höher bewertet werden soll als eine andere, ebenso unbestritten gesellschaftlich notwendige oder wertvolle Leistung. Die Diskussion dieser Frage endet in einem völlig verkrampften Leistungsbegriff.

Man kann dem Leitsatz zustimmen, daß die bessere Leistung auch besser bezahlt werden soll; ein solcher Leistungsvergleich ist aber sinnvoll nur möglich innerhalb desselben Bezugsrahmens, keinesfalls zwischen völlig verschiedenen Bezugsfeldern.

Die Arbeit eines Maurers läßt sich mit der Arbeit eines anderen Maurers vergleichen. Sie läßt sich aber nicht vergleichen mit der Arbeit eines Ministerialrats im Justizministerium. Dennoch wird behauptet, letzterer verdiene so

sehr viel mehr aufgrund sehr viel größerer Leistung. Eine solche Begründung wird einfach hingenommen, ohne nach ihrer Rechtfertigung zu fragen.

Schließlich ist die Perversion des Leistungsbegriffs perfekt, wenn die Behauptung, wer mehr leistet, der verdient auch mehr, schlicht umgedreht wird: wer mehr verdient, der leistet auch mehr. Das Einkommen wird zum Maßstab unterstellter Leistung, persönlicher Wertschätzung und gesellschaftlicher Stellung.

Solidarität setzt die soziale Gleichheit voraus

In einer solchen Situation ist gar nichts anderes möglich als der Mißbrauch des Grundwertes der Solidarität. Solidarität ist gewiß mehr als nur das Ergebnis eines dumpfen Zusammengehörigkeitsgefühls. Solidarität entsteht aus der Erkenntnis, aufeinander angewiesen und mitverantwortlich für die gemeinsame Leistung zu sein. Solidarität ist ohne Gleichheit im sozialen Sinne nicht denkbar.

Die Entsolidarisierung des einzelnen in der Gesellschaft wird in dem Maße zunehmen, in dem die ungerechte Einkommenschichtung sich verfestigt oder gar noch weiter ausenanderzieht. Die exzessiv verschiedene Bewertung von Arbeit in der Gesellschaft schafft immer neue Konflikte, tötet die Verantwortungsbereitschaft und fördert den Einzel- und Gruppenegoismus. Für Solidarität bleibt da kein Platz. Ohne Solidarität jedoch wird die Selbstverwirklichungsmöglichkeit nur denen vorbehalten sein, die sie gegen andere durchsetzen und damit deren Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung vereiteln.

Der demokratische Sozialismus wird die Aufgabe, mehr Gleichheit in der Gesellschaft zu schaffen, aufmerksamer und energischer angehen müssen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität finden ihren Bezugspunkt in der Gleichheit. George Bernard Shaw hat das knapp, aber unmißverständlich so formuliert: „Gleichheit ist der beste Prüfstein zur Unterscheidung zwischen einem echten Sozialisten und einer nur treuherzig entrüsteten Seele, die Mitleid mit den Armen hat.“

Gerd Walter/Rudolf Scharping: Handlungsziele der Sozialdemokratie Thesen

I.

Wirtschaftspolitische Vorstellungen der SPD, soweit sie sich programmatisch niedergeschlagen haben, waren und sind von einem „Wirtschaftsoptimismus“ geprägt, der sich vielleicht aus den Erfahrungen des sogenannten Wirtschaftswunders erklären und auf folgende Formel bringen läßt: Die Verteilung von Zuwachs mit dem Ziel, organisierte Gruppeninteressen an sich zu binden, war für die SPD ein wichtiges Mittel, „Volkspartei“ programmatisch zu begründen und politisch zu realisieren. Allerdings: die auf Verteilung aus Wachstum gerichtete Politik der SPD — programmatisch im Godesberger Programm, in den Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren oder im ersten Entwurf des Langzeitprogramms niedergeschrieben — hatte unmittelbare praktische Konsequenzen. Solche Konsequenzen sind unter anderem:

II.

Die Partei selbst veränderte ihre Rolle in einer Entwicklung, in der der sozial und ökonomisch bedingte Klassengegensatz von einer differenzierten Schichtung aus unterschiedlichen Statusgruppen überlagert und der Klassenkonflikt in einer durch soziale Mobilität gekennzeichneten Gesellschaft durch individuelle Aufstiegs- und Leistungskonkurrenz scheinbar abgelöst wurde. Die SPD unterlag nicht nur den laufenden (ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen) Integrationsprozessen, sie gestaltete sie bewußt mit. Gruppeninteressen lösten das Klasseninteresse und SPD-Grundüberzeugungen als Motivation für Mitglieder und Wähler der Partei ab. Dieser Politik kamen Fragen der Umverteilung von wirtschaftlicher Macht, von Einkommen und Vermögen nur ins Blickfeld, soweit sie ihre angebliche Voraussetzung (Wachstum) nicht in Frage stellten.

III.

So mußte notwendigerweise außer Blick geraten, welche Schwierigkeiten, Widerstände und Hemmnisse eine noch immer auf Veränderung gerichtete Politik hervorrufen würde. Sowohl in den Zielsetzungen der Partei wie in ihrer praktischen Arbeit, also auch im

Bewußtsein ihrer Mitglieder und der Wähler rückte die auf Aktionsprogramme und entpolitisierende Werbefeldzüge aufbauende Politik diese Widerstände und damit den politischen Gegner von Reformpolitik in den Nebel. „Mehrfähige Ziele“ ergeben keine „zielfähigen Mehrheiten“ aus sich heraus.

IV.

Mit am wichtigsten für die heutige Lage der Partei: der Verlust des sozio-kulturellen, des emotionalen Vorfeldes der Parteiarbeit, das früher durch die Massenorganisationen der sozialen, kulturellen und sportlichen Freizeitgestaltung, durch Tätigkeiten in Vereinen und in Institutionen wie Elternbeiräten abgedeckt wurde.

V.

Die Krisenprobleme seit der Erdölpreiskrise haben mit der Illusion des Wirtschaftsoptimismus aufgeräumt. Seine strategischen Grundlagen taugen nur für einen „Schönwetter-Sozialismus“.

VI.

Eine wichtige Auswirkung dieser Lage ist: wo Loyalität zur SPD und Vertrauen in ihre Reformfähigkeit sich auf die Erwartung gründete, daß materielle Gruppeninteressen befriedigt würden, erlebt die SPD eine Loyalitäts- und Vertrauenskrise. Wahlniederlagen sind nur die äußeren Anzeichen eines Prozesses, der an die Substanz der Partei geht.

VII.

Bezogen auf wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich aus dem internationalen Bedingungsfeld und aus der Verteilung von Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik ergeben, heißt dies auch: es ist im eigentlichen Sinn des Wortes fraglich, ob die Sozialdemokratie so ohne weiteres und in dem erforderlichen Umfange mit der erforderlichen Konsequenz und Schnelligkeit sich auf eine alte Frage sozialistischer Politik wieder einstellen kann: wo die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, wo Solidarität und Gleichheit aus Zuwachsraten und ihrer Verteilung nicht angesteuert werden können, stellt sich die Frage der Umverteilung der vor-

handenen wirtschaftlichen Machtpositionen, der vorhandenen und ungerecht verteilten Einkommen, der Vermögen, der Lebenschancen.

VIII.

Eine Partei, die Gleichheit und Gerechtigkeit als die gesellschaftliche Grundlage, als soziale Basis von individueller Freiheit und Selbstverwirklichung versteht, steht in dieser Situation vor dem Problem: kann soziale Gerechtigkeit, kann Gleichheit durchgesetzt werden, ohne vorhandene Privilegien anzugreifen, und kann die Sozialdemokratie dies (noch) vor dem Hintergrund der bisherigen Politik, der Inhalte ihrer Diskussionen und dem Bewußtsein ihrer Mitglieder und Wähler.

IX.

Voraussetzung dafür ist: die sich verschärfenden Verteilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen dürfen nicht dazu führen, daß die Kämpfe innerhalb der Arbeitnehmerschaft größer sind als der Kampf um das gemeinsame Interesse. Gleichheit und Solidarität werden damit nicht nur zu einer wichtigen strategischen, sondern zu einer unmittelbar praktischen Frage; etwa bei den Besoldungs- und Gehaltsstrukturen; etwa bei der Gesundheitsvorsorge und -versorgung; etwa bei Steuerreform; etwa bei Renten oder Krankenversicherungsleistungen; etwa bei der Durchsetzung gesicherter betrieblicher Altersrenten; etwa auch bei aktuellen wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Wähler und Mitglieder der Sozialdemokratie, die Arbeitnehmer insgesamt müssen die Grundorientierungen sozialdemokratischer Politik an den unmittelbaren Auswirkungen messen können. Daß sie messen, macht einen Teil der heutigen Probleme aus. Daß die Sozialdemokraten selbst einiges dazu getan haben, daß Grundorientierungen wie soziale Gerechtigkeit und praktische Politik etwa in der Arbeits- und Sozialpolitik im Bewußtsein der Menschen auseinanderfallen, ist ein weiteres Problem.

X.

Vor allem: Grundorientierungen der Sozialdemokratie bedeuten Sicherung der Ar-

beitsplätze. Das muß sich in aktueller Wirtschaftspolitik niederschlagen. Es ist nicht darüber zu streiten, daß zur Sicherung von Arbeitsplätzen Investitionen notwendig sind. Die Frage allerdings ist, ob damit vorrangig private Investitionen gemeint sein können. Oder ob nicht öffentliche Investitionen in der Daseinsvorsorge einen entscheidenden Stellenwert haben müssen, damit die deutlich ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik nicht zu Lasten der Arbeitnehmer festgeschrieben wird. Die Frage ist, unter welchen Zielsetzungen und Bedingungen notwendige Privatinvestitionen gefördert werden. Die Frage ist, welche strukturellen und regionalen Vorgaben gemacht werden können.

XI.

Schließlich: gerade dann, wenn ökonomische Probleme Handlungszwänge schaffen, dürfen die „nichts kostenden“ Reformen nicht in einen empfindlichen Rückschlag gebracht werden — selbst wenn solche Reformen im Ansatz die Bedingungen privater Kapitalverwertung tangieren, sind sie aus der genannten Grundorientierung (Gleichheit, Solidarität) notwendig, denn: Gesetze über Betriebsärzte und Sicherheitsingenieure, Arbeitsstättenverordnungen und ähnliches tangieren ja nicht nur die Bedingungen der privaten Kapitalverwertung; sie verbessern gleichzeitig die reale Situation der Arbeitnehmer und ermöglichen Solidarität.

XII.

Es ist also nicht nur auszugehen von den gegebenen Möglichkeiten des Staates zur Planung und Lenkung im Rahmen indirekter Steuerungsmaßnahmen. Soweit diese Instrumente eingesetzt werden, dürfen sie nicht darüber hinausgehende Konzepte und Instrumente verhindern und unnötig erschweren. Vielmehr: gerade beim Einsatz der gegebenen Möglichkeiten ist deutlich zu machen, daß weitere der direkten Lenkung gefunden und durchgesetzt werden müssen.

XIII.

Offenbar fehlen dazu entscheidende Voraussetzungen. Es gibt keine Konzepte, vor

allein keine, auf deren Basis sich heute eine gemeinsame Orientierung der SPD einstellen könnte. Es gibt keine breite Vertrauensbasis in der Masse der Bevölkerung. Es gibt dagegen eine „Volksfront des Kapitals“, in der sich Unternehmer als die Hüter von Arbeitnehmer-Interessen aufspielen.

XIV.

Die wichtigste Frage für eine mittelfristige Orientierung der Sozialdemokraten heißt deswegen: wie sieht die Strategie der SPD unter den Bedingungen abnehmender oder stagnierender Wachstumsraten aus? Wie verwirklicht die SPD ihren Anspruch, „Volkspartei der Arbeitnehmer“ zu sein?

In der Vergangenheit war dieser Anspruch weit genug gefaßt, daß unter ihm seine verschiedenen politischen Interpretationen Platz hatten. Wenn die Möglichkeit sinkt, den gemeinsamen Nenner dieser Interpretationen – Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, Nutzung des wirtschaftlichen Wachstums zur so zielgerichteten Verteilung – zum Gegenstand der praktischen Politik zu machen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit des Konzentrierens auf falsche Alternativen zwischen „Alles-oder-nichts-Systemüberwindungsparolen“ und den „Durchhalten-Gürtel-enger-schnallen-Formeln“.

XV.

Gerade deshalb gilt: der Anspruch, Volkspartei der Arbeitnehmer zu sein, findet nur im Rahmen eines reformerischen Konzepts der Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Macht zugunsten der Masse der Arbeitnehmer seine materielle Basis. Die Entwicklung politischer (insbesondere wirtschaftspolitischer) Instrumente und der Einsatz der vorhandenen Instrumente ist unter diesem Gesichtspunkt zu leisten.

XVI.

Basis der Integration der Parteimitglieder und der Präferenz der Wähler für die SPD dürfen weniger Gruppeninteressen als vielmehr Grundüberzeugungen im Sinne des demokratischen Sozialismus sein. Die „Volkspartei ohne Volk“ muß sich zur „Gesinnungspartei“ wan-

deln, die SPD muß wieder zur Sozialdemokratie, zur in der Bevölkerung wurzelnden Bewegung werden, sie muß ihr soziales Umfeld zurückgewinnen. Dies bedeutet die Absicherung grundlegender Veränderungen im Bewußtsein der Bürger, die Verankerung längerfristiger Orientierung und das Abfedern von Rückschlägen und Widerständen. Über das Konzept der Basisarbeit der Jungsozialisten hinausgehend, meint dies auch die Arbeit in Verbänden und Vereinen, Aktivitäten in sportlichen, sozialen und kulturellen Bereichen, die in den vergangenen Jahren sowohl das Opfer sozialkonservativer Bürgerlichkeits-Bestrebungen als auch des Links-Intellektualismus geworden sind.

XVII.

Die Gegner einer solchen strategischen Neuorientierung werden einwenden, sie mache aus dem demokratischen Sozialismus eine Minderheitenveranstaltung. Sie übersehen aber, daß auch die Fortschreibung des Status quo im Ergebnis keinen qualitativen Unterschied ausmacht. Im Sinne der falschen Alternativen werden sie versuchen, der innerparteilichen Diskussion darüber durch Disziplinierung zuvorzukommen. Die Möglichkeiten dieser Disziplinierung sind um so besser, je weniger die Partei in der Lage ist, das Lösungsvakuum durch das Angebot konkreter Konzeptionen verringern zu helfen.

XVIII.

Eine in diesem Sinne gegen die Jungsozialisten gerichtete Strategie findet auch in deren eigener Praxis ihre Nahrung: Der Schwerpunkt der Parteilarbeit der Jungsozialisten (außer im Bereich der Kommunalpolitik) lag – in Ansätzen auch durchaus erfolgreich – darauf, die Theorie-Lücke der SPD zu füllen. Dabei wurde die Tatsache weitgehend vernachlässigt, daß die SPD in gleichem Maße eine Praxis-Lücke hat, die von den aktuellen wirtschaftlichen Problemen zunehmend aufgedeckt wird. Die Jungsozialisten haben bisher „antikapitalistische Strukturreformen“ nicht so konkretisiert, daß sie diese Lücke füllen könnten.

XIX.

Ein entscheidender Grund dafür ist die

Hermann Schmitt-Vockenhausen: Kommunalpolitische Bestandsaufnahme

Tatsache, daß seit dem Bremer Kongreß Debatten über die Theorien für die Praxis geführt werden, in denen aber die Praxis kaum zu Wort kam. Eine kritische Auswertung der Doppelstrategie fand nicht statt. Die Konkretisierung der Juso-Vorstellungen scheiterte immer wieder daran, daß unterschiedliche Meinungen zu Fragen der Analyse und der Strategie zum Schlaginstrument der verschiedenen Gruppen und zum Vehikel taktischer Mehrheitsbildung gemacht wurden. Sowenig auf diese Weise Konzepte für die Praxis der Reformpolitik der Partei entwickelt werden konnten, so wenig wurden in vielen Bereichen auch die praktischen Aktionsmöglichkeiten der Juso-Gruppen näher bestimmt. Die Diskussionen der Jungsozialisten reproduzierten bis heute den traditionellen Widerspruch der Sozialdemokratie: den Widerspruch zwischen langfristigem Ziel einerseits und Tagesarbeit andererseits.

XX.

Unter dem Eindruck der Praxis-Lücke der Partei und des Endes der „Modern = Links-Welle“ besonders bei den Jugendlichen, wird sich die Arbeit der Jungsozialisten stärker als bisher auf die Konkretisierung der theoretischen Grundlagen (dies dann manchmal auch ungeachtet deren Reinheit) für praktische Arbeitsfelder verlegen. Angesichts einer offensiven Kampagne der Konservativen, die auf einer im Vergleich zu früheren Jahren stärker gefühlsbetonten Ansprache der Bevölkerung gründet, können die Jungsozialisten ihre seit dem Ende der 60er Jahre gewonnene Funktion innerparteilich nur erhalten und ausbauen, indem sie ihre frühere Funktion als Jugendorganisation zusätzlich zurückgewinnen.

Die XII. kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD, die vom 11. – 13. Oktober 1974 in Nürnberg stattfand, hat deutlich gemacht, daß die SPD sich den Aufgaben der Kommunen von heute stellt. Sie weiß, daß auch Lorbeer weht, und daß Vertrauen immer wieder durch neue Leistungen und nicht nur durch noch so gekonnt zusammengestellte Reden erworben werden muß.

Die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion, über die der Bundestag am 7. 11. 1974 ausführlich debattiert hat, hat mit zahlreichen – und wie ich meine – zu zahlreichen Einzelfragen versucht, große Bereiche und Komplexe in die Erörterung einzubeziehen, und ist damit der Gefahr erlegen, daß man bei einer solchen Aufspaltung und Einzelbehandlung des Themas den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht.

Neuer Akzent

Aus meiner Sicht ergibt sich vor dem Hintergrund dieser beiden kommunalpolitischen Bestandsaufnahmen folgende Lage der Städte, Gemeinden und Kreise: In ihrer Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 hat die Regierung Brandt/Scheel die Gemeinden neben Bund und Ländern als Partner bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben ausdrücklich angesprochen. Damit wurde gegenüber früheren Regierungserklärungen ein neuer, positiver Akzent gesetzt, dem sich auch Bundeskanzler Helmut Schmidt verpflichtet fühlt. Sein erstes Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden am 1. Oktober 1974 wurde in diesem Geiste geführt. In diesem Sinne war auch die Debatte im Deutschen Bundestag als Bestandsaufnahme zur Lage der kommunalen Selbstverwaltung in der Bundesrepublik grundsätzlich zu begrüßen.

Die SPD sieht die kommunale Selbstverwaltung nicht isoliert, sie hält es für die gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, den Ausbau des sozialen Rechtsstaats weiter voranzutreiben und für mehr Lebensqualität unserer Bürger zu sorgen. Dabei geht sie von der Gleichrangigkeit der Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden aus und erwartet, daß die Bundes-

regierung diesem Grundsatz weiterhin in ihrer zukünftigen Politik den erforderlichen Rang einräumt.

Wesentlich ist folgendes: Gerade die Gemeinden und damit die kommunale Selbstverwaltung haben nach dem 2. Weltkrieg eine Renaissance erlebt, die nur mit dem Beginn der kommunalen Selbstverwaltung unter Stein-Hardenberg verglichen werden kann. Nach den Jahren der Gleichschaltung sind überall jene Frauen und Männer für die Selbstverwaltung in die Bresche gesprungen, die man heute die Männer und Frauen der ersten Stunde nennt. Viele, die 12 Jahre lang auf ihre politische Arbeit verzichten mußten, die sogar in der Emigration oder in der Haft waren, waren glücklich, endlich wieder eine Aufgabe vor sich zu haben.

Hoffnungen nicht ganz erfüllt

Die Leistungen, die die Selbstverwaltung bisher für unsere Republik und unsere Demokratie vollbracht hat, verdienen Respekt und Anerkennung. Dennoch muß eine kritische Bilanz nach 25 Jahren Grundgesetz auch zu der Feststellung kommen, daß sich für die kommunale Selbstverwaltung nicht alle Hoffnungen erfüllt haben, die mit ihrer Renaissance verknüpft wurden.

Dazu gehört, daß der föderalistische Aufbau des Grundgesetzes ein direktes Verhältnis zwischen Bund und Gemeinden nicht vorgesehen hat. Die politische Willensbildung vollzieht sich in der Bundesrepublik ja im wesentlichen auf drei Ebenen: auf der Bundesebene im Deutschen Bundestag, auf der Ebene der Länder in den Landtagen und auf der kommunalen Ebene in den Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise. Diese Vielfalt der politischen Meinungsbildung liegt im Wesen unseres föderativen Bundesstaates begründet. Sie ist ein Positivum und eine Bereicherung unserer parlamentarischen Demokratie und nicht etwa — wie manche noch immer zu glauben scheinen — eine unnütze Komplizierung des Staatsapparates. Dabei ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß sowohl die Länder im Verhältnis zum Bund wie auch die Gemeinden und Kreise im Verhältnis zum Land eigenständige Gebietskörperschaften mit auto-

nomen Regelbefugnisse sind und nicht etwa nur bezirkliche und lokale Untergliederungen des Gesamtstaates.

Obwohl die Länder sicher froh waren, die Gemeinden und damit die Selbstverwaltung in ihre Obhut nehmen zu können — ihre Selbstverwaltungsfreundlichkeit möchte ich ausdrücklich anerkennen —, haben sie jedoch auch darunter gelitten, daß sie

- a) zugunsten des Bundes eigene Zuständigkeit verloren haben,
- b) in dem Wunsch, eine stärkere Aktivität zu entfalten, Einwirkungsmöglichkeiten nach unten in die Selbstverwaltung gesucht haben.

Natürlich ist auch im Zuge einer Vereinheitlichung und Verbesserung der Lebensverhältnisse und im Zuge der Verwirklichung des Verfassungsgebotes mancher Eingriff und manche parlamentarische Vorstellung nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung geblieben.

Erste Phase der Finanzreform

Die Gemeinden selbst haben sehr lange, und, wie ich heute rückschauend meine, zu lange die Frage der Stellung der Selbstverwaltung nur als eine Frage der Ausstattung mit Finanzmitteln gesehen. In mehreren Anläufen, die insbesondere durch die Bemühungen des vor Jahren verstorbenen Professors Dr. Gülich in Gang kamen, ist es dann auch zu der ersten Phase der Finanzreform gekommen. Damals gaben die Gemeinden einen Teil der konjunkturrempfindlichen Gewerbesteuer ab und wurden dafür mit 14 Prozent an der Lohn- und Einkommensteuer beteiligt. Der Beginn der Finanzreform, die der erste große Schritt überhaupt für die Finanzausstattung der Kommunen war, geht auf die SPD und nicht zuletzt auf den späteren Bundesfinanzminister Alex Möller zurück, der in den Koalitionsverhandlungen zur Bildung der Großen Koalition 5 Pfennig Mineralölsteuer für die Gemeinden durchsetzte.

Städten, Gemeinden und Kreisen gegenüber hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU ihre gesamtstaatliche Verantwortung für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden bekräftigt und damit deutlich gemacht, daß auch die Finanzen der Gemeinden geordnet bleiben

müssen. Ich erwarte, daß die Frage der Verteilung der Kosten aus der Einkommensteuerreform im Geiste dieser Erklärung zwischen Bund und Ländern ausgehandelt wird.

So schwer es den Gemeinden im Hinblick auf die zunehmende Belastung durch Folgekosten von Investitionen und neue Gesetze des Bundes und der Länder, die wegen des wesentlich höheren Ausgabenzuwachses durch die Mehreinnahmen der Kommunen nicht aufgewogen werden, auch fällt, so sind sie doch aus Ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung heraus bereit, Ihren Anteil an den Einnahmeausfällen aufgrund der Steuerreform zu tragen. Sinn und Ziel der Erklärung der Bundesregierung müssen aber sicherstellen, daß sie nicht über diesen Anteil hinaus noch weiter belastet werden.

Offene Flanke

Mit Genugtuung kann ich aber feststellen: Mit Geschenken an den Steuerzahler zu Lasten der Kommunen, wie sie mit der 10jährigen Grundsteuerbefreiung und mit bestimmten Änderungen der Gewerbesteuer ohne jeden Ausgleich durchgeführt wurden und vor allem als Wohltaten vor Bundestagswahlen allein auf Kosten der Gemeinden beschlossen wurden, ist es seit 1966, seitdem die SPD Regierungsverantwortung trägt, vorbei.

Aber es ist inzwischen klar, daß die eingetretene Verschuldung und die Zementierung der großen Ausgabenblöcke in Bund und Ländern eine so nachhaltige Verbesserung, wie sie erforderlich wäre, kurzfristig nicht zuläßt, zumal die Besoldungs- und Tarifpolitik die offene Flanke in der Finanzwirtschaft der Kommunen ist. Es bedarf keiner Frage, daß hier neue Strukturen gefunden werden müssen, und was für die Unternehmen und Ihre Wirtschaftlichkeit in weiten Tarifbereichen selbstverständlich ist — daß es nicht ohne Schlichtung und sorgfältige Austerisierung geht —, muß auch für den kommunalen Bereich entwickelt werden; auch wenn zeitweilig gerade dort mit dem Druck der sogenannten Abwerbung und dem sogenannten Konkurrenzdruck der Wirtschaft die größten Schwierigkeiten entstanden sind. Mit der Regelbeförderung hat es begonnen, und bei knappen Finanzmitteln kann es bis zum Besol-

dungschaos führen, zumal der Leistungsgedanke bei all diesen Verbesserungen sicherlich oft nicht den größten Stellenwert hat.

Zur gegenwärtigen Lage der Kommunalpolitik ist festzustellen:

Gebiets- und Verwaltungsreform

Die mit dem Gutachten zur großen Finanzreform verlangte Gebiets- und Verwaltungsreform ist in ihre letzte Phase getreten. Noch läßt sich nicht übersehen, ob sie die angestrebten Ziele überall erreicht. Unbestritten dürfte sein, daß sie der Bürgernähe und der ehrenamtlichen Mitwirkung zunächst Grenzen gesetzt hat. Die Frage ist berechtigt, welches wichtige Kapital unserer jungen Demokratie, auf deren Entwicklung wir alle stolz sind, verloren geht, wenn Zehntausenden von Menschen, die ehrenamtlich ihr Bestes gegeben und zum Ausbau und zur Stabilisierung dieser Demokratie beigetragen haben, die Mitwirkungs- und die Mitverantwortungsmöglichkeiten immer stärker in den kommenden Jahren genommen werden. Alle Bemühungen der Länder, die ehrenamtliche Mitarbeit zu sichern, sind zu unterstützen.

Wenn die Städte und Gemeinden immer größer werden, besteht die Gefahr, daß immer weniger Menschen die Zeit und die Möglichkeit haben, ehrenamtlich zu wirken. Hier setzt die Gefahr des Imperativen Mandats und mißverständlicher Bürgerinitiativen ein. Um es deutlicher zu machen: die Demokratie darf sich nicht abdrängen lassen, weder von den repräsentativen Organen noch von den Bürgern. Wenn der Abstand zwischen Wählern und Gewählten zu groß geworden ist und auch von den Gewählten nicht verringert werden kann, weil die Einheiten größer geworden sind, dann muß der Bürger mehr sprechen und mehr wählen und mehr entscheiden.

Funktionalreform

Die Gemeinden haben für die Verwaltungs- und Gebietsreform große Opfer gebracht, deren positive und negative Seiten aufzuzeigen hier nicht der Ort ist. Diese Opfer haben aber nur dann einen Sinn, wenn die größeren gewordenen Gemeinden auch entsprechende Funktionen erhalten, wenn also politische bedeutsame Aufgaben auch weiterhin in der Gemein-

de entschieden werden können und wenn den Gemeinden zusätzliche Zuständigkeiten zuge-
teilt werden. Denn, wenn man den Gemeinden
alle wichtigen Aufgaben nimmt oder vorenthält,
darf man sich nicht wundern, wenn unsere
Demokratie ihre Basis verliert, weil der Bürger
sich dem Staat entfremdet fühlt.

Funktionalreform ist nicht nur die ge-
legentliche Verlagerung einzelner Zuständigkei-
ten, sondern die umfassende Neuverteilung
aller Sachaufgaben der Verwaltung auf die
verschiedenen Verwaltungsträger der verschie-
denen Verwaltungsstufen.

Bau- und Bodenpolitik

Insbesondere im Bereich der großen
Städte haben die Fragen der Bau- und Boden-
politik eine entscheidende Rolle gespielt. Allzu
lange mußten die Städte und Gemeinden un-
geachtet mancher eigener Fehler und Versämi-
nisse auf das entscheidende gesetzliche In-
strumentarium durch den Bund warten. Die
Tatsache, daß es nach der Verabschiedung des
Bundesbaugesetzes Anläufe in drei Legislatur-
perioden bedurfte, um das Städtebauförde-
rungsgesetz zu verabschieden, und daß wir
heute noch vor der Novellierung des Bundes-
baugesetzes — die eine Anpassung des all-
gemeinen Städtebaurechts an die Erforder-
nisse des Städtebauförderungsgesetzes, ins-
besondere was die Verbesserung des Pla-
nungsinstrumentariums und des Durchfüh-
rungsinstrumentariums betrifft, bringen soll —
und vor einer Regelung der Wertabschöpfung
(Planungswertausgleich) stehen, geht welt-
gehend zu Lasten der heutigen CDU/CSU-Op-
position, die sich immer wieder in diesen
Fragen gesperrt hat.

Diese Linie wird jetzt durch den Bundesrat
fortgesetzt. Die erste Stellungnahme des Bun-
desrates zu dieser Novelle ist außerordentlich
kommunalunfreundlich ausgefallen. Nachdem
die Bundesregierung in dieser Novelle ein ein-
deutiges Bekenntnis zur gemeindlichen Pla-
nungshoheit abgegeben hat, verlangt der Bun-
desrat eine gesetzliche Ermächtigung, nach
welcher die gemeindlichen Planungsaufgaben
nach dem Bundesbaugesetz und dem Städte-
bauförderungsgesetz auf Verbände und sonsti-
ge kommunale Körperschaften übertragen wer-

den können, auch wenn diese nicht Gemeinden
im Sinne des Grundgesetzes sind und an der
Willensbildung der betreffenden Gemeinden
auch nicht teilnehmen. Die Vorschläge des
Bundesrates stellen die Planungshoheit der
Gemeinden damit generell infrage, vor allem
dann, wenn mit schwacher Begründung unzu-
treffenderweise darauf hingewiesen wird, daß
die Bauleitplanung in Verdichtungsräumen
nicht zum Kernbestand der kommunalen Pla-
nungshoheit gehöre.

Darüber hinaus muß ich daran erinnern,
daß ja auch gerade diese Probleme, die sich
aus dem Wiederaufbau der Städte und aus der
verzögerten Neuordnung des Bau- und Boden-
rechts ergeben, von Chaoten und Systemver-
änderern als Exerzierfeld benutzt wurden, in-
dem sie diese Fragen zum Hebel ihrer revo-
lutionären Strategie gemacht haben und immer
noch machen. Aber auch manche, die geglaubt
haben, man könne über eine Doppelstrategie
im Rahmen unserer Ordnung politisch solche
Fragen lösen, mußten ihre Erfahrungen ma-
chen, sie mußten erkennen, daß sie auf diesem
Feld gescheitert sind, auch wenn das noch
nicht überall zugegeben wird.

Gesetzesflut

Ein weiteres Problem für die Kommunal-
politik der Gegenwart bedeutet die zunehmen-
de Flut der Gesetze. Hier steht das allgemeine
Problem eines Vollzugsdefizits im Raum, das
mehr und mehr in das Bewußtsein der betref-
fenden Behörden und Verwaltungsorgane, da-
mit zugleich aber auch in das Bewußtsein der
gesetzgebenden Institutionen rücken muß. Die
Zahl der von den gesetzgebenden Institutio-
nen verabschiedeten Gesetze und Novellen
zu solchen Gesetzen hat ein Ausmaß erreicht,
das die Verwaltungen allmählich vor schwer
lösbare Ausführungsprobleme stellt. Nicht zu
Unrecht spricht man in diesem Zusammenhang
von einer Gesetzesinflation. Für die Gesetz-
gebung ergibt sich neben der Fülle neuer
Gesetze zusätzlich, daß diese neuen Gesetze
auch umfangreicher, weil kasuistischer und
näher am Präzedenzfall gearbeitet, ausfallen.

Es kommt hinzu, daß, je geringer die Zeit
der Praxis der führenden Ministerialbeamten
ist und je länger diese Zeit im Verhältnis zu

Ihrer Ministerialtätigkeit zurückliegt, desto weniger auf die Durchführbarkeit der Gesetze geachtet wird.

Die Frage ist, wo wir in der Bundesrepublik im Augenblick stehen. Können wir nur von einem Vollzugsdefizit in einzelnen Bereichen sprechen oder gibt es bereits Anzeichen dafür, daß wir – partiell oder aufs Ganze gesehen – an einer Schwelle angelangt sind, von der ab man von einer Vollzugskrise sprechen muß?

Bundestag und Bundesrat sind hier gefordert. Die Bundesregierung sollte die Frage des Vollzugsdefizits zum Gegenstand einer grundsätzlichen Prüfung mit den Ländern und mit dem Bundesrechnungshof machen, um Klarheit über diese drängende Frage zu erhalten.

Mitwirkung an der Planung: Nach 1945 war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Freiheit der Kommunen und der Bürger wieder in den Mittelpunkt gestellt wurde. Heute sind diese Stunden der schöpferischen Kommunalpolitik weitgehend ersetzt durch die Planungen im Bund und vor allem aber in den Ländern, die die Zukunft bestimmen sollen. Zum Teil gehen diese Planungen so weit und werden von der Exekutive im Bund und in den Ländern auch so weit vorangetrieben, daß sie bei der ohnehin geringen Finanzausstattung der Gemeinden diese nur noch zu Erfüllungsgehilfen von Bund und Ländern machen würden, wenn die Gemeinden hier nicht ihre Position vertreten, behaupten und eine Gegenbewegung einleiten würden.

Die Kommunen können heute, gerade weil sie so viele Opfer für die Gebietsreform unter Aufgabe des Selbstverwaltungsrechtes tausender kleiner Gemeinden und Städte gebracht haben, fordern, daß sie selbst aktiv an den Planungen und der Gestaltung der Lebensqualität und der Daseinsvorsorge teilhaben können und auch einen freien Raum für eigene Initiativen behalten. Im Rahmen der Enquete-Kommission Verfassungsreform hat daher dieses Gremium die Aufgabe, diese Stellung der Gemeinden zu sichern, denn Selbstverwaltung heißt ja nicht, mit Hilfe staatlicher Zuwendungen nur staatliche Pläne auszuführen, sondern sie muß auch Raum zur freien Gestaltung besitzen.

Leider konnte eine für die Gemeinden befriedigende Lösung von der Kommission bisher nicht gefunden werden. Der von ihr erstellte Zwischenbericht läßt zwar erkennen, daß über die Mitwirkung der Gemeinden an der staatlichen Verbundplanung gesprochen wurde, der formulierte Änderungsvorschlag selbst sieht aber die Beteiligung kommunaler Vertreter an den Planungsgremien nicht vor. Professor Schäfer, der Vorsitzende der Enquete-Kommission Verfassungsreform, hat in zahlreichen Diskussionen mit Vertretern der Kommunen diese Fragen sachkundig erörtert. Die Gemeinden müssen und können jedenfalls erwarten, daß diese Frage erneut von der Kommission in Angriff genommen wird. Konkrete Vorschläge der Kommunalen Spitzenverbände hierzu liegen vor.

Gesetzgebungsmitwirkung

Dasselbe gilt für die Mitwirkung der Kommunen an der Gesetzgebung, die nach meiner Auffassung ausgestaltet werden muß. Die Bundesregierung prüft zur Zeit im Anschluß an ein Gespräch, das die Kommunalen Spitzenverbände am 1. Oktober mit dem Bundeskanzler geführt haben, in welcher Weise durch Änderung und Ergänzung der GGO II (Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien) erreicht werden kann, daß die besondere Stellung der Kommunen auch in den Verfahrensregeln ihren Ausdruck findet.

Dasselbe gilt für den Deutschen Bundestag und seine Geschäftsordnung. Die Möglichkeiten zur Stellungnahme der Kommunen bei Gesetzesvorhaben, die sie betreffen, sind zu verbessern; die finanziellen Auswirkungen gesetzgeberischer Entscheidungen auf den kommunalen Bereich sind zu verdeutlichen.

In diesem Zusammenhang will ich aber auch noch anmerken, daß mir eine bessere Transparenz und Gesamtübersicht über die durch neue Gesetzentwürfe vor allem im Bereich des öffentlichen Dienstrechts entstehenden Mehrkosten im Personalhaushalt der Städte und Gemeinden geboten erscheint. Da die ständig zunehmenden Einzelbelastungen im Personalhaushalt den Investitionsspielraum in den öffentlichen Haushalten immer mehr einengen, sollten jährlich nur einmal von Bun-

destag und Bundesrat Vorlagen verabschiedet werden, die in den Personalhaushalten Mehrkosten verursachen. Dem Bundestag liegen zur Zeit Regierungsvorlagen vor, die nach Schätzung der Bundesregierung für Bund, Länder und Gemeinden mit Personalkosten in Höhe von rund 2,5 Milliarden DM verbunden sind.

Keln Katalog

Ich verzichte bewußt darauf, einen Katalog der Sorgen und Probleme der Gemeinden aufzustellen. Ich möchte aber noch einmal mit Nachdruck für mehr Bürgernähe in der Kommunalpolitik und der kommunalen Selbstverwaltung plädieren. Wir müssen dem Bürger wieder mit besonderem Einsatz deutlich machen, daß dieser Staat und daß die örtliche Gemeinschaft mit ihm rechnen, daß der Bürger Selbstverantwortung mit anderen Bürgern übernehmen muß. Erste Erfolge zeichnen sich hier bereits ab. Längst totgeglaubte Eigenschaften wie Zivilcourage, Idealismus, Verantwortungsbewußtsein, Engagement und Kritikfähigkeit treten zutage. Der verplante Bürger zeigt der ihm allmächtig erscheinenden Technokratie und Bürokratie die Stirn. Positive Bürgerinitiativen, die sich nicht der Systemveränderung verschrieben haben, gehören heute zum unverzichtbaren Bestandteil unserer demokratischen Ordnung. Die wertvollen oder – wie Theodor Heuss sagte – die werthaltigen Kräfte solcher Bürgerinitiativen liegen in Anstößen zu weiteren Reformen. Das Engagement und die Sachkunde dieser Bürgerinitiativen sollten wir uns zunutze machen, gleichzeitig aber auch das gestörte Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten wieder in dem Sinne enger gestalten, daß die Mandatsträger die Notwendigkeiten und Bedürfnisse der Bevölkerung schneller und deutlicher erkennen und vertreten können.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die deutschen Gemeinden in den vergangenen 25 Jahren auch nicht auf einer Insel gelebt haben, sondern stets in den Kreis der europäischen Selbstverwaltung eingebettet waren. Zehntausende von Städten und Gemeinden, die sich im Rat der Gemeinden Europas zusammengeschlossen haben, leben in der kommunalen Praxis bereits vor, was die Staa-

ten untereinander als große europäische Idee in der Zukunft erst noch verwirklichen müssen. Die großen europäischen Gemeindetage, wie sie z. B. in Berlin und London durchgeführt wurden, haben immer den europäischen Gedanken im Bewußtsein der Öffentlichkeit und der Bürger gehalten.

Die SPD ist vor allem auf dem Weg über eine erfolgreiche Arbeit in den Städten und Gemeinden auch in den Ländern und im Bund in die politische Verantwortung gekommen. Gerade die kürzlich in Nürnberg veranstaltete kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD hat erneut deutlich gemacht, welchen entscheidenden Stellenwert die Kommunalpolitik in der SPD auch in der Zukunft haben muß und haben wird. Die Konferenz von Nürnberg, die auf der Leistung der Sozialdemokraten und auf ihren vielfältigen Erfahrungen aufbaut, ist Mahnung und Auftrag für die weitere Gestaltung des kommunalen Raumes. Ob aus den dort und an anderer Stelle vorgebrachten Wünschen etwas wird, ist aber nicht nur eine Frage an die Kommunalpolitiker. Sie ist vor allem auch die Frage danach, ob in Bund und Ländern der Stellenwert der Kommunalpolitik und der kommunalen Selbstverwaltung wieder höher angesetzt wird.

Keine Bedenken gegen Bürgerentscheid

In diesem Zusammenhang begrüße ich es auch, daß sich der Kongreß in Nürnberg für die Zulassung eines Bürgerbegehrens ausgesprochen hat. Wer „mehr Demokratie wagen“ will, wie es Willy Brandt einmal gesagt hat, darf sich nicht hinter der repräsentativen Demokratie verschanzen. Ich hätte übrigens auch gegen die Zulassung eines Bürgerentscheides keine Bedenken: was für die Länder gut und richtig ist, kann doch für die Gemeinden und ihre Form der Demokratie nicht falsch sein. Wer dem mündigen Bürger im Beruf und im Leben ein hohes Maß an Vertrauen schenkt, daß er nämlich in der Lage ist, verantwortlich an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens auf allen Ebenen mitzuarbeiten, kann ihn nicht nur in der Rolle des Wahlbürgers belassen, der lediglich durch die Abgabe seiner Stimme zu den festgesetzten Wahlterminen tätig wird. In diesem Sinne begrüße ich es auch, daß Ausländer, die fünf

Rainer Kabel: Am eigenen Zopf aus dem Sumpf? Der Rundfunk braucht politische Hilfe

Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben, nach den Vorstellungen von Nürnberg aktiv in die kommunale Arbeit einbezogen werden sollen. Aber sie haben damit die Chance, in den Gemeinden, in denen sie leben, am gesellschaftlichen und staatlichen Leben beteiligt zu werden. Hier verwirklicht sich praktische Humanität für den Bürger, aktive politische und soziale Mitverantwortung in einer supranationalen Kategorie, die ein hoffnungsvoller Baustein für die Zukunft sein kann.

Für die Lebenskraft der Selbstverwaltung bleiben aber letztlich immer entscheidend das staatsbürgerliche Engagement im Ehrenamt, die Gewinnung von Frauen und Männern mit Initiative und schöpferischer Gestaltungskraft im Hauptamt und mehr denn je die enge Zusammenarbeit der Kommunen über ihre Repräsentanten in Bund und Ländern, um ihre Anliegen zu verdeutlichen.

Letzteres wird dadurch erschwert, daß in den Landtagen die Stimmen der Kommunalpolitiker durch die Inkompatibilitätsbestimmung zweifellos schwächer geworden sind, ein Problem, dessen ganze Tragweite uns wohl erst in den nächsten Jahren bewußt wird und das möglicherweise mit sich bringt, daß das, was wir bisher zuviel an Kommunalpolitikern in den Länderparlamenten hatten, in Zukunft zu wenig sein wird.

Warum keine Gebührenerhöhung?

Nach den Schätzungen der Finanzexperten der Rundfunkanstalten fehlen zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Programmbetriebes bis 1978 über eine Milliarde Deutsche Mark (ARD 825 Millionen, ZDF 330 Millionen), mögliche zusätzliche steuerliche Belastungen noch nicht einmal gerechnet. Nach dem Beschluß der für die Rundfunkfinanzen zuständigen Ministerpräsidenten der Bundesländer und nach den Erklärungen von Politikern aller vier in den Landesparlamenten vertretenen Parteien (SPD, CDU, CSU, FDP) ist die Chance für eine Erhöhung der Hörfunk- und Fernsehgebühren vor 1978 äußerst gering. Die Intendanten-Drohungen, das Fernsehprogramm empfindlich zu kürzen, scheinen die Politiker noch nicht beeindruckt zu haben. Ob eine Mobilisierung der Fernsehzuschauer mehr bewirken könnte, ist anzunehmen. Doch sie steht noch aus.

Die Motive der Erhöhungsunwilligen Politiker sind verständlich. Wenn auch eine Anhebung der Rundfunkgebühren von jetzt 10,50 DM für Hörfunk und Fernsehen selbst auf 15 DM pro Monat wegen der Steuererleichterungen für die große Mehrheit der Gebührenzahler ab Januar 1975 keinerlei tatsächliche wirtschaftliche Auswirkung hätte, so wäre doch eine Erhöhung der Rundfunkgebühr, die fast jeden Bürger trifft, nicht ohne psychologische Wirkung. Gebührenerhöhungen sind nicht im Sinne einer Stabilitätspolitik, die auf Beruhigung der Zuwachsraten ausgerichtet ist; Rundfunkgebührenerhöhungen sind nicht im Sinne der Landespolitiker, die zu Wahlzeiten ihre Wähler nicht verärgern wollen. Die psychologische Wirkung einer Rundfunkgebührenerhöhung wäre größer, als die der Erhöhung der Postgebühren oder die der bevorstehenden Erhöhung der Sozialmieten wegen nicht abwendbarer Kostenerhöhungen.

Woran liegt das, wenn die wirtschaftliche Bedeutung doch viel geringer ist, so gering, daß sie volkswirtschaftlich gar nicht ins Gewicht fällt? Der Streit um die Rundfunkgebühren wird nur zum Teil mit sachlichen Argumenten geführt; das vermeintliche Konkurrenzverhältnis von Presse und Rundfunk spielt in die Problematik hinein. Die verantwortlichen Poli-



tiker fürchten weniger die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Gebührenerhöhung, als die politischen Wirkungen der „öffentlichen Meinung“, wie sie von der Presse, von der „Zeit“ bis zur „Bildzeitung“ gemacht wird. Die Rundfunkanstalten als Meinungsbildner fallen bei diesem Thema merkwürdigerweise aus. Vielleicht, weil sie Partei sind. In bescheldener Zurückhaltung beim Einsatz ihres eigenen Mediums überlassen die Intendanten – von kurzen, bildlosen Erklärungen abgesehen – die Veröffentlichung ihrer Vorausschätzungen, ihrer Beschlüsse über Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen der Presse. Die sauer süßen Kommentare – angereichert mit den bekannten Hinweisen auf Prunkbauten, Stargagen und Supergehälter von Spitzenmanagern der Rundfunkanstalten – folgen, meist noch auf derselben Seite.

Mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeit muß der Eindruck entstehen, die Rundfunkleute hätten etwas zu verbergen. Warum werden nicht, über trockene Tagesschaumeldungen und gelegentliche, nicht sehr geschickte Intendanten-Interviews und Intendanten-Erklärungen hinaus, die Probleme von Hörfunk und Fernsehen im Hörfunk und im Fernsehen ganz offen und mit angemessenen Mitteln der Darstellung (Dokumentation, Feature, Trick) behandelt? Was haben die Rundfunkanstalten bisher an Rationalisierung versucht? Wie funktioniert die schon seit mehreren Jahren bestehende „Kommission für Informationen über neue Entwicklungen auf dem Rundfunkgebiet“? Was hat die „Kommission für Fragen der Investitionsplanung und Rationalisierung“ geleistet? Welche Einsparungen hat die „Koordinierte Beschaffung“ der ARD gebracht?

Den wenigsten Rundfunkteilnehmern und Zeitungslesern ist bewußt, daß die Rundfunkanstalten mittlere Fabrikationsbetriebe sind, mit Zulieferern, die ihre Preise wegen steigender Kosten ständig erhöhen, daß sie abhängig sind von den Dienstleistungen der Deutschen Bundespost, die ihre Gebühren, gerade den Rundfunkanstalten gegenüber, ganz erheblich gestelgert hat, daß sie feste und freie Arbeitskräfte hat, deren Bezüge – wie alle Gehälter –

mit den wachsenden Lebenshaltungskosten zunehmen. Die Kosten steigen, die Produktion nimmt wegen der Erfüllung politischer Forderungen (Gastarbeitersendungen, Altensendungen, Vorschulprogramme, Gehörlosenfernsehen, Parlamentsübertragungen) zu, die Finanzierung bleibt gleich. Eine Abwälzung der gestiegenen Selbstkosten auf die Produktpreise ist nicht möglich. An Gebühren kommt herein, was die Ministerpräsidenten ihren Landtagen im Jahre 1973 vorschlugen, nicht mehr. Eine weitere Erhöhung der Werbepreise oder Ausweitung der Werbezeiten ist aus vielen Gründen nicht möglich: sie schadet der Presse, die Werbung verlieren könnte; sie schadet dem Programm, das durch Werbung nicht besser wird; sie macht die Rundfunkanstalten abhängig von der werbetreibenden Industrie; sie dürfte auch kaum möglich sein wegen des nachkommenden Interesses der Wirtschaft, nicht zuletzt wegen starker Werbepreiserhöhungen.

Zwang zur Rationalisierung

Die monatliche Rundfunkgebühr von 10,50 DM, die weit unter den begründeten Forderungen der Rundfunkintendanten und der Gremien der Rundfunkanstalten lag, war als eine pädagogische Gebühr gedacht. Sie sollte die Funkleute ständig und bei zunehmenden Defiziten mit wachsendem Nachdruck an die notwendige „Rationalisierung“ erinnern. Rationalisierung im Sinne kostensparender, vernünftiger Organisation in den Rundfunkanstalten, in ihren Beziehungen untereinander und nach außen, ist ganz sicher noch längst nicht erreicht. Schon der innere Aufbau der Anstalten erscheint anachronistisch: Er ist streng hierarchisch. Über den Direktoren thront der Intendant als „monokratisches Rundfunkexekutivorgan“ (nach Professor Klaus Stern, Köln); er kann sie in seine Entscheidungsfindungen einbeziehen, braucht es aber nicht; unter den Direktoren gibt es die Hauptabteilungsleiter (Programmchefs), die Abteilungsleiter und Redakteure verschiedener Grade und mit unterschiedlichen Gehältern, je nach Bedeutung. Sachbearbeiter, Sekretärinnen, Hilfskräfte aller Art sitzen ganz unten in der Hier-

archie. Freie Mitarbeiter werden je nach Bedarf engagiert und fallengelassen.

Entscheidungen in streng hierarchisch organisierten Betrieben werden meist – wenn sie unbequem, aber auch wenn sie tatsächlich unbedeutend sind – von unten so weit nach oben geschoben wie nur irgend möglich. Dadurch fällt die Entscheidung in der Regel weit entfernt von der Gruppe, die mit dieser Entscheidung arbeiten soll, weit entfernt von Sachverstand und fachlicher Kompetenz. Einsichtige Funkobere, durch Erfahrung und Managementkurse klug geworden, steuern gegen diese Tendenz an. Sie tun es letztlich vergeblich; denn die Strukturen der Organisation sind stärker als Personen. Über Rationalisierung durch Teamwork nachzudenken, lohnte sich gewiß, auch über andere Formen der Funkorganisation im Inneren, wobei die Frage, ob ein Leitungsteam den Alleinintendanten ersetzen sollte, nicht vorschnell mit „Ja“ beantwortet werden sollte, wie es viele fortschrittliche Medienpolitiker tun. Die Umorganisation der Spitze löst noch keine Probleme; sie schafft neue: Proporz und Paralyse – parteiliche Ausgewogenheit und Lähmung des Entscheidungsprozesses – könnten das Ergebnis sein.

Innere Umorganisation

Die innere Umorganisation der Rundfunkanstalten, das ist ein Problem, über das sich nachzudenken lohnte! Viel Leerlauf, Reibungsverluste, Koordinationschwierigkeiten, vor allem bei teuren und auf die Zusammenarbeit vieler Mitarbeiter von unterschiedlichem Herkommen, mit verschiedener Ausbildung, stark schwankendem Gehalt, unterschiedlichem Selbstverständnis angewiesenen Fernsehproduktionen könnten vermieden werden. Die extreme Arbeitsteilung im bundesrepublikanischen Fernsehbetrieb mit seinem hohen technischen und künstlerischen Standard führt zur Vereinzelung der an der Produktion Beteiligten. Das gemeinsame Ziel, die Produktion, gerät für den einzelnen Mitarbeiter aus dem Blick. Die Tätigkeit wird zur bloßen fremdbestimmten Arbeit. Die Entwicklung der Fernsehtechnik führte nicht zur Entlastung, sondern zur Abhängigkeit von komplizierten Apparaten und vielen Menschen. Ich kann dieses Problem,

das es zur Anfangszeit des Fernsehens, als „jeder alles“ machte, gar nicht gab, und nur zu einem geringen Maße im Hörfunk gibt, hier nur andeuten. Die Mitbestimmungsdiskussion der letzten Jahre hat einerseits, was die Beteiligung der Betroffenen an Entscheidungen angeht, erste Erfolge gebracht, andererseits aber neue Probleme entstehen lassen. Die Redakteure, die in Redakteursversammlungen ihre besonderen Rechte, was das Programm angeht, artikulieren, sollten keine Sonderrechte haben vor den anderen, ebenfalls für das Produktionsziel Tätigen, den Technikern, Verwaltungsleuten, Hilfskräften. Finanziell gesehen, dürfte sich eine Rationalisierung durch eine Modernisierung der Innenstruktur der Rundfunkanstalten in einigen Jahren positiv auswirken. Diese Art von Rationalisierung wird heute nicht gemeint, wenn es darum geht, ein Milliardendefizit zu verhindern. Einfachere und schlechtere Lösungen werden diskutiert.

Aufgabe von Essentials

Doch gegen das drohende Milliardendefizit helfen letztlich weder Wiederholungen noch Schließen von Landesstudios und die Einsparung von Auslandskorrespondenten, da hilft kein früherer Schluß, kein Verzicht auf einige aufwendige Shows, kein Zusammenschalten von Hörfunkprogrammen. Günstigstenfalls ließen sich nach Experten-Schätzungen bis 1978 auf diese Weise 100 Millionen einsparen. Die bisherigen Kürzungs-Konferenzen der Spitzen-Manager dürften nicht einmal 10 Millionen Mark eingebracht haben. Bedenkt man das Milliardendefizit und den nicht billigen Konferenz-Aufwand, ist das Rationalisierungs-Getue eher peinlich als nützlich. Was aber ist heute schon die Konsequenz oberflächlicher, demonstrativer Rationalisierung? Der deutsche Rundfunk gibt Positionen auf, die für die Meinungsvielfalt, die Förderung von kulturellen Aktivitäten, die publizistische Unabhängigkeit und den unmittelbaren Kontakt zum Hörer unverzichtbar sind. Über eine maßvolle Einschränkung des Programmangebots, etwa durch den Verzicht auf „allzu billige Filetbandproduktionen“ (Heinz Kühn), die übrigens durchaus ihren Preis haben, durch einen früheren Schluß am Abend, über mehr Wiederholun-

gen, über Absprachen bei wichtigen Ereignissen und Sportübertragungen zwischen ZDF und ARD, die jetzt häufig von denselben Ereignissen mit eigenen aufwendigen Übertragungseinrichtungen und teuren Produktionen berichten, über gemeinsame Studionutzung, sollte dabei nicht lamentiert werden. Solche Maßnahmen sind richtig. Aber die Schließung von Landesstudios, die Abberufung von Auslandskorrespondenten, der Abbau von Hörfunkprogrammen, die Einschränkung von Bildungs- und Minderheitsprogrammen sind gänzlich ungeeignete Maßnahmen der Rationalisierung.

Kommunikationspunkte

Landesstudios – wie sie die großen Landesrundfunkanstalten mit großen Flächen haben – sind Kommunikationspunkte, Möglichkeiten, mit dem Hörer in stetigen Kontakt zu kommen, vom flachen Lande zu berichten durch sorgfältige Beobachtung aller politischen und kulturellen Vorgänge der Region. Übertragungswagen, aus der Großstadt aufs Land geschickt, wenn etwas los ist, sind kein Ersatz. Woher weiß man, wann wo etwas los ist? Der eigene Horchposten im Land ist als unabhängige Informationsquelle unersetzlich. Das gilt auch für die Auslandskorrespondenten, die häufig mehrere Länder bearbeiten wie beispielsweise für die ARD Reinhold Keilbach in Mexico-City, der für „Zentralamerika und den karibischen Raum“ zuständig ist, oder Gerhard Konzelmann mit Sitz in Beirut, zuständig für die arabischen Länder. Für das ZDF berichtet Heinz Metlitzky aus der arabischen Welt, Christoph Kaiser aus Lateinamerika. Hier wäre auch eine Koordination zwischen ARD und ZDF weder möglich noch wünschenswert; denn die Meinungsvielfalt ist gerade in der Auslandsberichterstattung, in der wir sonst fast ausschließlich auf ausländische Nachrichtenagenturen angewiesen sind, notwendig. Ein reisender Reporter wie Peter Scholl-Latour ist kein Gegenargument. Auslandsstudios als Informationszentralen, ständige Auslandsvertreter als Verbindungspersonen und wache Beobachter der Szene helfen auch dem Team, das schnell an einen Brennpunkt des Geschehens jettet.

Im Zuge der Rationalisierung sollte nicht nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht wer-

den; es sollte vielmehr untersucht werden, ob Sendungen aus den Landesstudios und aus den Auslandsstudios in ausreichendem Maße im Programm vertreten sind und ob nicht dieser oder jener Uraltfilm oder Ankauf aus den USA durch einen Bericht von einem ständigen Mitarbeiter aus der Provinz oder aus dem Ausland ersetzt werden könnte. Für den besseren Einsatz von Auslandsberichten bedarf es keiner Weltreisen von Sparkommissaren, sondern nur des Nachdenkens und der klugen Disposition bei der Programmplanung. Das Hörfunkangebot darf nicht eingeschränkt werden, auch wenn in manchen Gegenden zehn verschiedene Programme empfangen werden können. Wie die Umfragen beweisen, hören immer mehr Menschen Radio, vor allem jüngere Menschen. Selbst geringste Einschaltzahlen bedeuten immer noch 10 000 Hörer! Gerade wegen der drohenden Versteppung der publizistischen Landschaft durch Zusammenschlüsse von Zeitungen, Nichtversorgung von Regionen wegen zunehmender Vertriebschwierigkeiten, vor allem steigender Kosten, Konzentration auf dem Pressemarkt, wird das vielfältige Hörfunkangebot zusätzliche Nutzung erfahren. Die Einsparungen stehen in keinem Verhältnis zum kommunikationspolitischen Nutzen der vielen Hörfunkprogramme!

Medienpolitik als Hilfe

Rationalisierung ist nötig. Weitere Einsparungen werden praktiziert werden müssen. Bleibt zu hoffen und zu fordern, daß der Rationalisierung keine Leistungen der Rundfunkanstalten zum Opfer fallen, die für die Vielfalt der Medienlandschaft, für die Information des Bürgers über seine Umwelt, für Meinungsbildung und für den Meinungsaustausch unabdingbar sind. Der ganz große Hammer, der Ruf nach Auflösung von Landesrundfunkanstalten, wurde glücklicherweise von verantwortlichen Politikern noch nicht wieder hervorgeholt. Aber manche Rationalisierungsforderungen zielen in die Richtung der Konzentration, obwohl medienpolitisch das Gegenteil angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der Presse richtig wäre.

Rationalisierung in den Rundfunkanstalten ist nötig und möglich. Die Verantwortlichen

sollten aber auch darüber reden, wo das Geld bleibt.

Politiker müssen handeln!

Eines aber ist sicher: Alles Rationalisieren, weder das vernünftige noch das unvernünftige Wegrationalisieren von kommunikationspolitischen Essentials, kann das Milliardendefizit ausgleichen. Am eigenen Haarzopf zog sich und zugleich sein Pferd einst Baron von Münchhausen aus dem Sumpf; keinem Intendanten kann es gelingen, sich und seine Rundfunkanstalt mit eigener Kraft aus dem Finanzsumpf zu ziehen. Die Politiker, die letztlich die Finanzen der Rundfunkanstalten bestimmen, müssen handeln. Wenn eine Gebührenerhöhung noch nicht in Sicht ist, gibt es zunächst drei notwendige Maßnahmen: Billigung von Krediten zur Verminderung der Zahlungsunfähigkeit der Anstalten; großzügige Regelung des Steuerstreits durch Niederschlagung von Forderungen und neue gesetzliche Bestimmungen; Ersatz der durch Gesetze ausfallenden Rundfunkgebühren für sozial Schwache, die allein im Jahr 1974 etwa 125 Millionen DM ausmachen. Im Bereich des Senders Freies Berlin beispielsweise zahlen von 100 Rundfunkteilnehmern nur 80 Gebühren.

Langfristig und mittelfristig wäre eine Gebührenerhöhung nach Vorschlägen einer unabhängigen Kommission, wie sie Heinz Kühn seit Jahren fordert, wie sie der SPD-Parteitag von 1971 beschloß und wie sie die SPD-Medienkommission unter Diether Posser gerade berät, unabwiesbar, und über eine Rationalisierung durch bessere Innenorganisation sollte auch nachgedacht werden, gerade von Politikern, von außen, denn für diesen Fall gilt ganz besonders, daß keinem Intendanten gelingen kann, es dem Baron von Münchhausen nachzutun. Die schlechteste Lösung wäre eine sofortige kräftige Gebührenerhöhung; sie müßte das Gespräch ersticken, das in den Rundfunkanstalten begonnen hat und das von Medienpolitikern weitergeführt werden sollte: das Gespräch über Selbstverständnis, Funktion, optimale Organisation der Anstalten. Eine Gebührenerhöhung ist nötig, aber nicht losgelöst von der längst überfälligen Inneren Rationalisierung.

Jörg Aufermann/Ernst Eiltz: Bildungs- und medienpolitische Perspektiven der Journalistenausbildung

Presse, Rundfunk und Fernsehen sind die wichtigsten Instanzen zur Vermittlung politischer Informationen. Sie allein können kontinuierlich demokratische Bewußtseinsbildung bei den Bürgern betreiben. Mit diesem hehren Anspruch aber kontrastiert oft genug die Wirklichkeit in den Medien – von der Pressekonzentration über Meinungsmonopole bis hin zur mangelhaften Ausbildung für den Journalistenberuf, der mit hoher ethischer und gesellschaftspolitischer Verantwortung beladen ist.

90 Prozent „mangelhaft“

Wer exemplarisch für die vielfältige Medienmalaise die Journalistenausbildung untersucht, wird mit bedrückenden Ergebnissen konfrontiert. Bei Meinungsumfragen geben bis zu 90 Prozent der Zeitungsredakteure und -volontäre ihrer Berufsvorbereitung das Prädikat mangelhaft. Rundfunk und Fernsehen haben die Volontärsausbildung fast ganz eingestellt. Man weiß nicht, wie man ausbilden soll, und fürchtet einen Anspruch der Ausgebildeten auf feste Arbeitsplätze. Und die sind knapp. Angesichts dieser maladen Mediensituation und der Vielzahl interessenbedingter Widerstände wird sich die längst überfällige Verbesserung und Institutionalisierung der Journalistenausbildung unter wissenschaftlichen Vorzeichen an Gesamthochschulen, wie sie unter anderem von der SPD angestrebt wird, nur schrittweise und in enger Anlehnung an einen abgestuften Zielkatalog verwirklichen lassen. Berufliche Mobilität, sozialer Status und Arbeitsplatzsicherheit hängen gerade in einer Phase verstärkter Pressekonzentration nicht zuletzt von der Qualität der Ausbildung ab. Auch die zunehmende Komplexität und Differenzierung innerhalb der beruflichen Tätigkeitsbereiche erfordern eine Anhebung des journalistischen Ausbildungsstandards. Neben dem Erwerb (ressort-)spezifischer Fachkenntnisse muß der angehende Journalist eine sozialwissenschaftliche, speziell kommunikationswissenschaftliche Kompetenz erlangen,

die ihn befähigt, die gesellschaftliche Tragweite und die Konsequenzen seines beruflichen Handelns zu erkennen und Verantwortungsbewußt zu beurteilen.

Die angestrebte Integration der Journalistenausbildung in die Gesamthochschule wird sich nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen, zumal es dabei um neue Ausbildungsinhalte und neue Formen einer Theorie-Praxis-Verbindung geht und nicht um die Erfüllung von Prestigewünschen durch wohlklingende Diplommittel. Kurzfristig kommt es darum darauf an, die herkömmliche Volontärsausbildung durch theorieorientierte Lehr- und Lernveranstaltungen, etwa von gewerkschaftlicher Seite, zu ergänzen. Eine Kooperation mit den bestehenden Hochschulinstanzen für Zeitungswissenschaft und Publizistik, die sich um neue Ausbildungskonzepte bemühen, wäre denkbar und wünschenswert.

Mangel an Bildungsurlaub

Für die meisten Arbeitnehmer in den Medienberufen ist heute noch nicht einmal ein kurzfristiger Bildungsurlaub für den Besuch von Fachseminaren und anderen Fortbildungskursen garantiert. Die Bekenntnisse zur Notwendigkeit journalistischer Fortbildung in den Medienpapieren der Parteien sind bislang unverbindliches Wortgeklingel. Woran es mangelt, sind nicht Reformversprechen, sondern Gesetzentwürfe über den Bildungsurlaub. Spätestens an dieser Forderung erweist sich aber auch, daß eine bessere Journalistenausbildung durch curriculare Pläne und Modelle allein nicht bewirkt werden kann. Der Anspruch auf Fortbildung läßt sich nur politisch durchsetzen – nicht als zusätzliches Privileg für eine Interessengruppe, sondern als ein Stück Gesellschaftsreform.

Es ist fraglich, ob unter den vorherrschenden Produktionsbedingungen in der Presse überhaupt genügend Einsatzmöglichkeiten für hochqualifizierte und auf gesellschaftliche Emanzipation bedachte Journalisten bestehen; denn wo Gedrucktes Profit abwerfen muß, besteht die beste Renditegarantie noch immer in der publizistischen Vernebelungsaktion und in der kalkulierten Bestätigung gängiger Vorurteile. Anpassung an die herrschenden Mei-

Von Aufermann/Eiltz erscheint im Westdeutschen Verlag, Köln, ein Buch unter dem Titel „Ausbildungswege zum Journalismus“.

nungen, d. h. an die Meinungen derer, die in unserer kapitalistischen Industriegesellschaft das Geld und das Sagen haben, wird zumindest in der Presse, vom Lokalblatt bis zur Illustrierten, höher bewertet und honoriert als kritische Haltung.

Doppelstrategie

Um die Gängelung journalistischer Arbeit durch die Profitinteressen einer Verlegerminorität abzuwehren, bedarf es einer wohlüberlegten Doppelstrategie. Einmal müßte durch gesetzliche Regelungen auch in den Verlagen die Parität von Kapital und Arbeit durchgesetzt werden. Das heißt nicht zuletzt: Abschaffung des Tendenzschutzparagraphen (§ 118) im Betriebsverfassungsgesetz. Als beispielhaft kann die kommunikationspolitische Initiative der Wiesbadener Landtagsfraktion der SPD zur Novellierung des Hessischen Pressegesetzes gelten. Danach sollen Änderungen der politischen Linie eines Blattes, jede redaktionelle Kooperation mit anderen Verlagen und alle Personalentscheidungen vom Votum der Redakteure, einschließlich der freien Mitarbeiter, abhängig gemacht werden. Parallel zu solchen politischen Korrektiven könnte dann durch eine fundierte Ausbildung des journalistischen Nachwuchses und durch gezielte Weiterbildung ein qualifiziertes Arbeitnehmerpotential entstehen, das der auch vom Bundesverfassungsgericht mehrfach angesprochenen „öffentlichen Aufgabe“ der Presse gerecht werden kann: d. h. demokratische Öffentlichkeit herstellen, interessenzusammenhänge publizistisch transparent machen und durch Information und Kommentierung zur kritischen Meinungs- und Willensbildung beitragen.

Solche mittelfristigen bildungs- und medienpolitischen Ziele müssen nicht unbedingt illusorisch bleiben, wenngleich politische Initiativen aus jüngster Zeit nicht gerade zum Optimismus berechtigen. So ist z. B. der Entwurf für ein Presserechtsrahmengesetz in der Tendenz mitbestimmungsfeindlich, bestätigt er doch im Grundsatz wie im Detail die Dominanz verlegerischer Entscheidungen und bleibt damit weit hinter den bisherigen Medienkonzepten der Koalitionsparteien zurück.

Wahlfreiheit der Bildung

Bildungsforscher wie Pädagogen sind sich heute darüber einig, daß die Unwägbarkeiten der Bedarfsprognosen und ein kaum kalkulierbarer Wissenszuwachs sich nicht mit einer Detailplanung im Bildungssystem und mithin auch nicht mit einer starren Organisation von im einzelnen festgelegten Studiengängen vertragen. Allein flexible Strukturen könnten es staatlichen Verantwortungsträgern wie Benutzern des Bildungssystems ermöglichen, schnell auf veränderte Situationen zu reagieren. Erstrebenswert wäre ein Bildungssystem, das dem einzelnen während der Erstausbildung und in nachfolgenden Kontaktstudieneinheiten ein Qualifikationsprofil eigener Wahl gestattet.

Die Möglichkeit, zu immer neuen Lernintervallen an die Hochschule zurückzukehren, muß langfristiges bildungspolitisches Planziel sein. Im Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission und im Hochschulrahmengesetzentwurf des Bundes sind Kontaktstudiengänge für Akademiker bereits vorgesehen. Einige Ansätze für kombinierte Theorie- und Praxisphasen und Elemente der Durchlässigkeit sind im tertiären Bereich – wenn auch nur fragmentarisch – vorhanden: Praktika und Referendariate, das Ein-Phasen-Modell im Jurastudium, Übergangsmöglichkeiten von der Fachhochschule in weiterführende Studiengänge innerhalb oder außerhalb der Gesamthochschule, Hochschulzugang ohne Abitur. Solche Erfahrungen könnte gerade eine auf Praxis orientierte Journalistenausbildung sich zu Nutzen machen.

Praxisbezug

Voraussetzung für das Funktionieren flexibler Bildungssysteme ist eine intensive Studienberatung. Aktuelle Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung müssen dem Lernenden jederzeit als Entscheidungshilfen verfügbar sein. Die Unterbrechung des Studiums durch Praxisphasen erleichtert den Einstieg in den Beruf und vermindert die Frustrationen, die derzeit beim Wechsel von theoretischer Ausbildung zu praktischer Tätigkeit nahezu in den meisten akademischen Berufen unvermeidlich sind.

Im Grunde dürfte sich der Praxisbezug für

den angehenden Journalisten nicht auf studienbegleitende Mitarbeit in Redaktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen oder in Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit beschränken. Orientiert an seinem Spezialfach sollte der Student auch den Alltag in jenen Lebens- und Arbeitsbereichen kennenlernen, über die er später einmal schwerpunktmäßig berichten möchte: die Schule, das Theater, das Partei- oder Gewerkschaftsbüro, die Werkhalle und die Verwaltung. Diese enge Verzahnung von Theorie und Praxis wäre eine langfristige Zielsetzung, die freilich nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Bildungspolitik zu erreichen wäre. Gerade hier sind die Hindernisse in der letzten Zeit eher gewachsen.

Der Staat als Bildungsfinanzier und Bildungsorganisator verwendet seine ohnehin knappen finanziellen Ressourcen nicht rationell, er setzt keine überzeugenden politischen Prioritäten im Bildungssystem. Was von einigen Politikern neuerdings als Allheilmittel gegen den Schüler- und Studentenandrang angepriesen wird, ist schlichtweg reaktionär, ein Rückgriff auf elitäres Gedankengut der fünfziger Jahre. Einmal wollen die Kultusminister den Übergang von den Fachhochschulen auf die Universität wieder beschränken. Das heißt, die Chance zur Weiterbildung wird beschnitten. Zum anderen will man — und hier ist der baden-württembergische Kultusminister als Wortführer hervorgetreten — schon beim Eintritt ins Gymnasium wieder feinmaschig sieben. Nach allen pädagogischen Erfahrungen hieße das, gerade den Kindern aus Arbeiter- und Landwirtschaftsfamilien den Zugang zur weiterführenden Bildung wieder und weiter zu erschweren.

Das Prinzip Chancengleichheit ist offenbar kein parteiübergreifendes bildungspolitisches Postulat mehr. Zwangsläufig wird dieser elitäre Neokonservatismus auch die Initiativen zur Journalistenausbildung bremsen. Beispielhaft dafür ist die besonders in Rheinland-Pfalz sich abzeichnende technokratische Reformkonzeption, die allein auf bessere Verwendungsfähigkeit der Medienarbeiter abzielt. Die Koalition zwischen unkritischer Wissenschaft, konservativer Politik und Verlegerinteressen hat Aufwind.

Verlegerinteressen im Aufwind

So nimmt nicht wunder, daß die Ausbildungsfunktion des Universitätsfaches Publizistik — zumindest wenn es sich als kritisch-emanzipatorische Sozialwissenschaft versteht — nicht nur durch die überwiegend kapitalorientierte publizistische Praxis, sondern auch durch Meinungsverschiedenheiten unter maßgeblichen Fachvertretern behindert wird. Es ließen sich genügend Beispiele dafür anführen, wie in dieser Disziplin auf wissenschaftliche Fachkritik und auf weniger konservative Ausbildungskonzepte sogleich mit Diffamierung und Disziplinierungsversuchen reagiert wird. Es geht z. B. nicht an, daß ein Universitätsinstitut das andere aus Institutsegoistischen Gründen und Profilierungsdrang der Fachvertreter bei der Praxis anschwärzt. Das geht vor allem zu Lasten der Studenten, die auf eine praxisorientierte Ausbildung angewiesen sind und Praktikantenplätze in den Medien brauchen.

Allerdings darf man die Publizistikwissenschaft nicht als negativen Sonderfall unter den Universitätsdisziplinen betrachten. Es wiederholt sich in dieser Disziplin nur im kleinen, was für die wissenschaftlichen Hochschulen allgemein und seit langem schon gilt: daß die in gesellschaftspolitischer Verantwortung zu bestimmende und zu nutzende Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit keinesfalls nur durch außeruniversitäre, sondern auch durch hochschulinterne Interessen bedroht wird.

Zwei Irrwege

Gesellschaftspolitische Verantwortung der Wissenschaft muß aber auch verhindern, daß durch neue Ausbildungsordnungen Einbahnstraßen zum Journalismus geschaffen werden. Wer künftig nur noch Diplom-Journalisten das Schreiben und Filmemachen erlauben will, ist genauso borniert wie jene Praxisfetischisten, die einer angeborenen Begabung mehr vertrauen als einer wissenschaftlich fundierten Berufsausbildung.

Will man keinen dieser Irrwege beschreiten, sieht man sich mit vielen klärungsbedürftigen Fragen konfrontiert. Zum einen: Die Wissenschaftler müssen sich mit Berufsverbänden, staatlicher Bildungs- und Hochschulverwaltung (mit ihren übergreifenden Funktionen der

Kontrolle, Aufsicht, Planung und Koordination), insbesondere aber auch im Rahmen der „Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft“ über die allgemeinen Bedingungen praxisorientierter Studienreform für (Massen-)Kommunikationsberufe abstimmen. Es muß geklärt werden, in welcher Hinsicht die Modellversuche und Reformvorhaben ergänzend aufeinander bezogen sein müssen und inwieweit die curricularen Neuerungen über den jeweiligen Erprobungsrahmen hinaus übertragbar sein sollen. Dazu bedarf es der flexiblen Abstimmung zwischen Ausbildungskapazitäten und Arbeitsmarktentwicklungen; zugleich müssen eindeutige Aussagen über die Berufszugangsregelungen getroffen werden. Diese noch weitgehend offenen Fragen können nicht präzise und verbindlich beantwortet werden, solange zwischen den Beteiligten kein hinreichender Konsens über Ziele, Verfahren und Inhalte der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Journalisten besteht.

Zum anderen: Die demokratietheoretische Figur des urteilsfähigen, mündigen Bürgers bleibe schemenhaft, wenn die Kommunikationsmedien und Kommunikatoren nicht die „öffentliche Aufgabe“ erfüllen, über die für die Meinungs- und Willensbildung der Staatsbürger relevanten Ereignisse zu informieren und die Interessen der sozialen Kräftegruppierungen angemessen zum Ausdruck zu bringen. Dies ist das gesellschaftspolitische Grundproblem jeder Reform der Journalisten-ausbildung.

Insofern kommt es darauf an, einen Konsens zu erreichen über

- die Leitziele der Modellversuche und Pläne zur Hochschulausbildung von Journalisten (gesellschafts- und berufspolitische Begründung),
- die Verfahrensgrundsätze der Curriculumentwicklung und Erfolgskontrolle (Evaluation) der Studiengänge,
- die didaktisch-thematischen Mindestanforderungen (allgemeines Anspruchsniveau) an die Studiengänge, d. h. Bestimmung von Wertmaßstäben und Relevanzkriterien für die (Auswahl-)Entscheidungen über die Ausbildungsinhalte und -formen.

Kluft Überwinden

Das alles setzt die Institutionalisierung eines breiten Erfahrungsaustausches voraus, wie er sich als Modell auch für viele andere Bereiche akademischer Ausbildung anbietet, — nicht nur auf der Ebene der Kultusministerkonferenz, sondern vor allem auch zwischen Hochschulinstitutionen und Berufsverbänden. Nur so kann die bestehende Kluft zwischen Publizistikwissenschaft und publizistischer Praxis schrittweise überwunden werden. Gelingt es nicht, diese seit langem bestehende, fragwürdige Trennung zu überwinden, dann läßt sich wohl kaum vermeiden, daß die didaktische Selbstbesinnung des Faches und seine praxisorientierten Ausbildungspläne entweder in hochstaplerische Reformrhetorik oder technokratischen Reformpragmatismus abgleiten. Mit dem Ergebnis, daß auch in der Struktur und im Alltag aller Medien alles so bleibt oder schlimmer wird: mehr Monopole, weniger Meinungsvielfalt, viele überforderte und aus Sorge um ihren Arbeitsplatz auch unkritische Journalisten.

Kurt Brockelmann: Entschädigung für Opfer von Gewalttaten

In verschiedenen Staaten der westlichen Welt — Frankreich, Belgien, Neuseeland, England, Italien, Österreich, in einzelnen Bundesstaaten der USA, Kanadas und Australiens — gibt es sehr weitgehende gesetzliche Regelungen für die Entschädigung des durch eine Straftat Verletzten aus öffentlichen Mitteln. Der Deutsche Bundestag hat im Oktober 1974 einen Entwurf der Bundesregierung über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten behandelt und dem Rechtsausschuß zur Einzelberatung überwiesen.

Wenn der Entwurf der Bundesregierung Gesetz wird, wird die Möglichkeit bestehen, eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die nach der geltenden Rechtsordnung das Opfer von Straftaten trifft, zu beseitigen. Heute ist der von einer Straftat betroffene Bürger völlig machtlos, wenn der Täter unbekannt ist oder nicht aufgegriffen werden kann. Aber auch eine Verurteilung im Strafverfahren hilft dem Opfer meistens nicht: Je länger die Strafe dauert, zu der der Täter verurteilt worden ist, desto geringer ist die Aussicht, jemals Schadenersatzansprüche gegen ihn, der ohne nennenswertes Einkommen in der Vollzugsanstalt seine Strafe verbüßt, durchsetzen zu können. Die materielle Sicherung der minimalen Existenzgrundlage durch Sozialhilfegesetze reicht nicht aus für den, der durch eine Straftat alles verloren hat, was er als seinen Lebensinhalt betrachtet.

Der sozialstaatliche Aspekt des Opferentschädigungsgesetzes ist also von ganz enormer Bedeutung. Mit diesem Gesetz wird Neuland betreten. Seine Bedeutung geht über den eigentlichen Inhalt, daß nämlich materielle Nachteile, die ein unschuldig Opfer einer Gewalttat erleidet, in angemessener Weise auszugleichen sind, hinaus. Der staatliche Gesetzgeber zeigt mit seinem Vorschlag nämlich einmal mehr seine Hinwendung zum sozial Schwachen und Schutzbedürftigen. So gesehen ist das Opferentschädigungsgesetz ein weiterer Beweis für den besonderen Stellenwert, den die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung der Qualität der sozialen Sicherheit einräumt. Dieser Gesichtspunkt des zentralen Interesses sozialdemokratischer Politik an der

sozialen Qualität der Lebensgrundlagen tritt vor alle anderen.

Aber auch der kriminalpolitische Aspekt des Opferentschädigungsgesetzes hat erhebliche Bedeutung. Die Kriminalpolitik wendet sich mit diesem Gesetzgebungsvorschlag dem Opfer einer Straftat zu und erstrebt eine Regelung, die dessen Interessen gerecht werden kann. Die bisher im Bereich der Kriminalpolitik zu registrierende geringe Neigung des staatlichen Gesetzgebers, die Opferrolle zu sehen und für den Betroffenen zu erleichtern, hat sich unlängst mit Deutlichkeit bei der Diskussion um die Frage gezeigt, ob beim Schwangerschaftsabbruch die sogenannte ethische Indikation zur Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches führen soll oder nicht. Zahlreiche gesellschaftlich bedeutsame Kräfte waren — und sind — der Ansicht, daß die Frau als Opfer einer Vergewaltigung zusätzlich noch mit Strafe zu belegen sei, wenn sie den Abbruch der ihr durch ein Sittlichkeitsdelikt aufgezwungenen Schwangerschaft vornimmt oder zuläßt. Allerdings zeigen in diesem Fall die Beschlüsse des Deutschen Bundestages zur Änderung der den Schwangerschaftsabbruch betreffenden Strafbestimmungen, daß bei kriminalpolitischen Entscheidungen jetzt auch die Situation des Opfers einer Straftat Berücksichtigung finden soll. Diese Tendenz setzt sich fort und findet ihren bisher sichtbarsten Ausdruck im Opferentschädigungsgesetz.

Die Entwicklung trägt praktischen Notwendigkeiten Rechnung. Das zeigen zwei schon beispielhaft zu berichtende Fälle, in denen die Opfer jeweils ohne angemessene Entschädigung blieben.

Eines Abends wurde vor ihrer Haustüre eine junge Frau von einem fremden Mann gepackt und mit einer Pistole bedroht. Der Mann näherte sich der Frau dabei gewaltsam. Als diese sich zur Wehr setzte, schlug ihr der Angreifer mehrfach heftig mit der Waffe ins Gesicht. Die Frau brach schwerverletzt zusammen, nachdem sie mehrere Knochenbrüche im Gesicht erlitten hatte. Sie mußte sechs Monate lang zahlreiche chirurgische Eingriffe über sich ergehen lassen. Da die Krankenkasse sich weigerte, für die Operationskosten aufzukommen, mußte sie diese selber tragen. Der Täter

wurde nicht ermittelt; darum konnte sie auch Vermögensverluste, die ihr durch Arbeitsausfall entstanden waren, nicht ausgleichen.

Die Mutter zweier Kinder wurde von einem jungen Freund ihres Ehemannes mit Schlägen übel zugerichtet, vergewaltigt und hilflos im Schnee liegengelassen. Sie wurde erst nach 48 Stunden halberfroren gefunden und schwebte wochenlang in Lebensgefahr. Beide Beine mußten ihr amputiert werden. Sie ist nun halbseitig gelähmt und auf fremde Hilfe angewiesen. Ihre Ehe ist gescheitert. Die Sozialhilfebehörden sind für sie „zuständig“. Der Täter wurde zwar ergriffen und zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren verurteilt. Für die Entschädigung des Opfers hat er nichts getan; er konnte wegen Vermögenslosigkeit wirksame Entschädigung auch gar nicht leisten.

Der italienische Rechtsphilosoph Del Vecchio wußte bereits im Jahre 1944 sehr exakt, worum es bei der Entschädigung des Opfers von Gewalttaten geht: „Als eine Störung, die nicht nur den geschädigten Einzelnen, sondern alle Glieder derselben Rechts- und Sozialordnung angeht, stellt das Verbrechen für alle eine Mahnung und, in einem gewissen Sinne, ein Sühneopfer dar. Die Mahnung aber ist um so gewichtiger und verlangt eine um so nachdrücklichere Beachtung, je weniger es möglich ist, von dem Schuldigen den unmittelbaren Ersatz des Schadens zu erlangen. Es ist nicht unangebracht, dann an eine Art Ersatzpflicht zugunsten der Verbrechensoffer zu denken, die in einem solchen Fall auf der Gesellschaft (und auf dem Staat, der sie verkörpert) lastet. Wenn es auch im gegenwärtigen Abschnitt der gesellschaftlichen, rechtlichen Entwicklung übertrieben erscheint, hier von einer Ersatzpflicht im eigentlichen Sinne zu sprechen, so kann man wenigstens eine Verpflichtung zur Hilfeleistung annehmen, in der sich zugleich die Anerkennung des Schuldanteils an dem Geschehen der Straftat ausdrückt, der die ganze Gesellschaft trifft.“

Der Entwurf eines Opferentschädigungsgesetzes sieht vor, daß Opfer vorsätzlicher Gewalttaten und ihre Hinterbliebenen wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesver-

sorgungsgesetzes erhalten sollen. Zusätzlich kann in Härtefällen ein begrenzter Ausgleich für Sachschäden gewährt werden, soweit der Betroffene anderweitig keinen Ersatz erlangen kann.

Die Entscheidung des Gesetzentwurfs, auch u. U. reine Vermögensschäden auszugleichen, kann zu praktisch unbilligen Entscheidungen führen. Es kann nämlich von vornherein keine ausgemachte Sache der Allgemeinheit sein, Großverdienern den Bestand ihres Vermögens und Einkommens zu erhalten.

Vieles spricht auch dafür, keine starre Grenze festzulegen, wenn es darum geht, die Frage zu lösen, ob auch Taten, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begangen worden sind, Anlaß für eine Entschädigung des Opfers sein können oder nicht. Wählt man nämlich einen festen Termin, ohne gleichzeitig ein Ventil — etwa in Form einer Billigkeitsregelung — zu schaffen, ist abzusehen, daß es zu Entscheidungen kommen muß, die als ungerecht anzusehen sein werden. Die Problematik gleicht insofern der sehr vieler Gesetze, die den Ausgleich sozial unbilliger Härten bezwecken. So ist man etwa beim Vollzug des Gesetzes über die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafverfolgungsmaßnahmen in einzelnen Fällen nicht umhin gekommen, über die in dem Gesetz vorgesehenen Ansprüche hinaus weitere Entschädigungen unter Billigkeitsgesichtspunkten zu gewähren. So hat etwa der „Fall Meinberg“ den Landtag von Nordrhein-Westfalen veranlaßt, eine weitere Entschädigung aus Billigkeitsgründen zu geben.

Einige Bestimmungen im Opferentschädigungsgesetz führen dazu, daß Doppelentschädigungen des Verletzten verhindert werden. Das ist sinnvoll. Diese Vorschriften treffen jedoch nur die Fälle mehrerer Ansprüche, die der Verletzte gegen die öffentliche Hand geltend machen kann. Etwas anderes gilt für Ansprüche, die er aufgrund eigener Leistungen, etwa privater Versicherungsverträge, erlangt hat. Hier stellt sich die Frage, ob nicht Ansprüche gegen eine Versicherung aufgrund privater Versicherungsverträge zumindest zum Teil auf die nach dem Opferentschädigungsgesetz zu gewährenden Leistungen anrechenbar sein müßten. Denn die Opferentschädi-

gung soll nicht so etwas wie einen „Ehrensold“ gewähren. Sie hat keinen anderen Zweck als den, die infolge einer Straftat entstandenen Nachteile auszugleichen, und zwar in dem Maße, daß soziale Härten ausgeschlossen sind.

Die in Großbritannien geltende Regelung sieht vor, daß die Frage der Entschädigung bei Anträgen, die auf eine Vergewaltigung oder sexuelle Angriffe zurückgehen, auch im Hinblick auf „Schmerz, Leiden und Schock“ zu prüfen ist. Der Entwurf des Opferentschädigungsgesetzes versagt die Zubilligung eines Schmerzensgeldes. Diese gesetzliche Regelung ist fragwürdig. Die Presseberichte über die unter den Folgen eines tätlichen Angriffs leidenden Opfer von Straftaten erregen besonders dann zu Recht Mitgefühl, wenn es sich um sogenannte „Salzsäureattentate“ oder tätliche Angriffe anderer Art mit besonders schweren Folgen handelt, die zu nicht zu beseitigenden oder doch nur nach vielen schmerzhaften Operationen annähernd korrigierbaren Entstellungen oder Körperbehinderungen führen. Hier sollte man dem Grundsatz Rechnung tragen, daß höchstpersönliche Rechtsgüter wie Ehrgefühl und seelisch-körperliches Wohlbefinden ebenso entschädigungsfähig zu sein haben wie materielle Rechtsgüter. Wenn die gesetzliche Regelung zum Inhalt hätte, daß im Falle der den Geschädigten besonders belastenden und nachteiligen Verletzung des Körpers auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangt werden könnte, wäre sichergestellt, daß zumindest in wirklich gravierenden Fällen ein Schmerzensgeld gezahlt werden könnte.

Wichtig ist vor allen Dingen aber, daß der Entwurf des Opferentschädigungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode, also bis zum Herbst 1976, verabschiedet wird.

Julii

1. 7. Der neue Bundespräsident Walter Scheel wird auf einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat vereidigt. Gleichzeitig wird der bisherige Bundespräsident Gustav Heinemann verabschiedet.

3. 7. US-Präsident Richard Nixon beendet seinen Besuch in der Sowjetunion mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Einschränkung unterirdischer Atomversuche und eines Zusatzprotokolls zum SALT-Vertrag 1972. Auf diesem Gipfeltreffen kommt es zwischen den USA und der Sowjetunion jedoch nicht zu einer Einigung über die Begrenzung der Raketen mit Mehrfachsprengkörpern (MIRV). Henry Kissinger, US-Außenminister, der für einige Stunden in der Bundesrepublik weilte, unterrichtet Außenminister Genscher über den Verlauf der Moskauer Gespräche.

4. 7. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erhard Eppler, tritt von seinem Amt zurück. Grund: Trotz Eplers Bemühungen, die von Bundeskanzler Schmidt auf der Weltwährungskonferenz im September 1973 offiziell zugesagte Verdoppelung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe bis 1978 auch durchzuführen, schließt sich das Kabinett den Strelchungsvorschlägen von Finanzminister Apel an.

5. 7. Während eines viertägigen Besuches in der Bundesrepublik vereinbaren der ägyptische Außenminister Fathi und Bundesaußenminister Genscher im Rahmen der deutsch-ägyptischen Kommission eine deutsche Kapitalhilfe von rund 500 Millionen Mark zum Wiederaufbau und der Industrialisierung Ägyptens.

7. 7. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Sonderminister Egon Bahr wird zum neuen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt.

Der IG Metall-Vorsitzende Eugen Loderer wird auf dem fünf Tage dauernden Kongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes einstimmig für die nächsten drei Jahre als IMB-Präsident bestätigt. Zum Generalsekretär wird Herman Rehban von der US-Automobilarbeitergewerkschaft gewählt. Außerdem verabschiedet der Kongreß eine Resolution, in der eine gewerkschaftliche Strategie gegen die multinationalen Konzerne mit sinnvoller Arbeitsteilung der nationalen Gewerkschaften gefordert wird.

8. 7. Der jugoslawische Staatspräsident Tito trifft zu einem viertägigen Staatsbesuch in Bukarest ein. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem rumänischen Regierungschef Ceausescu stehen die Entspannungspolitik, die Konferenz der blockfreien Länder in Algier, die Weltrohstoffkonferenz der Vereinten Nationen, Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie des Nahen Ostens.

Bundeskanzler Schmidt und der französische Staatspräsident d'Estaing sowie die Außen- und Innenminister beider Regierungen treffen in Bonn zu einer zweitägigen „Arbeitsitzung“ zusammen. Im Mittelpunkt des deutsch-französischen Konsultationstreffens stehen Gespräche über die Lage und Zukunft Europas.

9. 7. Ministerpräsident Pierre Elliot Trudeau wird durch die vorzeitigen Wahlen zum Unterhaus des kanadischen Parlaments für weitere vier Jahre in seinem Amt

bestätigt. Mit 140 von insgesamt 264 Mandaten verfügt die liberale Partei über die absolute Mehrheit.

12. 7. Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat lehnt zum zweiten Mal das Gesetz über ergänzende Sozialmaßnahmen zur Reform des Strafrechtsparagrafen 218 ab. Diese Mehrheit blockiert auch das Heimarbeitergesetz, das bestimmten Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern die Tariffähigkeit eröffnen soll. Der Bundesrat stimmt jedoch der Lebensmittelrechtsreform zu, die einen umfassenden Verbraucherschutz gegen Fremdstoffe in Lebensmitteln, Putzmitteln und anderen Gebrauchsgegenständen und ein Verbot der Tabakwerbung durch Rundfunk und Fernsehen enthält.

13. 7. Oberst Vasco Goncalves wird zum neuen Ministerpräsidenten von Portugal ernannt und tritt damit die Nachfolge des am 9. Juli zurückgetretenen Ministerpräsidenten Carlos da Palma an. Das ist das Ergebnis tagelanger Bemühungen um die Überwindung der Regierungskrise in Portugal, in der sich die Bewegung der Streitkräfte gegen die Vorstellungen von Staatschef Antonio de Spínola durchgesetzt hat.

15. 7. Die griechisch geführte Nationalgarde unternimmt auf Zypern einen Putsch, bei dem es zu schweren Kämpfen in Nikosia und anderen Städten kommt. Nachfolger des seit dem blutigen Umsturz verbannten Staatspräsidenten Erzbischof Makarios wird der griechenlandfreundliche extremistische Zeitungverleger Nikos Sampson. Der Putsch führt zu ersten Auseinandersetzungen zwischen den NATO-Ländern Türkei und Griechenland, die beide ihre Truppen in Alarmbereitschaft versetzen.

17. 7. Außenminister Genscher empfängt in Bonn den polnischen Botschafter zu einem ausführlichen Meinungsaustausch. Im Mittelpunkt der Gespräche steht das ungelöste Problem der Aussiedlung deutschstämmiger Einwohner Polens.

Das Kabinett verabschiedet den Entwurf eines „Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelrechts“, der eine wesentliche Verschärfung der Kontrolle im gesamten Arzneimittelbereich vorschreibt.

18. 7. Koalition und Opposition kommen in einem Spitzengespräch bei Bundeskanzler Schmidt zu einer Einigung über die Einkommensteuerreform. Kernpunkt der Einigung ist die prinzipielle Beibehaltung des Abzugs der Sonderausgaben von dem zu versteuernden Einkommen als Bemessungsgrundlage. Ab 1. 1. 1975 wird die einkommen- und steuermindernd geltend zu machende Höchstgrenze pro Person auf 1800 DM angehoben.

In Lissabon vereidigt Staatspräsident Spínola die neue Regierung Portugals, der u. a. Regierungschef Goncalves, Sozialministerin Maria de Lourdes Pontanillo, KP-Generalsekretär Alvaro Cunhal als Minister ohne Geschäftsbereich und der Sozialistenführer Mario Soares als Außenminister angehören. Im Mittelpunkt des neuen Regierungsprogramms steht die Demokratisierung des Landes gemäß dem Programm der Bewegung der Streitkräfte. Das außenpolitische Hauptziel soll die Entkolonialisierung der Afrika-Kolonien Guinea-Bissau, Angola und Mozambique sein.

19. 7. Bundesaußenminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Chnoupek tauschen in Bonn die Ratifikationsurkunden des deutsch-tschecho-

slowakischen Normalisierungsvertrages aus. Damit tritt der Normalisierungsvertrag zwischen Bonn und Prag als letzter der Ostverträge in Kraft. Er war am 11. Dezember in Prag vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt unterzeichnet worden.

20./21. 7. Türkische Truppen intervenieren auf Zypern. Die blutigen Kämpfe auf der Mittelmeerinsel verstärken sich. Der Welticherheitsrat der Vereinten Nationen fordert Athen und Ankara zum sofortigen Waffenstillstand auf. Die Garantiemächte Großbritannien, Griechenland und die Türkei werden von Washington, der NATO und der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, unverzüglich in London Verhandlungen aufzunehmen.

22. 7. Obwohl sich die Türkei und Griechenland unter massivem Druck der Großmächte zu einem Waffenstillstand auf Zypern bereit erklären, halten in einigen Teilen der Insel die blutigen Kämpfe an.

23. 7. Die vom Militär gestützte griechische Regierung unter Ministerpräsident Adamantios Androutsopoulos tritt zurück.

Glaukos Klerides, enger Mitarbeiter von Makarios, wird acht Tage nach dessen Sturz als neues Staatsoberhaupt Zyperns vereidigt. Nikos Sampson war zurückgetreten.

24. 7. Griechenland wird nach siebenjähriger Militärregierung wieder von einem zivilen Kabinett regiert. Neuer Ministerpräsident der „Regierung der nationalen Einheit“ ist nach 11jährigem Exil der ehemalige Regierungschef Konstantin Karamanlis. Die eifköpfige neue Regierung setzt sich aus Politikern der konservativen Rechten und des Zentrums sowie Experten zusammen.

Bundesaußenminister Genscher nimmt in Washington politische Gespräche mit der amerikanischen Regierung auf. Durch die Zypernkrise rücken Fragen der Zusammenarbeit im nordatlantischen Bündnis in den Vordergrund. Ebenfalls ein sehr wichtiges Thema sind die Auseinandersetzungen um die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin, gegen die die DDR heftig protestiert hat, da sie deren Meinung nach gegen den Grundvertrag verstößt.

25. 7. Staatsoberhaupt Nikolai Podgorny und Ministerpräsident Alexej Kosygin, die beiden führenden Männer des Regierungsapparates werden von dem am 16. Juni gewählten sowjetischen Parlament — dem Obersten Sowjet — für weitere vier Jahre in ihren Ämtern bestätigt.

26. 7. Der 1972 inhaftierte und später in die Bundesrepublik ausgewiesene griechische Staatsrechtler Georgios Mangakias wird von Ministerpräsident Karamanlis zum Staatsminister beim Ministerpräsidenten ernannt.

29. 7. Erich Kästner, einer der bedeutendsten deutschen Schriftsteller, stirbt im Alter von 75 Jahren in München. Er war zehn Jahre lang Präsident des deutschen PEN-Clubs.

30. 7. Die drei Garantiemächte für Zypern — Griechenland, die Türkei und Großbritannien — einigen sich in Genf nach zähen Verhandlungen grundsätzlich auf ein Waffenstillstandsabkommen für Zypern.

August

4. 8. Zum Abschluß eines dreitägigen Besuchs von UN-Generalsekretär Kurt Waldheim in Lissabon geht aus einer UN-Erklärung hervor, daß Portugal das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für alle seine Überseegebiete — auch die Kapverdischen Inseln und die Inselgruppe von Sao Tomé im Golf von Guinea anerkennt.

5. 8. In die Auseinandersetzungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wegen der Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin schalteten sich die Westmächte ein. Sie protestieren im sowjetischen Außenministerium gegen die DDR-Behinderungen auf den Transitwegen und weisen die Sowjetunion auf ihre Verantwortlichkeit für einen ungehinderten Durchgangsverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin hin.

8. 8. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Richard Nixon, tritt zurück. Damit hat nach über zweijähriger Dauer der Watergate-Skandal sein prominentestes Opfer gefordert.

9. 8. Gerald Ford wird als Präsident der USA verabschiedet. Er gibt bekannt, daß er die Entspannungspolitik Richard Nixons fortsetzen wird. Henry Kissinger bleibt Außenminister.

12. 8. Die portugiesische Regierung ersucht beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um die sofortige Anerkennung von Guinea-Bissau und die Aufnahme dieser afrikanischen Republik in die Weltorganisation.

14. 8. Auf Zypern brechen die Kämpfe wieder aus. Türkische Truppen bringen mit starken militärischen Kräften den Nordteil der Insel unter ihre Kontrolle.

16. 8. Die Türkei gibt bekannt, daß auf Zypern Waffenstillstände herrschen. Die Waffenstillstandslinie soll sich von Famagusta über Nikosia nach Lefka ziehen, womit der nördliche Teil der Insel unter türkischer Militärherrschaft steht.

19. 8. Der US-Botschafter in Zypern, Rodger Davis, wird von demonstrierenden griechischen Zyprioten in Nikosia erschossen. Die antiamerikanische Welle in der griechischsprachigen Welt findet damit einen Höhepunkt.

In Bukarest wird die Weltbevölkerungskonferenz eröffnet. Im Mittelpunkt der zweiwöchigen Konferenz stehen Fragen der Familienplanung und der Geburtenkontrolle sowie ein Aktionsplan für die Weltbevölkerung, für den der UN-Generalsekretär einen Entwurf vorgelegt hat.

20. 8. US-Präsident Gerald Ford ernannt Nelson Rockefeller, den früheren republikanischen Gouverneur des US-Bundesstaates New York, zum Vizepräsidenten.

26. 8. Portugals Außenminister Soares und Major Pedro Pires als Vertreter der „Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln“ (PAIGC) unterzeichnen ein Abkommen über die Unabhängigkeit der bisherigen portugiesischen Besitzung Guinea-Bissau.

28. 8. Der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion entbindet Karl Wienand von den Pflichten eines Parlamentarischen Geschäftsführers.

September

1. 9. Italien erhält von der Bundesrepublik einen Kredit in Höhe von rund 5,2 Milliarden DM und verpflichtet dafür als Sicherheit etwa ein Sechstel seiner Goldreserven. Das vereinbart Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem italienischen Ministerpräsidenten Rumor während einer Zusammenkunft am Comer See.

Der griechische Außenminister Mavros wirft den USA vor, hinter dem Athener Militärputsch von 1967 gestanden zu haben. Außerdem hält er Washington vor, die türkische Invasion auf Zypern nicht verhindert zu haben, obwohl es dazu in der Lage gewesen wäre. Unterdessen erklärt der griechische Ministerpräsident Karamanlis in einem Schreiben an US-Präsident Ford, daß Griechenland seine Truppen aus der NATO zurückziehen werde, aber politisch Mitglied in dem Verteidigungsbündnis bleibe.

2.—3. 9. Bundeskanzler Schmidt trifft in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing zusammen. Im Vordergrund der Gespräche stehen Überlegungen, wie Frankreich und die Bundesrepublik der EG neue Impulse geben könnten. Nach seiner Rückkehr gibt Schmidt bekannt, daß es noch in diesem Jahr zu einem europäischen Gipfeltreffen kommen werde.

2. 9. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl reist zu einem zehntägigen Besuch in die Volksrepublik China.

4. 9. Die USA und die DDR nehmen diplomatische Beziehungen auf. Ursprünglich sollte das Abkommen bereits Ende Juli unterzeichnet werden. Wegen des Streites um das Umweltbundesamt in West-Berlin hatte Washington den Schritt jedoch verschoben.

Die Jahreskonferenz des britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) stimmt für den „sozialen Kontrakt“ mit der Labour-Regierung. Die angeschlossenen Verbände verpflichten sich damit, als Gegenleistung für die soziale Politik der Regierung und ihre gewerkschaftsfreundliche Gesetzgebung keine Lohnforderungen zu stellen, die das Ausmaß der hohen Inflation übersteigen.

6. 9. Der amtierende FDP-Vorsitzende Genscher weist die vom DGB-Vorsitzenden Vetter erhobene Forderung zurück, die Investitionsentscheidungen großer Unternehmen sollten genehmigungspflichtig gemacht werden. Derartige Forderungen seien geeignet, die Investitionsbereitschaft zu beeinträchtigen und Arbeitsplätze zu gefährden.

7. 9. Einen Tag nach der Vereinbarung zwischen Portugal und der Frelimo-Unabhängigkeitsbewegung, Mozambique im Juni nächsten Jahres die volle Unabhängigkeit zu geben, beginnen Weiße in Laurenco Marques, der Hauptstadt von Mozambique, einen Aufstand. Die Aufständischen, die sich „Bewegung des Volkes von Mozambique“ nennen, bringen den Rundfunksender, den Flughafen und verschiedene öffentliche Gebäude in ihre Gewalt.

8. 9. US-Präsident Ford gewährt seinem wegen des Watergate-Skandals zurückgetretenen Vorgänger Richard Nixon eine „volle, bedingungslose und absolute Amnestie“. Mit diesem Schritt will Ford einen Schlußstrich unter eine „amerikanische Tragödie“ setzen, durch die Nixon gegangen sei und „in der wir alle eine Rolle spiel-

ten". Nixon und seine Familie hätten „genug gelitten“. Die Entscheidung Fords stürzt die USA über Nacht in eine erbitterte Diskussion.

9. 9. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärt, daß es im Zusammenhang mit dem Fall Guillaume keine Differenzen zwischen ihm als Kanzler und dem damaligen Innenminister Genscher gegeben habe. Brandt tritt damit der Unruhe entgegen, die eine von ihm geplante Buchveröffentlichung mit Einzelheiten über die Hintergründe seines Rücktritts als Kanzler ausgelöst hatte.

Aus Protest gegen den Beschluß von US-Präsident Ford, seinem Vorgänger Nixon im Watergate-Skandal absolute Amnestie zu gewähren, tritt der Pressesprecher des Weißen Hauses, Terhorst, zurück. Er könne den Gnadenersuch für Nixon nicht glaubwürdig verteidigen, da es keine Gnade für diejenigen gäbe, die den Kriegsdienst in Vietnam aus Gewissensgründen verweigert hätten. Auch die ehemaligen Mitarbeiter Nixons, die in die Watergate-Affäre verwickelt seien, hätten keine Amnestie erhalten.

Die Bundesrepublik will Griechenland eine Kapitalhilfe in Höhe von 180 Millionen DM gewähren. Außerdem unterstützt sie den Wunsch der Athener Regierung, bereits innerhalb der nächsten 5 Jahre Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden. Dies sichert Außenminister Genscher seinem griechischen Kollegen Mavros bei dessen zweitägigem Bonn-Besuch zu.

10. 9. Als erste der Afrika-Kolonien Portugals wird Guinea-Bissau nach 530 Jahren Kolonialherrschaft unabhängig. In Mozambique bricht die Rebellion weißer Siedler zusammen. Aus den Vororten und Armutsvierteln der Hauptstadt Laureco Marques werden schwere Unruhen unter der schwarzen Bevölkerung gemeldet.

11. 9. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen, vor allem in der Bauwirtschaft, beschließt das Bundeskabinett eine Finanzspritze von 900 Millionen DM. Damit soll die Wirtschaft in gefährdeten Gebieten angekurbelt werden, in denen die Arbeitslosenquote über 2,3 Prozent liegt.

12. 9. Nach 44jähriger Herrschaft wird Kaiser Haile Selassie von Äthiopien vom Militär gestürzt und festgenommen. Als neuen Regierungschef setzt das Militär den bisherigen Verteidigungsminister General Haman Michael Andom ein. Bereits seit Monaten war der Kaiser immer mehr entmachtet worden. In den letzten Tagen wurde dem Kaiser vorgeworfen, er habe das Land um riesige Summen betrogen und Milliardenbeträge ins Ausland geschafft.

13. 9. Betriebsrenten sollen auch bei Firmenpleiten abgesichert sein. Ein entsprechendes Gesetz für die betriebliche Altersversorgung wird am 1. Januar 1975 in Kraft treten. Eine betriebliche Altersversorgung besitzen derzeit 12 Millionen Arbeitnehmer.

Schwerwiegende Verdachtsmomente gegen den Kanzler-Spion Guillaume tauchten beim Verfassungsschutz bereits im Mai 1973 auf. Dies erklärt Verfassungsschutz-Präsident Nollau vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß des Bundestages. Er schränkt jedoch ein, daß man keinen sicheren Beweis gehabt hätte. Tags zuvor hatte der damalige Kanzleramtsminister Ehmeke vor demselben Gremium erklärt, der Verfassungsschutz habe

keinerlei Bedenken gegen den später als Spion entlarvten Guillaume erhoben.

14. 9. In Paris treffen sich die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft. Erörtert wird eine Vielfalt von Themen, so z. B. die energiepolitische Situation, die Zahlungsbilanzdefizite der Mitgliedsländer und der Europäische Währungsfonds. Die Regierungschefs einigen sich darauf, sich künftig drei- bis viermal pro Jahr zu treffen.

Der ehemalige amerikanische Präsident Nixon oder sein damaliger außenpolitischer Berater Henry Kissinger haben sich 1970 über Bedenken des Außenministeriums und des Geheimdienstes CIA hinweggesetzt und die Bereitstellung von rund einer Million Dollar angeordnet, um die Wahl Allendos zum Präsidenten Chiles zu verhindern. Das telt ein früherer hoher Geheimdienstbeamter mit. Der Beamte bestätigt auch Berichte, denen zufolge das Weiße Haus eine internationale konzentrierte Kampagne zur Untergrabung der Kreditwürdigkeit der Allende-Regierung betrieben habe.

15. 9. In Hannover findet der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Der Vorsitzende Eugen Loderer und der gesamte geschäftsführende Vorstand werden ohne Gegenkandidaten wiedergewählt. Der Kongreß faßt eine Reihe wichtiger Beschlüsse. So lehnen die Delegierten den Mitbestimmungskompromiß der Bonner SPD/FDP-Koalition ab und fordern eine Mitbestimmungsregelung, die mindestens der geltenden Montan-Mitbestimmung entspricht und die die volle Parität von Kapital und Arbeit gewährleistet. Ferner fordert der Kongreß verstärkte wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates zur Vermeidung von „preis- und investitions-politischen Fehlentwicklungen“. Scharf grenzt sich der Kongreß gegen Extremisten ab. Der Gewerkschaftsvorstand kann künftig Mitglieder ohne Untersuchungsverfahren ausschließen, wenn sie „einer gegnerischen Organisation angehören oder sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen“. Aufsehen erregt Loderer, als er in seiner Grundsatzrede eine strengere Lenkung privater Investitionen zur Bewältigung kommender wirtschaftlicher Probleme fordert. Gesamtwirtschaftlich bedenkliche oder sinnlose Vorhaben müßten gebremst, notfalls auch verboten werden. Im allgemeinen solle jedoch die letzte Entscheidung bei den Unternehmern bleiben.

16. 9. Während das Europäische Parlament in Luxemburg über die Lage der Landwirte in der EG debattiert, zeigen Zehntausende von Bauern in vielen Ländern Europas durch Demonstrationen und Grenzblockaden ihren Unmut über ihre schlechte wirtschaftliche Lage.

US-Präsident Ford entscheidet sich zu einer bedingten Amnestie für die ca. 30 000 Amerikaner, die während des Vietnam-Krieges den Wehrdienst verweigert haben oder nach der Einberufung desertiert sind. Bedingungen: ein „Treue-Eid“ und ein zweijähriger ziviler Ersatzdienst.

17. 9. Der amerikanische Präsident Gerald Ford befürwortet öffentlich den Einsatz des Geheimdienstes CIA mit dem Ziel, „zur Durchsetzung der Außenpolitik beizutragen und die nationale Sicherheit zu schützen“. Mit dieser Zielsetzung rechtfertigt er die finanzielle Zuwei-

eungen der CIA an Gegner des vor einem Jahr gestürzten chilenischen Präsidenten Allende. Ford versichert jedoch, daß der Geheimdienst der USA am Putsch der Streitkräfte gegen Allende nicht beteiligt gewesen sei.

18. 9. „Am Sparen führt kein Weg vorbei“, erklärt Bundesfinanzminister Apel bei der Einbringung des Bundeshaushalts 1975 im Bundestag. Gleichzeitig warnt Apel davor, den Zwang zur Sparsamkeit in Reformunwilligkeit umzumünzen. Das Volumen des Haushaltes liegt mit 153,95 Milliarden Mark um 8,7 Prozent über dem des laufenden Jahres, wobei die Neuverschuldung in Höhe von 15,6 Milliarden DM allerdings mehr als doppelt so hoch ist wie im Haushalt 1974.

20. 9. Nach einer Entscheidung der EG-Agrarminister sollen die Bauern ab 1. Oktober 5 Prozent mehr für ihre Erzeugnisse bekommen. Bundesernährungsminister Ertl stimmt der Entscheidung nur unter Vorbehalt zu.

Der frühere Kanzler Willy Brandt ist vom damaligen Innenminister Genscher „nur vage“ über die Verdachtsmomente gegen den Kanzlerreferenten Guillaume unterrichtet worden. Andererseits fühlt sich Genscher vom Präsidenten des Verfassungsschutzes, Nollau, nur teilweise unterrichtet. Das ergeben die Aussagen Brandts und Genschers vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages.

In Mozambique übernimmt die Befreiungsbewegung Frelimo offiziell die Regierungsgewalt. In der Übergangszeit bis zur vollen Unabhängigkeit im Juni nächsten Jahres wird die Regierung zu Zweidrittel von der Frelimo und einem Drittel von den Portugiesen gestellt.

22. 9. Auf dem Landesparteitag der Hamburger SPD verurteilt Helmut Schmidt in scharfer Form zu umfangreiche theoretische Diskussionen innerhalb der SPD. Er spricht von einer mangelhaften Selbstdarstellung der Partei und fordert die Delegierten auf, in die Betriebe zu gehen und zu hören, worüber die Menschen reden, statt allein theoretische Bekenntnisse abzulegen.

23. 9. In seiner ersten Rede als Außenminister vor der UNO bekräftigt Hans-Dietrich Genscher die Politik des Gewaltverzichts und der Selbstbestimmung durch die Bundesrepublik.

24. 9. Der Finanzplanungsrat von Bund, Ländern und Gemeinden beschließt eine Aufstockung des Sonderprogramms für vorbeugende Maßnahmen gegen ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in besonders gefährdeten Gebieten von 900 auf 950 Millionen DM. Aus den Mitteln soll vor allem der nichtprivate Hochbau profitieren.

25. 9. Die Bundesregierung verweigert der am 20. 9. von den EG-Agrarministern ausgehandelten fünfprozentigen Agrarpreiserhöhung die Zustimmung. Sie wird ihr nur dann zustimmen, wenn die übrigen EG-Mitgliedstaaten befriedigende Erklärungen über den Abbau ihrer eigenen nationalen Maßnahmen abgeben. Die Bonner Entscheidung löst unter den EG-Partnern und den deutschen Bauern große Unruhe aus.

26. 9. Die Fünf-Tage-Woche mit 40 Arbeitsstunden, der Acht-Stunden-Tag, die Verlängerung des Jahresurlaubs und der Ausbau der gesundheitlichen Betreuung für die 1,5 Millionen Jugendlichen, die im Erwerbsleben stehen — das sind die Ziele des Entwurfs zu einem

neuen Jugendarbeitsschutzgesetz, den Bundesarbeitsminister Arendt dem Bundestag vorlegt.

27. 9. Wenige Tage vor dem 25. Jahrestag ihrer Gründung streicht die DDR die Begriffe „deutsche Nation“ und „deutsches Volk“ aus ihrer Verfassung. Auf einstimmigen Beschluß der Volkskammer in Ost-Berlin wird auch der Artikel 8 entfernt, in dem das Streben der DDR nach Überwindung der „der deutschen Nation vom Imperialismus aufgezwungenen Spaltung“ zur schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel ihrer Vereinigung betont war. Künftig nennt sich die DDR „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“.

30. 9. Auf dem Höhepunkt der schwersten innenpolitischen Krise seit dem Putsch im April in Portugal tritt Präsident Spínola zurück. Seine Nachfolge tritt der ehemalige portugiesische Generäleabschef Costa Gomes an. Damit behält die „Bewegung der Streitkräfte“, die für den Putsch im April verantwortlich ist, die Oberhand gegenüber dem konservativen Spínola und Anhängern des gestürzten Regimes.

Oktober

1. 10. Auf dem FDP-Parteitag wird der bisherige stellvertretende Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher als Nachfolger Walter Scheels zum Parteivorsitzenden gewählt. In einer Kampfabstimmung um den dadurch freiwerdenden Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden setzt sich Bundeswirtschaftsminister Friderichs gegen BundesInnenminister Malhofer durch. Die beiden anderen Stellvertreter, Wolfgang Mischnick und Hildegard Hamm-Brücher, werden in ihren Ämtern bestätigt.

2. 10. Auf einer Festveranstaltung zum 25jährigen Bestehen des OGB hebt Bundeskanzler Schmidt die Bildung von Einheitsgewerkschaften „als Großtat der jüngeren deutschen Sozialgeschichte“ hervor. Der OGB-Vorsitzende Vetter wendet sich gegen den „diskriminierenden Vorwurf“, seine Gewerkschaft strebe einen Gewerkschaftsstaat an. Vetter: „Wir wollen keinen Gewerkschaftsstaat, so wenig wie wir einen Unternehmerstaat wollen. Wir wollen den sozialen Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz verlangt.“

3. 10. In der Auseinandersetzung um die Erhöhung der Agrarpreise wird in Brüssel ein Kompromiß erzielt: Die Agrarpreise werden um 5 Prozent angehoben. Die Bundesregierung setzt zusätzliche Bedingungen durch: Beihilfen einzelner EG-Länder für ihre Bauern dürfen nicht mehr außerhalb der Regel des EWG-Vertrages gewährt werden; bis zum 1. 3. 1975 muß die EG-Kommission eine Bestandsaufnahme der gemeinsamen Agrarpolitik erstellen.

Mit dem Rücktritt von Ministerpräsident Rumor gerät Italien in eine neue Regierungskrise. Die Ursachen für das Auseinanderbrechen der Regierung sind in der akuten Wirtschaftskrise und dem Streit zwischen den Koalitionspartnern über eine etwaige Regierungsbeteiligung der Kommunisten zu suchen.

7. 10. Mit der größten deutschen Militärparade seit Ende des 2. Weltkrieges und einem Volkstest begeht die DDR in Ost-Berlin den 25. Jahrestag ihrer Gründung. Diplomaten der NATO-Staaten bleiben der Parade demon-

Verlag Neue Gesellschaft bringt :

**Hans Lindemann
Kurt Müller**

Auswärtige Kulturpolitik der DDR

**Die kulturelle
Abgrenzung der DDR
von der Bundesrepublik
Deutschland**

Mit einem Vorwort von Hans Arnold

212 Seiten, brochiert 15,- DM
ISBN 3-87831-183-4

In dieser Schrift wird im ersten Teil die kulturelle Abgrenzungspolitik der DDR im Innerdeutschen Bereich untersucht, um danach im zweiten Teil die Einschätzung der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland durch die DDR im Lichte ihrer Abgrenzungspolitik zu betrachten. Der dritte Teil des Buches ist eine Darstellung der Praktizierung der kulturellen Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik in Drittländern: Zunächst wird das Instrumentarium der DDR für ihre Kulturarbeit im Ausland aufgeführt, es folgt die Untersuchung der auswärtigen Kulturpolitik Ost-Berlins in einzelnen westlichen Ländern wie Frankreich, Italien, Österreich, Großbritannien, Japan und anderen. Auch eine Betrachtung der auswärtigen Kultur- und Abgrenzungspolitik der DDR in den ost- und südoeuropäischen Staaten ist Gegenstand der Schrift.

Dieses Buch ist die erste Veröffentlichung über die auswärtige Kulturpolitik der DDR in Westeuropa und ein wertvoller Beitrag zum Studium der Außenpolitik der DDR, in der die auswärtige Kulturpolitik einen wichtigen Platz einnimmt.

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg 1 · Kölner Straße 149

strativ fern, da sie als Verstoß gegen den entmilitarisierten Vier-Mächte-Status von Groß-Berlin gewertet wird. Am Vortag hatte der sowjetische Parteichef Breschnew, der sich in Ost-Berlin aufhält, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten hervorgehoben und ihnen einen „besonderen Platz“ eingeräumt. SED-Chef Honecker hatte erklärt, daß die Möglichkeiten dieser Beziehungen „gewiß noch nicht ausgeschöpft sind“.

Durch einen Bericht des „stern“ wird bekannt, daß der BND unter Führung von General Gehlen illegal zahlreiche Bonner Spitzenpolitiker aller Parteien bespitzelte, darunter Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner. Entsprechende Aussagen macht zwei Tage später auch der ehemalige Kanzleramtsminister Ehmke vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß des Bundestages.

8. 10. Der Friedensnobelpreis 1974 wird überraschend dem ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Sato und dem ehemaligen irischen Außenminister und heutigen UN-Kommissar für Namibia, Macbride, zugesprochen.

9. 10. Zum zweiten Mal in diesem Jahr gehen die atlantischerechtigten Briten zur Wahl. Premieminister bleibt Harold Wilson (bisher Chef einer Minderheitsregierung), dessen Labour Party die absolute Mehrheit knapp erreicht.

10.—12. 10. In Nürnberg findet eine Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD statt. Die Delegierten verabschieden mit großer Mehrheit ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm, das dem nächsten ordentlichen SPD-Parteitag 1975 zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden wird. Zentrale Forderungen des Programms: mehr Mitwirkung der Bürger in der Kommunalpolitik (Bürgerbegehren), eine Erhöhung des Gemeindefinanzanteils an der Einkommensteuer von bisher 14 auf mindestens 18 Prozent und aktives sowie passives Wahlrecht für Ausländer nach fünfjährigem Aufenthalt in einer Gemeinde.

12./13. 10. Großes Aufsehen, nicht zuletzt in der CDU-Spitze, erregen Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß über mögliche künftige CDU-Kanzlerkandidaten, die er in Interviews mit dem „stern“ und dem „Spiegel“ macht. Strauß zum „stern“: „Helmut Kohl ist ein außerordentlich erfolgreicher Ministerpräsident. Wo seine Grenzen liegen, muß er selbst erkennen.“ In dem Interview mit dem „Spiegel“ erklärt Strauß, er selbst habe keine Ansprüche angemeldet, nur wolle er nicht als negative Tabufigur gelten.

14.—17. 10. In Berlin findet die Jahrestagung des „Club of Rome“ statt. Im Mittelpunkt der Tagung steht ein Bericht der Professoren Mesarovic (Cleveland) und Peatle (Hannover), der ein „neues Weltmodell“ entwickelt, mit dem die voraussehbaren Krisen gemildert werden sollen.

15. 10. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier weist der DGB-Vorsitzende Vetter in scharfer Form die Einmischung der „Amerikanischen Handelskammer in Deutschland“ in die Diskussion über die Mitbestimmung zurück. Vetter: Die Bundesrepublik „ist keine Bananen-Republik und der Kolonialismus in Europa ist tot“. Er nimmt damit Stellung zu einem Gutachten für die US-Handelskammer, in dem deren Bedenken bestätigt worden waren, wonach eine erweiterte Mitbestimmung

in deutschen Zweigbetrieben amerikanischer Unternehmen den Handelsvertrag zwischen Bonn und Washington von 1954 verletzen würde.

Die IG Druck und Papier „setzt sich entschieden dafür ein, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sich nicht mehr an der Konzentrierten Aktion beteiligen“. Diesen Beschluß fassen die Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier in Hamburg. Begründung: Die Gewerkschaft lehne jeden Versuch ab, „den Lohnkampf an die Kette staatlicher Lohnpolitik zu legen“.

17. 10. Der Bundestag verabschiedet das Wohnraumbündelungsschutzgesetz und erklärt es zum Dauerrecht. Es soll am 1. 1. 1975 in Kraft treten und rund 40 Millionen Mieter vor willkürlichen Kündigungen und Mieterhöhungen schützen.

19.—20. 10. Auf Einladung der Sozialistischen Partei (PSP) besucht der SPD-Partei-Vorsitzende Brandt Portugal. Auf einer Kundgebung der PSP betont Brandt: „Euer Land braucht eine starke, unabhängige und aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus lebende Partei des demokratischen Sozialismus.“

21. 10. Aufsehen und Unruhe verursacht ein gemeinsames Gutachten der fünf führenden bundesrepublikanischen Wirtschaftsforschungsinstitute. Sie prognostizieren, daß im kommenden Winter eine Million Arbeitslose „durch nichts zu verhindern“ seien, äußern jedoch die Zuversicht, daß es in der 2. Hälfte des kommenden Jahres wieder zu einem Wirtschaftsaufschwung kommen wird.

23. 10. Die Energieversorgung der Bundesrepublik soll auf eine breitere Basis gestellt werden. Zusätzlich zur schon geltenden Mineralölvorratspflicht wird auch eine jederzeit verfügbare Kohlereserve von 10 Millionen Tonnen aufgebaut. Langfristig soll der Anteil des Erdöls an der Energieversorgung sinken. Die Kohleförderung wird nicht, wie geplant, weiter verringert, sondern auf dem derzeitigen Stand von 94 Millionen Tonnen gehalten. Das sind die wichtigsten Punkte der ersten Fortschreibung des Energieprogramms, die die Bundesregierung beschließt.

Die provisorische griechische Regierung Karamanlis deportiert fünf führende Mitglieder des ehemaligen Militärregimes (darunter der frühere Staats- und Regierungschef Papadopoulos) auf die Ägäis-Insel Kea. In Athen kursieren Gerüchte, nach denen ein neuer Militärputsch geplant gewesen sei.

27. 10. In Hessen und Bayern finden Landtagswahlen statt. Mit 46,9 Prozent der Stimmen wird die CDU in Hessen erstmals stärkste Partei. SPD (43,1 Prozent) und FDP (7,9 Prozent) können allerdings mit einem Vorsprung von 4 Mandaten ihre Koalition im hessischen Landtag fortsetzen. In Bayern erreicht die CSU mit 61,2 Prozent ein Rekordergebnis, die SPD kommt auf 30,8 Prozent der Stimmen, die FDP auf 5,5 Prozent.

Die DDR senkt die vor einem Jahr verdoppelten Zwangsumtauschsätze für West-Besucher. Die Bundesregierung sieht die neue Regelung jedoch als „unbefriedigend“ und „nicht annehmbar“ an und will in Gesprächen mit der DDR erreichen, daß die Rentner vom Mindestumtausch befreit werden.

28.—31. 10. Eine Regierungsdelegation mit Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher an der Spitze besucht die Sowjetunion. Schmidt und der sowjetische Parteichef Breschnew sprechen sich übereinstimmend für „praktische Lösungen“ zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten aus. Breschnew bezieht sich dabei ausdrücklich auf das Vier-Mächte-Abkommen, das es möglich mache, „auch praktische Probleme erfolgreich zu lösen, die sich auf West-Berlin beziehen“. Auf einer Pressekonferenz im Kremli am letzten Besuchstag äußert sich Bundeskanzler Schmidt nach der Unterzeichnung eines neuen Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit befriedigt über seine Gespräche in Moskau. Künftig sollen Regierungsgespräche als regelmäßige Konsultationen alljährlich stattfinden.

29. 10. Jordanien wird nicht an der nächsten Phase der Genfer Nahostkonferenz teilnehmen. Diese Konsequenz zieht König Hussein auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat, nachdem es der Palästina-Befreiungsorganisation (PLO) dort gelungen ist, ihren Alleinvertretungsanspruch für alle Palästinaer gegen den Widerstand Jordaniens durchzusetzen.

November

1. 11. In Bonn wird ein deutsch-polnisches Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Mit 19 von 22 Stimmen nominiert der Hamburger SPD-Landesvorstand den Hamburger Innensenator Hans Ulrich Klose zum Nachfolger des rücktrittswilligen Bürgermeisters Peter Schulz.

2./3. 11. In Den Haag findet ein Treffen der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft statt. Bundeskanzler Schmidt stellt die Prognose, in den Ländern der EG müßten „die öffentlichen und privaten Haushalte ihren Konsum senken“. Diese Äußerung findet bei den anwesenden Delegationen starke Beachtung, aber nicht ungeteilte Zustimmung.

4./5. 11. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger besucht die Bundesrepublik. Er verspricht für die nächsten zwei Jahre eine deutliche Verstärkung der Kampfkraft der US-Truppen in der BRD bei gleichbleibendem Personalbestand.

5. 11. Der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV empfiehlt für die Lohnrunde 1975 eine Forderung von 6,5 % Lohn- und Gehaltssteigerung bei einem einheitlichen Urlaubsgeld von 300 DM und einem Sockelbetrag von 50 DM.

Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs spricht sich in einem Brief an Bundesbildungsminister Helmut Rohde (SPD) gegen dessen Vorstellungen zur beruflichen Bildung aus.

Auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung warnt der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter die Gegner der Mitbestimmung davor, diese als reine Funktionsangelegenheit und nicht als Sache der Mitgliedschaft zu betrachten. Zu Beginn der Welternährungskonferenz in Rom

schlägt der US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger ein „Sofortprogramm gegen den Hunger“ vor. Danach soll die Nahrungsmittelproduktion sowohl in den exportierenden Ländern wie auch in den Entwicklungsländern angekurbelt werden, die Methoden bei Verteilung und Finanzierung von Nahrungsmitteln sollen verbessert werden, die Qualität der Nahrungsmittel soll erhöht werden und Sicherungen gegen Nahrungsmittelknappheit sollen entwickelt werden.

6. 11. In Wahlen zum amerikanischen Kongreß erleidet die Republikanische Partei ihre schwerste Niederlage seit über einem Jahrzehnt. Die Demokraten erringen in beiden Häusern des Parlaments eine überwältigende Mehrheit.

In der Bundestagsdebatte zur Ostpolitik der Regierung bezeichnet es Bundeskanzler Schmidt als abgeschlossen, friedliche Fortschritte ohne oder gegen die Sowjetunion zu erreichen. Das Ergebnis seiner Moskauer Gespräche nennt er befriedigend.

7. 11. Die Bundesanstalt für Arbeit gibt die Zahl der Arbeitslosen mit 672 000 an, das sind 3 % der Beschäftigtenzahl.

Bundesbildungsminister Helmut Rohde (SPD) wendet sich gegen den Versuch seines Kabinettskollegen, des Bundeswirtschaftsministers Friderichs (FDP), die seit Jahren angekündigte Reform der beruflichen Bildung aufzuweichen.

8. 11. Ein Ausschuß der französischen Nationalversammlung veröffentlicht einen Bericht, in dem den in Frankreich arbeitenden Ölgesellschaften Betrug zugunsten der Verbraucher vorgeworfen wird.

9. 11. In der Haftanstalt Wittlich/Eifel stirbt das Mitglied der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe, Holger Meins, an den Folgen eines Hungerstreiks. In mehreren Städten in der Bundesrepublik kommt es zu Demonstrationen und Anschlägen. Die inhaftierten Mitglieder der „Rote Armee Fraktion“ kündigen einen Durstreik an.

10. 11. In Berlin wird der Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann ermordet. Es besteht der dringende Verdacht, daß es sich bei den Tätern um Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“, einer anarchistischen Gruppierung, handelt.

11. 11. Bei einem Treffen erzielen die neun Außenminister der EG-Staaten in Teilbereichen Einigkeit. Falls das geplante Gipfeltreffen der EG-Staatschefs ein Erfolg wird, sollen künftig regelmäßig derartige Treffen stattfinden. Die außenpolitische Zusammenarbeit soll verstärkt werden. Im finanziellen Bereich und in der Frage einer Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen kommt es jedoch nicht zu einer Übereinstimmung.

Wegen des Verdachts geheimes dienstlicher Tätigkeit für die DDR wird der Leiter der DGB-Verbindungsstelle in Bonn, Walter Böhm, und seine Ehefrau verhaftet. Der Verdacht läßt sich jedoch nicht erhärten, so daß das Ehepaar Böhm wieder freigelassen wird.

Bei der Wahl des Stuttgarter Oberbürgermeisters führt der CDU-Bewerber Manfred Rommel im ersten Wahlgang mit 44,2 % vor Peter Conradt (SPD) mit 31,2 % und Kurt Gebhard (FDP) mit 16,6 %.

12. 11. Der jugoslawische Staats- und Parteichef Josip

Broz Tito trifft zu einem viertägigen Staatsbesuch in der DDR ein.

19. 11. In New York spricht der Führer der Palästinaischen Befreiungsfront (PLO), Arafat, vor der UNO zu den Zielen seiner Organisation.

Der Präsident der UN-Vollversammlung, der algerische Außenminister Abdel Aziz Bouteflika, schließt Südafrika von allen weiteren Sitzungen der Vollversammlung aus. Diese Entscheidung wird von der Versammlung mit 92 gegen 22 Stimmen bei 19 Enthaltungen gebilligt.

Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel stellt Strafantrag gegen die Anwälte des verstorbenen Holger Meins wegen „verleumderischer Behauptungen“. Die Anwälte hatten behauptet, Justizorgane seien für den Tod von Meins verantwortlich.

14. 11. Der Arbeitskreis Steuerschätzung korrigiert den voraussichtlichen Neuverschuldungsbedarf bei Bund, Ländern und Gemeinden auf insgesamt 47,5 Milliarden Mark. Bundesfinanzminister Apel meint, es werde viele Jahre keine Reformen mehr geben.

15. 11. In der ersten Bundestagsdebatte über das „Extremisten-Gesetz“ bekennen sich alle drei Fraktionen übereinstimmend dazu, daß im öffentlichen Dienst für Verfassungseinde kein Platz sei. Es bestehen jedoch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten darüber, wie diese behandelt werden sollten. Zeitweise kommt es zu hitzigen Auseinandersetzungen.

In einer Rede zum 15. Jahrestag des Godesberger Programms ruft Willy Brandt die SPD zur Geschlossenheit und zu stärkerem Engagement bei der Vertretung sozialdemokratischer Politik auf. Brandt betont, die SPD sei kein „Debattierclub“, sondern eine „von gemeinsamen Grundsätzen getragene Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft, die unsere Gesellschaft schrittweise und konkret verändern“ wolle. Er bezeichnet theoretische Auseinandersetzungen als notwendig. Herbert Wehner bezeichnet das Godesberger Programm als Beitrag der SPD zur Umsetzung des Grundgesetzes in die Wirklichkeit.

17. 11. Nach fast zweiwöchiger Dauer endet die Welternährungskonferenz in Rom mit Teilerfolgen. Die Hoffnung der Entwicklungsländer gründet sich trotz der Tatsache, daß nur wenige Nationen konkrete Hilfsangebote machten, auf mehrere Beschlüsse über eine weltweite Zusammenarbeit in der Ernährungsfrage.

16. 11. Der amtierende konservative griechische Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis erringt mit 54,3 % der Stimmen bei den Parlamentswahlen in Griechenland einen überwältigenden Sieg. Die sozialdemokratische „Zentrums-Union — Neue Kräfte“ des früheren Außenministers Georgios Mavros bringt es auf 20,2 %, während sich die „Panhellenische Sozialistische Bewegung“ unter Führung von Andreas Papandreu mit 13,3 % zufriedengeben muß.

20. 11. Ein „Notprogramm zur Selbstbehauptung Europas“ und eine abgestufte europäische Integration fordert der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einer Rede auf einer Veranstaltung der „Europäischen Bewegung“ in Paris. Brandt fordert u. a.: 1. Ein permanentes Krisenmanagement, das „nur sehr bedingt die Kommission in Brüssel sein kann“. 2. Eine realistische Be-

grenzung auf das Mögliche; Die einzelnen Staaten müßten sich auf nationaler Ebene auf den Rückgang des Wirtschaftswachstums einstellen; die Regierungen sollten den Dialog mit den Gewerkschaften suchen.

3. Eine Politik der Solidarität. 4. Die Selbstbehauptung der EG in der Weltwirtschaft.

Der ehemalige Chef des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen, gibt in einer nichtöffentlichen Sitzung des Guillaume-Ausschusses die frühere Existenz einer Inlandskartei des BND zu.

In Birmingham werden bei Bombenattentaten 19 Menschen getötet.

21. 11. In ihrem Gutachten halten die „Fünf Weisen“ weiterhin einen Vorrang des Stabilitätskurses vor der Beschäftigungsgestaltung für gerechtfertigt.

24. 11. US-Präsident Ford und KPdSU-Generalsekretär Breschnew einigen sich bei einem Zusammentreffen in Wladivostok auf ein Zehnjahresabkommen zur Beschränkung der strategischen Offensivwaffen beider Seiten.

In Äthiopien kommt es zu einem blutigen Militärputsch. Der bisherige Regierungschef General Andom und weitere 60 Personen fallen dem bereits seit Wochen andauernden Machtkampf innerhalb des regierenden Militärkomitees zum Opfer.

26. 11. Bei einer der bisher größten Polizeiaktionen gegen vermutete anarchistische Gruppen werden in zahlreichen Orten der Bundesrepublik Wohnungen und Anwaltsbüros durchsucht. Es kommt zu zahlreichen Festnahmen und Verhaftungen.

27. 11. Mit 191 gegen 103 Stimmen bei 8 Enthaltungen nimmt ein Sonderparteitag der Münchener SPD das von einer Kommission ausgearbeitete Einlungspapier zustimmend zur Kenntnis. Für seine Annahme hatte sich auch Willy Brandt stark engagiert.

Das Bundeskabinett beschließt eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen, mit denen die weitere Ausbreitung terroristischer Gewalttaten eingeschränkt, der Mißbrauch der Anwaltskontakte zu Häftlingen zu konspirativen Zwecken verhindert und sichergestellt werden soll, daß die anstehenden Baader-Meinhof-Stratverfahren ohne Störungen oder Verzögerungen abgewickelt werden können.

28. 11. Nach fast fünf Jahren Abwesenheit wird Griechenland wieder Mitglied im Europarat.

29. 11. Im Prozeß wegen der Befreiung Andreas Beaders aus der Untersuchungshaft 1970 in Berlin, bei der ein Vollzugsbeamter lebensgefährlich verletzt worden war, wird Ulrike Meinhof zu acht, Horst Mahler — unter Einbeziehung einer bereits rechtskräftigen 12jährigen Strafe — zu 14 Jahren Haft verurteilt.

30. 11. Die Familie Quandt verkauft ihren Anteil am Aktienkapital von Mercedes-Benz an das Scheichtum Kuwait.

Dezember

1. 12. Bundeskanzler Schmidt erhält für seine Rede auf dem Labour-Kongreß in London überraschend viel Beifall, obwohl er nicht auf Kritik an den EG-Gegnern innerhalb der Labour Party verzichtet.

In Stuttgart wird der CDU-Kandidat Manfred Rommel zum Oberbürgermeister gewählt. Er erhält 58,9 % der abgegebenen Stimmen, sein Gegenkandidat Peter Conrad (SPD) 39,5 %.

Auf den CDU-Schatzmeister Walther Leisler Klop wird ein Mordanschlag verübt, dem er nur knapp entgeht.

4. 12. Nach wochenlangen Auseinandersetzungen um seine Person während der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP in Hessen erklärt der hessische Kultusminister Ludwig von Friedeburg (SPD), nicht mehr dem neuen hessischen Kabinett angehören zu wollen. Der bisherige Justizminister Hemfner (SPD) schließt sich dem Schritt Friedeburgs aus Solidarität an.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Koblenz werden die Dienst- und Privaträume des CDU-Abgeordneten und Mittelstandspolitikers Heinrich Gewandt durchsucht. Gewandt steht unter dem Verdacht der aktiven Bestechung.

5. 12. Der Bundestag verabschiedet das Gesetz über die Sicherung der Betriebsrenten für Arbeitnehmer. Die Anwartschaft auf die Betriebsrente bleibt auch bei Betriebswechsel erhalten, wenn bestimmte Fristen gewahrt sind, durch eine Insolvenzversicherung der Arbeitgeber wird die Weiterzahlung der Betriebsrente auch bei Zahlungsunfähigkeit des Betriebes gesichert.

6. 12. Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist im November um 0,5 % auf 800 000 gestiegen. Dies gibt die Bundesanstalt für Arbeit bekannt.

Giscard d'Estaing und Leonid Breschnew unterzeichnen auf Schloß Rambouillet ein neues Fünfjahresabkommen über die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit. Außerdem erklärt sich Frankreich zur Teilnahme an der KSZE-Gipfelkonferenz im Sommer 1975 bereit.

8. 12. Sechs Wochen nach der Landtagswahl einigen sich SPD und FDP auf ein gemeinsames Regierungsprogramm für Hessen.

Die Bundesregierung und die Regierung der DDR einigen sich über eine Fortschreibung des Überziehungskredits im Innerdeutschen Handel („Swing“). Bundeskanzler Helmut Schmidt gibt bekannt, die beiden deutschen Staaten wollten in Verhandlungen über eine Reihe von Themen die Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen anstreben. Die DDR-Regierung befreit Rentner bei Besuchen in der DDR vom Zwangsumtausch.

10. 12. Auf der Gipfelkonferenz der EG-Länder in Paris erzielen Regierungschefs und Außenminister deutliche Fortschritte. Sie einigen sich über Grundsätze ihrer Wirtschaftspolitik sowie über einen Regionalfonds in Höhe von 4,76 Milliarden Mark.

12. 12. Als „Programm für einen stabilitätsgerechten Aufschwung“ legt die Bundesregierung ihren „Gesetzesentwurf zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung“ vor. Neben den Investitionszulagen in Höhe von 7,5 Prozent enthält das Konjunkturprogramm zusätzliche öffentliche Ausgaben in Höhe von insgesamt 1,73 Milliarden Mark.

14. 12. Die NATO-Staaten wollen ihre Wirtschaftsschwierigkeiten „im Geiste der Zusammenarbeit“ überwinden und ihre eigene, auf Verteidigung gerichtete militärische Stärke aufrechterhalten. Mit diesen Beschlü-

ssen geht die einwöchige NATO-Ministerratstagung in Brüssel zu Ende.

16. 12. Auf einer zweitägigen Konferenz einigen sich der amerikanische Präsident Gerald Ford und der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing auf einen Kompromiß in ihrer Haltung gegenüber den ölproduzierenden Staaten. Die USA geben den Versuch auf, Frankreich zu einem Eintritt in die Internationale Energiebehörde zu bewegen, während Frankreich nicht mehr auf einer sofortigen Einberufung einer gemeinsamen Konferenz von ölproduzierenden und verbrauchenden Staaten bestehen wird.

Der französische Premierminister Jacques Chirac wird unter teilweise heftig kritisierten Begleitumständen zum Generalsekretär der gaullistischen UDR gewählt.

Ein von Bundeskanzler Helmut Schmidt und von Bundesbildungsminister Helmut Rohde vorgeschlagenes Verfahren zur Verabschiedung eines neuen Berufsbildungsgesetzes scheitert am Einspruch von Bundeswirtschaftsminister Friedrichs (FDP).

Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann appelliert in einem Brief an Ulrike Meinhof und andere Baader-Meinhof-Häftlinge, ihren Hungerstreik zu beenden.

In einem apostolischen Schreiben wendet sich Papst Paul VI. hart gegen jene Erneuerungsbewegungen innerhalb der Kirche, die die Hierarchie in Frage stellen und sich damit „gewisser Spaltungen“ schuldig machen.

Der portugiesische Außenminister Mario Soares wird auf dem ersten Kongreß der Sozialistischen Partei Portugals (PSP) zum Generalsekretär wiedergewählt.

18. 12. Ein Treffen des Vorsitzenden des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Gerhard Schröder (CDU), mit dem PLO-Führer Yassir Arafat führt in der CDU-Bundestagsfraktion zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten.

19. 12. Die EG-Kommission verlangt das kommunale Wahlrecht und die volle soziale Gleichstellung ausländischer Arbeitnehmer in EG-Gastländern.

22. 12. In Budapest endet nach dreitägiger Dauer eine Konferenz von 28 europäischen kommunistischen Parteien. Einige prozedurale Einigungen für die Berliner „Gipfelkonferenz“ Mitte 1975 werden erzielt, doch bleiben grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über Form und Inhalt dieser Hauptkonferenz bestehen.

23. 12. In der äthiopischen Provinz Eritrea kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und der Eritreischen Befreiungsfront.

29. 12. Leonid Breschnew sichert anlässlich des Besuchs des ägyptischen Außenministers Fahmy und des Kriegeministers Gamassi den arabischen Völkern bei ihrem Konflikt mit Israel die Unterstützung der Sowjetunion zu. Seinen für Mitte Januar geplanten Nahostbesuch sagt der Generalsekretär ab.

31. 12. Im kommenden Jahr kommt es nach Anselm Bundeskanzler Schmidts darauf an, „das Erreichte zu erhalten“. In seiner Neujahransprache meint Schmidt: „Wenn wir alle zusammenstehen, wenn sich keiner auf Kosten des anderen bereichern will, dann können wir diese Erwartungen weitgehend erfüllen... Heute in zwölf Monaten wird es anders und besser aussehen.“

Justiz im sozialen Rechtsstaat
von Rudolf Wassermann
Sammlung Luchterhand SL 168
Luchterhand-Verlag
Neuwied 1974, DM 8,80

Recht und Klassen

Zur Klassenjustiz in der Bundesrepublik
von Theo Rasehorn
Sammlung Luchterhand SL 143
Luchterhand-Verlag
Neuwied 1974, DM 9,80

Rudolf Wassermann und Theo Rasehorn befassen sich mit dem gleichen Thema — von unterschiedlichen Ansatzpunkten her und auf unterschiedliche Weise. Beide kommen zum gleichen Ergebnis: der notwendigen Veränderung im Justizwesen der Bundesrepublik, weil dieses durch seine Inhalte und seine Strukturen, durch den Rekrutierungsprozeß seiner „Bediensteten“ und seine Formalien dem behaupteten, rechtsstaatlichen Anspruch nicht mehr gerecht wird — oder nie gerecht geworden ist.

Der von Wassermann publizierte Band faßt im wesentlichen Referate und Vorträge sowie Artikel aus den Jahren 1972 bis 1974 zusammen. Sie spiegeln das Bemühen eines Justizpraktikers um Veränderungen der Justiz wider. Dabei bezieht sich Wassermann im wesentlichen auf die Frage, wie die Ungleichzeitigkeit von gesellschaftlichen Entwicklungen und solchen im Justizbereich wirkt und welchen Beitrag die Rechtspflege leisten könnte, um das in der Verfassung festgeschriebene, der gesellschaftlichen Realität aber fehlende Sozialstaatsprinzip „in Rechtspraxis zu übersetzen“. Diesen Beiträgen zum Verhältnis von Justiz und Gesellschaft schließen sich weitere an, die den Erfahrungsprozeß des Richters in der herrschenden Rechtspraxis widerspiegeln. Die dabei entwickelten Gedanken werden dann anhand

des Bereichs der Strafrechtspflege und der Kriminalpolitik konkretisiert — anhand jenes Bereiches also, in dem die (angeblich) kein Geld kostenden Reformen des Justizbereiches am weitesten (und bezogen auf Strafrechtspflege, Strafvollzug und Resozialisierung: noch längst nicht weit genug) fortgeschritten sind. Trotz der feststellbaren Rückschläge und der erheblichen Gefahr, die inhaltliche Reform der Justiz auf Organisationsreform zu verkürzen und dafür schon im Ausbildungsbereich die Grundlagen zu verfestigen, kommt Wassermann zu dem Ergebnis, daß Justizreform nicht nur notwendig und möglich ist, sondern daß kritische Justiz selbst einen Beitrag leisten könne: zur Reform der Justiz ebenso wie zur Durchsetzung des Sozialstaatsprinzips und zur Aufhebung der bisher eher konservierenden Funktion geschriebenen Rechte und der es exekutionierenden Bürokratie.

Zu etwas zurückhaltenderen Schlußfolgerungen hinsichtlich der möglichen Rolle der Justiz bei der Verwirklichung des Sozialstaates wird kommen, wer den Band von Rasehorn liest. Er behandelt ausführlicher eine Frage, die zweifellos grundlegend ist, in Wassermanns Sammlung aber nur einen von vielen Detailspekten darstellt: Justiz als Klassenjustiz. Dabei stützt sich Rasehorn auf eine Fülle von empirischem Material, das lesbar aufbereitet ist (obwohl man an mancher Stelle eine vollständigere Information durchaus brauchen könnte). Dieses empirische Material ist eingebettet in einen Bezugsrahmen, der sich aus zwei Feststellungen ergibt: In den Worten der Herausgeber ließe sich sagen, das eine Problem sei die Tatsache, daß in einer sich entwickelnden, wandelnden Gesellschaft Staat und Recht als konservative Hüter einmal gesetzter Werte angesehen werden (müssen): „Als ruhender Pol in der Brandung der Gegenwart, soll der

Staat über den Interessen stehend, den Ausgleich widersprüchlicher Bedeutung, Bestrebungen und Verwirklichungen leisten. Daß er damit zum Garant des gesellschaftlichen Status quo, zur Schutzwehr bestehender ökonomischer Herrschaftsverhältnisse entartet, ist seit den liberalen Staatstheoretikern klar, ohne indessen ins allgemeine Bewußtsein gedrungen zu sein.“

Offenbar — so Rasehorn — ist vor allem das Bewußtsein der Justiz von diesem Gedankens Blässe nicht angekränkt worden, denn: Klassenjustiz meint nicht den Vorwurf der Rechtsbeugung oder der Verzerrung des Rechts zugunsten der herrschenden Klasse. Das andere Problem ist vielmehr: Herkommen, sozialer Status, Einkommen, Ausbildung usw. auf der einen, soziale Differenzierung der „pluralistischen Massengesellschaft“ auf der anderen Seite lassen eine Charakterisierung von Justiz als „Instrument“ nicht zu, sondern: „Richter behandeln besser gekleidete Leute bevorzugt, störten sich an Ungeschicklichkeiten der Leute aus den unteren Klassen, ihrem Mangel an Bildung, sie seien sozial und politisch befangen und könnten mit proletarischen Prozeßbeteiligten nicht mitempfinden. So komme es zu einer außerordentlichen Härte der Strafe gegen politisch und sozial Mißliebige, ihr stehe auf der anderen Seite das wohlwollende Verständnis für die Angehörigen der herrschenden Klasse gegenüber“ — wie Rasehorn den schon 1907 von Karl Liebknecht gehaltenen Vortrag „Rechtsstaat und Klassenjustiz“ zusammenfaßt.

Frellich: mit dem Bewußtsein der Richterschaft und der Justizangehörigen alleine soll Klassenjustiz nicht erklärt werden. Ihre ökonomische Basis wird nicht aus dem Blick verloren. Diese Ausgangsbasis durchzieht das ganze Buch sehr konsequent. So, wenn

die Benachteiligung der Unterschicht im Rechtswesen und in der Gesellschaft anhand mehrerer Aspekte behandelt wird (Schichten- und Klassenbegriff, Zusammenprall verschiedener Kulturen, Einstellung der Unterschicht zum Rechtswesen, Gerichtsbürokratie usw.). So auch, wenn die Auswirkungen der Klassenjustiz auf einzelnen Rechtsgebieten dargestellt werden (Strafrechtspflege, Zivilrechtspflege, Arbeitsgerichtsverfahren und Sozialgerichtsbarkeit). Dabei werden – wie gesagt – viele empirische Fakten dargestellt und eingeordnet, es wird Literatur zur Vertiefung genannt und im Schlußkapitel auch einiges zur möglichen Therapie angeboten. Sie wiederum läßt sich durch zwei Überschriften charakterisieren: der Richter als Sozialarbeiter und Rechtsprechung als Minderheitenschutz.

Resümee: ein außerordentlich lesbares, lesenawertes, aber auch informatives Buch, das sich eine weitgehend bornierte „Rechtsöffentlichkeit“ hinter den Spiegel stecken sollte.

R. S.

Strukturprobleme staatlicher Planung

von Peter Grottlan
Hoffmann & Campe Verlag
Hamburg 1974, 337 S., DM 29,50

Der umfangreichen Planungsliteratur, auf die hier an dieser Stelle bereits öfters eingegangen wurde, ist mit Grottlans Studie ein weiterer Band hinzugefügt worden. Was diesen Beitrag interessant macht, verrät der Untertitel: „Eine empirische Studie zum Planungsbewußtsein der Bonner Ministerialbürokratie und zur staatlichen Planung der Unternehmenskonzentration und des Wettbewerbs (GWB).“

Es handelt sich um zwei Fallstudien, eine zum Planungsbewußtsein Bonner Ministerialplaner, die zweite zur Genesis des sog. Kartellgesetzes. Die Ausgangsfragestellung für diese beiden Untersuchungen lautet: Wo liegen die Gründe für das „Scheitern“ der „Politik der geplanten Gesellschaftsreform“ nach einer Phase der „Planungseuphorie“ unter der ersten sozialliberalen Koalition?

Zumindest in der ersten Fallstudie geht es in diesem Kontext um die Relevanz der „internen Restriktionen“, der Widerstände gegen Reformpolitik innerhalb des Regierungsbereiches, in diesem Fall speziell in der Ministerialbürokratie. Grottlan untersucht das „Planungsbewußtsein“ von Fachplanern, die nicht „Stäben“ angehören, sondern in den Fachabteilungen, der sog. „Linie“, sitzen. Wie weit dieses „Planungsbewußtsein“ für das tatsächliche Verhalten und Entscheiden der Ministerialen und der Verwaltung insgesamt relevant ist, wird aber nicht zufriedenstellend geklärt.

Grottlan trägt eine Menge Material zusammen. Bekanntes oder Vermutetes, wie über die soziale Rekrutierung der planenden Beamten, wird bestätigt und bisweilen Neues, wenigstens für Raumordner Erfreuliches zu Tage gefördert: „Es läßt sich nämlich seit etwa Mitte der 60er Jahre ein Trend nachweisen, der Planern aus Kleinstädten und Dörfern verbesserte Aufstiegs- und Betätigungschancen einräumt.“

Tatsächlich interessant ist die Grottlansche These, daß sich in der Struktur der Ministerialbürokratie in den letzten Jahren Änderungen ergeben haben, die langfristig geeignet sein könnten, das Bild vom konservativen Ministerialbürokraten zu ändern: „Der bisherige empirische Befund weist darauf hin, daß die Rekrutierungs-, Karriere- und Einflußmuster einer Verlaufsform folgen, die in einer dichotomischen Grundstruktur das

Auseinanderbrechen konservativer Kontinuität in den Zugangsbedingungen und zunehmend progressiven Denk- und Handlungsbereitschaften signalisiert“. (S. 104)

„Wahrscheinlicher, wenn auch noch nicht ausreichend abgesichert, ist die Annahme, daß die planende Ministerialbürokratie ein zunehmend ambivalentes Abstützungs- und eigenständig engagiertes Veränderungspotential ‚links von der Mitte‘ darstellt.“

Diese These ist allerdings theoretisch zu wenig reflektiert und steht empirisch auf zu schwachen Füßen als daß sie, wie der Autor selbst schreibt, als gesichert gelten könnte. Immerhin ist sie interessant und kann Anstoß für weitere Arbeiten in dieser Richtung sein.

Um so bedauerlicher ist es, wenn der Autor seine am Anfang des Buches angestellten theoretischen Überlegungen nicht in Bezug zu dieser These und zur Fallstudie über das Kartellgesetz (Resümee: „Der Staat ist in seiner Funktionsweise primär ökonomisch-strukturellen Determinanten unterworfen“) weiterführt.

F. W.

CDU/CSU – Verhinderte Staatspartei

Von H.-G. Koch/H.-D. Bamberg
Warner Ralch Verlag
Starnberg 1974, 240 S., DM 14,80

„In Erinnerung an das tragische Schicksal der Weimarer Demokratie, die ich, an vorderster Front kämpfend, miterlebte, habe ich die Opposition der CDU in den letzten Jahren sehr kritisch beobachtet. Sie hat mich in erschütternder Weise an die Erlebnisse der Weimarer Zeit erinnert.“

Dies schrieb vor drei Jahren der ehemalige Landesvorsitzende

der CDU in Württemberg, Kulturminister a. D. Dr. Wilhelm Simpfendörfer, an den damaligen CDU-Vorsitzenden Barzel. Das vorliegende Buch zeigt überdeutlich, daß Simpfendörfer ein einsamer Rufer in der Wüste der CDU/CSU-Opposition geblieben ist. Erdrückend ist die Fülle der Zitate, mit der die Verfasser ihre Behauptungen stützen, daß die Unionsparteien „die jetzige größere Regierungspartei als Anti-Staatspartei ansehen“ (S. 217) und daß die Demagogie der Unionsparteien „in der Substanz nicht unterschieden ist von der rechteradikalen und neofaschistischen Presse“ (S. 216), ein Nachweis, den übrigens schon 1972 Conrad Taler in seinem viel zu wenig beachteten Buch „Rechte wo die Mitte ist“ erbracht hatte.

Auch wer den links von der SPD zu vermutenden Denkansatz der Autoren nicht teilen und Mühe haben mag, ihnen zu folgen, wenn sie schreiben, die SPD sei, „gerade was Ihre theoretische Fundierung betrifft, z. Z. in einer selbstverschuldet schwierigen Lage“, muß doch der anschließenden Feststellung zustimmen: „Ihre Gegner haben nie sonderlich viel Wert auf Unterscheidungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten gelegt...“ (S. 143).

Das Buch ist trotz mancher Unzulänglichkeiten — z. B. ein schwerfälliges, sich manchmal im Gestrüpp der Syntax untantwärbare verheddernde Politologendeutsch, Überrechnungen und Wiederholungen in einigen Kapiteln, das Fehlen eines Registers — allein als Materialsammlung verdienstvoll.

Nachdenklich fragt sich am Ende der Leser, wie krisenfest wohl tatsächlich ein Staat sein mag, wo sich die führenden Vertreter von Parteien, deren demokratische Legitimation in der breiten Öffentlichkeit als unzweifelhaft gilt, permanent einer Agitation bedienen, die dem Geist der Demokratie hohnspricht. H. Spr.

Mitarbeiter dieses Heftes

Prof. Dr. Werner Maßner
Direktor beim Seminar für Volkswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt/Main

Norbert Wiesozorek
Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaft an der TH Aachen

Prof. Karl Georg Zinn
Professor für Volkswirtschaftslehre an der TH Aachen

Ulrich Steger
Doktorand am Seminar für theoretische Wirtschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum

Carlos Pardo
IG Metall-Gewerkschaftssekretär, zuständig für die spanischen Arbeitnehmer

Thomas Richards
Publizist

Dr. Petra Rosenbaum
Bonner Korrespondentin des Mailänder Nachrichtenmagazins „Panorama“

Dr. Gieseler Sorge
Korrespondent in Rom für den Bayerischen Rundfunk und Radio Bremen

Kurt Matlick
SPD-MdB; Vorsitzender des Arbeitskreises Auswärtige Politik der SPD-Bundestagsfraktion

Homer Anagnostidis
Sachbearbeiter für griechische

Arbeitnehmer in der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim IG Metall-Vorstand

Alfons Pawelczyk
SPD-MdB; Mitglied des Verteidigungs- und Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag sowie Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle beim Auswärtigen Ausschuß

Karl-Helmut Hansen
SPD-MdB; Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Fritz Eberhard
Professor am Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin

Hugo Brandt
SPD-MdB

Gerd Walter
Dipl.-Politologe; Mitglied der Langzeitkommission der SPD und der Jungsozialisten; Mitglied des Bundesausschusses der Jungsozialisten

Rudolf Scharping
Politologe; Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Hermann Schmitt-Vockenhausen
Vizepräsident des Deutschen Bundestages; Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Prof. Dr. Rainer Kahl
Hauptabteilungsleiter am Sender Freies Berlin und Politologe an der PH Berlin

Prof. Jörg Aufermann
Direktor des Institutes für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen

Ernst Eiltz
Redakteur beim ZDF-Magazin „Kennzeichen D“

Kurt Brockelmann
Rechtsanwalt; Wiss. Referent für Strafrecht, Strafvollzug, Strafprozeßrecht, Kriminologie und vorbeugende Verbrechensbekämpfung bei der SPD-Bundestagsfraktion